

## Dokumente zur Deutschlandpolitik

Herausgegeben vom Bundesministerium für Gesamtdeutsche Fragen

### III. Reihe/Band 3

#### 1. Januar bis 31. Dezember 1957

Bearbeitet von Ernst Deuerlein, Gisela Biewer und Hansjürgen Schierbaum

Frankfurt/Main: Alfred Metzner 1967. CXXX. 2510 S. (vergriffen)

#### Zum Inhalt:

Rückkehr des Saarlandes; Erklärung der deutschen Atomwissenschaftler zur Debatte über die atomare Bewaffnung der Bundeswehr; „Berliner Erklärung“ der Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland zur Wiedervereinigung Deutschlands; Vorschlag einer „deutschen Konföderation“ durch die DDR; Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen DDR und Jugoslawien; Abbruch der Beziehungen durch die Bundesregierung; Änderung des Passgesetzes der DDR; Disengagement-Pläne Gaitskells und Kennans; Rapacki-Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa.

### Verzeichnis der Dokumente

RÜCKKEHR DES SAARLANDES

*Erster Drittelband*

RÜCKKEHR DES SAARLANDES	
01. 01. 1957	Aus der Ansprache des saarländischen Ministerpräsidenten Ney beim Staatsakt im Stadttheater von Saarbrücken Ministerpräsident Ney bringt seine Freunde über die maßvolle und einsichtige Haltung der an der Rückgliederung des Saarlandes Beteiligten zum Ausdruck und betont den Wert dieses Erfolges des Selbstbestimmungsrechts und der Verständigung zwischen Frankreich und Deutschland für die Versöhnung zwischen beiden Ländern und den künftigen Aufbau Europas. 3
01. 01. 1957	Ansprache des Bundeskanzlers Adenauer beim Staatsakt im Stadttheater von Saarbrücken Bundeskanzler Adenauer verweist auf die ausschlaggebende Bedeutung der deutschen Gesinnung der Saarbevölkerung, würdigt jedoch auch die französische Haltung, den Verständigungswillen, das Vertrauen und die Bereitschaft zum Verzicht. Die Rückkehr der Saar sei ein Beweis dafür, mit Hilfe völkerrechtlicher Verträge Probleme zu lösen; sie lasse auf ähnliche Lösungen im Osten hoffen. 7
01. 01. 1957	Aus dem Aufsatz des britischen Oppositionsführers Gaitskell: Neue Phase der Außenpolitik Gaitskell ist der Ansicht, England würde alles für die Wiedervereinigung tun, was mit seiner eigenen Sicherheit vereinbar sei. Er bestätigt die Verknüpfung der Wiedervereinigung mit der Abrüstung und erklärt, eine Verständigung über die Abrüstung solle den ersten Schritt zur Wiedervereinigung bilden. 8
BESUCH EINER PARTEI- UND REGIERUNGSDELEGATION DER „DDR“ IN MOSKAU	
07. 01. 1957	Gemeinsame Erklärung der Regierungsdelegationen der UdSSR und der „DDR“ Es wird festgestellt, dass die Spannungen nach den Genfer Verhandlungen nicht nachgelassen haben. Dafür wird der Imperialismus der Eisenhower-Doktrin verantwortlich gemacht. Demgegenüber erklären die Sowjetunion und die „DDR“ ihre Bereitschaft zu sachlicher Zusammenarbeit mit den Völkern des Nahen und Mittleren Ostens auf der Grundlage der friedlichen Koexistenz und versichern Ägypten und Ungarn ihrer Unterstützung. In der Abrüstungsfrage werden das mangelhafte Eingehen des Westens auf die sowjetischen Vorschläge und im Gegensatz dazu die ersten praktischen Maßnahmen der Sowjetunion und der „DDR“ hervorgehoben. Ältere Vorschläge werden wiederholt; das Einverständnis der „DDR“ mit den sowjetischen Plänen über Abrüstung und Sicherheit und das Einverständnis der Sowjetunion mit dem Vorschlag der „DDR“, dass die Regierungen und die friedliebenden Organisationen beider deutscher Staaten Abrüstungsmaßnahmen in Deutschland überwachen sollen, wird betont. Die Zusammenarbeit und Freundschaft der beiden Partner wird auf der Grundlage der sowjetischen Erklärung vom 30. Oktober 1956 bekräftigt und ein Abkommen über die Stationierung russischer Truppen in Aussicht gestellt. Zur Luftfreiheit der „DDR“ wird festgestellt, dass die Abmachungen über die Luftkorridore nach Berlin vorübergehenden und begrenzten Charakter haben. Nach Erörterung enger Beziehungen auf verschiedenen Gebieten bezeichnen beide Regierungen die NATO und den deutschen Militarismus als Haupthindernis der Wiedervereinigung und die Annäherung beider deutscher Staaten als deren Vorbedingung. 9

07. 01. 1957	Mitteilung über Besprechungen zwischen den Delegationen der KPdSU und der SED Nach Bekundung gegenseitiger Freundschaft, Solidarität und Übereinstimmung fordern beide Parteien festen Zusammenhalt der kommunistischen und Arbeiterparteien gegenüber den imperialistischen Versuchen, das sozialistische Lager aufzuspalten. Die Aufmerksamkeit gegenüber dem friedensgefährdenden Wiedererstehen des deutschen Militarismus wird betont.	26
10. 01. 1956	Erklärung des Bundestagspräsidenten Gerstemaier im 2. Deutschen Bundestag Bundestagspräsident Gerstenmaier gibt einen Überblick über die Entwicklung der Saarfrage seit 1945. Er rühmt die Treue zum Vaterland im Gegensatz zum übersteigerten Nationalismus und bezeichnet die Regelung als Triumph der politischen Moral im Saarland und in Paris. Er hebt die Stärkung der europäischen Einigung und den neuen Antrieb hervor, auch im Osten die Einheit Deutschlands in friedlichem Zusammenwirken mit den Nachbarstaaten zu erringen.	28
10. 01. 1957	Aus der „State of the Union Message“ des Präsidenten Eisenhower Präsident Eisenhower geht auf die Bedeutung enger Zusammenarbeit mit befreundeten Nationen im Rahmen regionaler Pakte und auf die besondere Stellung der Wirtschaftskraft für das gemeinsame Wohl und die Verteidigung ein. Er bezeichnet seine Abrüstungsvorschläge als Grundlage einer friedlichen und gedeihlichen Entwicklung, die durch Abmachungen über die Ausweitung des Handels und zur wirtschaftlichen Besserung unterstützt werden müsse. Er begrüßt EWG und Euratom. Er befasst sich mit den Ereignissen in Ungarn und mit den aggressiven Absichten der Sowjetunion im Mittleren Osten. Er betont die geistige Einheit der freien Welt und erläutert das Verhältnis der Vereinigten Staaten zu allen unabhängigen und freien Ländern der Welt, deren Freiheit, Wohlstand und Sicherheit für die Vereinigten Staaten von großer Bedeutung sei.	31
10. 01. 1957	Bericht über Vorschläge von Professor Kennan zur Frage der Abrüstung und der Wiedervereinigung Deutschlands Kennan bemängelt das sich wechselseitig beeinflussende Festklammern des Ostens und des Westens an Positionen in Mitteleuropa, befürwortet den Rückzug der Streitkräfte, die Wiedervereinigung Deutschlands und die Schaffung eines gesamteuropäischen Sicherheitssystems. Er äußert die Ansicht, auch eine sozialdemokratische deutsche Regierung werde sich loyal gegenüber dem Westen verhalten.	35
13. 01. 1957	Erklärung des Leiters des Deutschen Sportausschusses der „DDR“, Reichert, auf einer Pressekonferenz in Berlin Reichert gibt sich beunruhigt über den gesamtdeutschen Sportverkehr und beschuldigt die Bundesregierung und das Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen der Remilitarisierung des Sports und der nachdrücklichen Einflussnahme auf den gesamtdeutschen Sportverkehr mit dem Ziel, eine Umwälzung in der „DDR“ vorzubereiten. Er ruft Sportler und Funktionäre auf, sich nicht missbrauchen zu lassen.	36
14. 01. 1957	Aus der Ansprache des Ministerpräsidenten Cyrankiewicz in Krakau anlässlich der Begrüßung des Ministerpräsidenten Tschu En-lai Cyrankiewicz bringt den Dank des polnischen Volkes für die chinesische Garantie der Oder-Neiße-Linie zum Ausdruck.	39
	AUSSPRACHE DER VOLKSKAMMER DER DDR	
16. 01. 1957	Regierungserklärung, abgegeben von Ministerpräsident Grotewohl Grotewohl interpretiert die Gemeinsame Erklärung der Sowjetunion und der „DDR“ vom 7. Januar 1957. Dabei geht er auf die Lage im Mittleren und Nahen Osten, in Ungarn und in Polen ein, betont die Einheit des sozialistischen Lagers und bekennt sich zur Unantastbarkeit der Oder-Neiße-Linie. Die Wiedergeburt des westdeutschen Militarismus bezeichnet er als eine der größten Gefahren; er fordert dessen Ausschaltung durch die „friedliebenden und demokratischen Kräfte in Westdeutschland“ Er weist darauf hin, dass die Verhandlungen zwischen der „DDR“ und der Sowjetunion alle Gerüchte eines abgekühlten Verhältnisses“ widerlegt hätten, und betont die wachsende innere Festigkeit der „DDR“, geschützt von der Einheit des sozialistischen Lagers.	40
16. 01. 1957	Beschluss der Volkskammer der „DDR“ Die Volkskammer billigt die Ergebnisse der Besprechungen zwischen der Sowjetunion und der „DDR“ vom 3. bis 8. Januar 1957.	54
18. 01. 1957	Aus der Rundfunkansprache des Bundeskanzlers Adenauer Bundeskanzler Adenauer führt aus, die in zwei Machtblöcke geteilte Welt sei zwar kein erwünschter Zustand, die kleineren Staaten der westlichen Welt verdankten aber nur der militärischen Allianz mit den Vereinigten Staaten ihre Freiheit. Die UNO betrachtet Adenauer als wertvollstes Mittel des Verkehrs zwischen den beiden Blöcken.	55

21. 01. 1957	Aus den Ausführungen des Bundesratspräsidenten Sieveking vor der Vereinigung „Die Auswärtige Presse“ in Hamburg Bundesratspräsident Sieveking trägt den Plan einer Art „europäischen Commonwealth“ unter Ausschluss Großbritanniens, Frankreichs und Italiens vor, in dem Deutschland stärkster Partner und damit „erster Diener Europas“ wäre. Als erste Voraussetzung bezeichnet er eine neue, festumrissene und konstante deutsche Außenpolitik in europäischer Verantwortung, besonders gegenüber Polen und dem übrigen Ost- und Südosteuropa. Für die Beendigung der russischen Besetzung in Mitteldeutschland verweist er auf die Notwendigkeit einer Politik der Gegenleistungen und Übergangslösungen. Nach kurzen Ausführungen zum Besuch Tschau En-lais in Warschau betont Sieveking abschließend, dass Macht und Einflussphären der großen Weltmächte in der künftigen Ordnung bestehen bleiben und Deutschland in ihrem Schnittpunkt liegt.	56
23. 01. 1957	TASS-Erklärung zur Errichtung amerikanischer Atom- und Raketenbasen in verschiedenen Ländern Die Erklärung behauptet, die Absicht, neue Basen für amerikanische Atomwaffen einzurichten, diene der Vorbereitung eines Atomkrieges. Sie warnt die Länder, in denen die Basen möglicherweise errichtet werden, vor den Folgen.	63
26. 01. 1957	Ansprache des Bundespräsidenten Heuss beim Staatsakt der Regierung des Saarlandes in Saarbrücken In seinem Rückblick hebt Bundespräsident Heuss die Bedeutung der Gründung der Bundesrepublik hervor, da sie eine Stimme des deutschen Schicksals in der Welt sei. Ihr Bestehen nennt er den Ausgangspunkt für die Ermöglichung einer vertraglichen Lösung der Saarfrage und die Abstimmung der Bevölkerung die lebendige Erfüllung dieses Vertrages, den „Kern der deutsch-französischen Beziehungen“. Zum Abschluss seiner Ansprache weist Heuss auf die Bedeutung der Regelung der Saarfrage als Modell für die Wiedervereinigung hin.	64
26. 01. 1957	Rundfunkansprache des Staatssekretärs Thedieck Thedieck befasst sich mit der Unterstützung von Besuchern aus Mitteldeutschland und der finanziellen Hilfe des Bundes für den gesamtdeutschen Sportverkehr. Er weist die Vorwürfe der „DDR“, es handele sich dabei um Tarnung von Spionage und Sabotage, zurück.	68
26. 01. 1957	Aus dem „Berliner Programm“ der FDP Das Programm fordert eine Außenpolitik der Entspannung, ein umfassendes europäisches Sicherheitsbündnis und die Einigung Europas. Es verbindet einen Appell für die Wiedervereinigung als oberstes Ziel der deutschen Politik mit dem Verlangen nach engeren Kontakten zwischen der Bevölkerung Deutschlands, die es, nach dem Beispiel der Saar, zu „eindrucksvollen Äußerungen des Volkswillens“ aufruft.	71
28. 01. 1957	Gesetz der Volksvertretung von Groß-Berlin zur Übernahme des Gesetzes über die örtlichen Organe der Staatsmacht	72
28. 01. 1957	Regelung der Stellung der örtlichen Organe der Staatsmacht der „DDR“ in Ost-Berlin. Beschluss der Volksvertretung von Groß-Berlin über die Anwendung des Gesetzes der Volkskammer der „DDR“ über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen	73
29. 01. 1957	Regelung des Verhältnisses der Volkskammer der „DDR“ zur Volksvertretung Ost-Berlins.	73
29. 01. 1957	Aus der Rede des Oberbefehlshabers der NATO-Streitkräfte in Europa, Norstad, in New York Norstad stellt als die beiden entscheidenden Komponenten der NATO die Mittel zu wirksamer Abschreckung und den festen Willen aller beteiligten Staaten zur gemeinsamen Verteidigung heraus. Er warnt vor jeder Schwächung und fordert ausreichende amerikanische, britische und kanadische Truppenkontingente in Europa. Die Verteidigung müsse stark genug sein, um die europäischen NATO-Mitglieder vor einer Invasion zu bewahren. Norstad befürwortet eine einheitliche Bewaffnung aller NATO-Truppen und betont die Notwendigkeit, mit aller Kraft an der über das Militärische hinausgewachsenen Allianz der freien Welt festzuhalten.	73
29. 01. 1957	Aus der Gemeinsamen Erklärung der Regierungsdelegationen der UdSSR und der Tschechoslowakischen Republik Die beiden Regierungsdelegationen erklären ihre Übereinstimmung hinsichtlich der Notwendigkeit von Abrüstungsmaßnahmen als Voraussetzung einer friedlichen Koexistenz, warnen die Weltmächte vor der Wiederaufrüstung der Bundesrepublik, nehmen gegen EWG und Euratom Stellung und erkennen die Bemühungen der „DDR“ um die Schaffung eines „friedliebenden Deutschland“ an. Sie fordern eine Annäherung zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik, schlagen ein kollektives Sicherheitssystem vor und erklären ihre Entschlossenheit zur Festigung des Warschauer Paktes.	78

### 30. PLENUM DES ZK DER SED

30. 01. 1957 Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED  
Ulbricht bezeichnet die „DDR“ als Basis und Vorbild aller friedliebenden Kräfte in ganz Deutschland. Er betont die Notwendigkeit, die „DDR“ für den Wettbewerb zwischen den gesellschaftlichen Systemen in Deutschland auch wirtschaftlich zu stärken, und versucht, die westdeutsche Abhängigkeit vom amerikanischen Kapital und von den aggressiven Plänen der Vereinigten Staaten nachzuweisen. Er beschuldigt die Bundesrepublik Deutschland, die Vorherrschaft über Westeuropa erringen zu wollen. Deren Sozialpolitik nennt er ein Blendwerk. Ulbricht fordert die SPD zu einem gemeinsamen Kampf gegen den deutschen Militarismus und das westdeutsche Großkapital auf, vor allem im Hinblick auf die Bundestagswahlen. Er wendet sich gegen die „Theorie der SPD von der <zweiten industriellen Revolution>“, den sozialen Ausgleich auf der Grundlage des industriellen Fortschritts, und fasst seine Ausführungen in fünf Punkten zusammen. Die Wiedervereinigung nennt er eine Sache des deutschen Volkes im Kampf gegen die herrschenden reaktionären und militaristischen Kräfte. Er legt die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen dar, die in der Bundesrepublik erfüllt werden müssen, bevor über einen Gesamtdeutschen Rat und eine Nationalversammlung die Wiedervereinigung eingeleitet werden könne.

80

### AUSSENPOLITISCHE AUSSPRACHE DES 2. DEUTSCHEN BUNDESTAGES

31. 01. 1957 Erklärung der Bundesregierung über die außenpolitische Lage, abgegeben von Bundesminister von Brentano  
Bundesminister von Brentano beginnt die Erklärung der Bundesregierung mit einem Überblick über die außenpolitische Lage. Nach der Erläuterung der Politik der Bundesrepublik hinsichtlich der Probleme des Nahen Ostens und der Begründung der Unterstützung der dort von den Vereinigten Staaten ergriffenen Maßnahmen, gibt er eine Analyse der Krisenerscheinungen im Ostblock. Von Brentano weist die sowjetische Behauptung, vom Westen drohe Gefahr, zurück und bekräftigt die Auffassung der Bundesregierung, eine Grenzregelung sei nur auf dem Verhandlungswege denkbar. Die Verhandlungen könnten jedoch erst auf der Friedenskonferenz und zwar nur von einer gesamtdeutschen Regierung geführt werden. Dann wiederholt von Brentano seine auf der NATO-Tagung am 13. Dezember 1956 vorgetragenen Grundsätze für die Freiheit und Unabhängigkeit der osteuropäischen Völker. Konzessionen gegenüber der Sowjetunion fänden ihre Grenze an der für die deutsche Politik grundlegenden Unterscheidung zwischen Recht und Unrecht. Vorschläge, dass die Bundesrepublik ihre Bündnisse aufgeben sollte, bezeichnet von Brentano als abwegig. Er betont die Unterschiede zwischen den beiden Machtbereichen und die unveränderten Grundsätze der deutschen Politik. Er versichert, ein europäischer Zusammenschluss ohne das enge Bündnis mit den Vereinigten Staaten sei unmöglich. Nach einem Bericht zum Stand der Verhandlungen über die europäische Gemeinschaft erläutert er die Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung auf der Grundlage ihres Memorandums vom 2. September 1956 und die Möglichkeiten eines Eingreifens der UNO in dieser Frage.
31. 01. 1957 Erklärung des Abg. Kiesinger (CDU/CSU)  
Kiesinger erörtert die divergierenden Ansichten der Regierungsparteien und der Opposition über die Grundlage eines europäischen Sicherheitssystems und betont die Abhängigkeit Westeuropas von den Vereinigten Staaten, da Westeuropa vor allem nicht in der Lage sei, sich selbst zu verteidigen. Kiesinger unterstreicht die Auffassung, dass deutsche Vorleistungen in der Frage der Neutralisierung oder eines Sicherheitssystems die Wiedervereinigung nicht fördern. Er unterstützt die Ausführungen des Bundesministers von Brentano über die grundlegende Verschiedenheit der beiden Militärblöcke. Er erklärt, nur die NATO könne – trotz mancher Krise – gegen die fortdauernde Bedrohung der sowjetischen Macht Sicherheit geben. Er unterstreicht die Bedeutung einer starken konventionellen Rüstung. Kiesinger geht auf die Wiedervereinigungspolitik der Regierung ein und weist in Auseinandersetzung mit der Opposition die Auffassung einer Aufweichung der Militärblöcke und demzufolge die Forderung nach einer neuen Politik zurück. Auch die UNO könne die großen Gegensätze nicht beseitigen. Zum Schluss betont Kiesinger die feierliche Verpflichtung der NATO-Staaten zur Mitwirkung an der Wiedervereinigung Deutschlands.

95

115

31. 01. 1957	Erklärung des Abg. Ollenhauer (SPD)	
	Ollenhauer wirft der CDU vor, eine Wahlkundgebung abzuhalten. Zur Regelung der Saarfrage stellt er fest, sie sei gegen die Politik der Bundesregierung erreicht worden. In kritischer Auseinandersetzung mit der Regierungserklärung und den Ausführungen des Abg. Kiesinger betont er die neuen Gegebenheiten für die Bündnisse in Ost und West nach dem Ungarnaufstand und der Suezkrise. Demzufolge stellt der folgende allgemeine Forderungen auf: Stärkung der UNO; schrittweise, international kontrollierte Abrüstung; Zusammenarbeit und Partnerschaft zwischen der westlichen Welt und den Völkern Asiens und schließlich eine neue Anstrengung, regionale Spannungsherde auf der Welt zu beseitigen. Ollenhauer fordert, ausgehend von der entscheidenden Frage nach einem neuen Ansatz zur Wiedervereinigung, eine Verbesserung und Normalisierung der Beziehungen zur Sowjetunion und zu den osteuropäischen Ländern. Er wiederholt die Forderung seiner Partei nach dem Eintritt des wiedervereinigten Deutschland in ein von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion garantiertes Sicherheitssystem. Er stellt die Möglichkeit des Austritts der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO zur Debatte und kritisiert die Wehrpflicht. Abschließend befasst er sich mit den europäischen Gemeinschaften, wobei er sich dafür ausspricht, den Beschluss zur Schaffung eines neuen europäischen Parlaments für EWG und Euratom rückgängig zu machen. Er fordert bessere Aufklärung über die Verhandlungen und Beteiligung des Deutschen Bundestages daran.	135
31. 01. 1957	Erklärung des Bundesministers von Brentano	
	Bundesminister von Brentano weist die Vorwürfe der SPD gegen die Haltung des Bundeskanzlers in der Saarfrage zurück und beantwortet die in der Rede Ollenhauers aufgeworfenen Fragen. Er setzt sich dabei kritisch mit Ollenhauers Ausführungen über das Verhältnis der Bundesrepublik zum Ostblock und das europäische Sicherheitssystem auseinander.	153
31. 01. 1957	Erklärung des Abg. Lenz (Trossingen) (FDP)	
	Für den indisponierten Abg. Becker sprechend, stellt Lenz drei Ziele der FDP für die deutsche Politik auf: Wiedervereinigung, Frieden und Freiheit für ganz Deutschland und Bemühung um ein umfassendes vereinigtes Europa. Aus Deutschlands Mittellage in Europa leitet Lenz die Bedeutung einer friedlichen Lösung des Wiedervereinigungsproblems her. Voraussetzung sei einerseits die Aufrechterhaltung der Bindung an den Westen, andererseits das Gespräch mit dem Osten vor allem mit der Sowjetunion, mit der auch auf der Grundlage eines Preises für die Wiedervereinigung verhandelt werden sollte. Lenz befürwortet handelspolitische Beziehungen zu allen Ländern des Ostens und entwickelt unter Berufung auf die Atlantik-Charta vier Grundsätze für eine freiheitliche Entwicklung der Völker und ihre Beziehungen untereinander sowie für das Verhältnis der Bundesrepublik zu ihnen – auch im Hinblick auf die Wiedervereinigung. Er fordert engere Kontakte mit der Bevölkerung Mitteldeutschlands. Abschließend beschäftigt er sich kritisch mit der Entwicklung des Zusammenschlusses Europas.	158
31. 01. 1957	Erklärung des Abg. Lenz (Godesberg) (CDU/CSU)	
	Lenz untersucht die Haltung der SPD zur Blockbildung in Ost und West und warnt vor einer unsicheren Politik gegenüber der NATO. Er kritisiert die Einstellung der SPD zur Wiederbewaffnung und betont die erfolgreichen Bemühungen der Bundesregierung um Sicherheit als Voraussetzung zur Wiedervereinigung.	166
31. 01. 1957	Erklärung des Abg. Ollenhauer (SPD)	
	Ollenhauer weist die Vorwürfe zurück, die SPD habe keine einheitliche und eindeutige Haltung zur NATO, und verteidigt die Auffassung eines Beitritts des wiedervereinigten Deutschland zu einem europäischen Sicherheitssystem.	173
31. 01. 1957	Erklärung des Abg. Kiesinger (CDU/CSU)	
	Kiesinger gibt eine Erwiderung auf die vorangegangene Erklärung Ollenhauers zur Frage eines europäischen Sicherheitssystems.	175
31. 01. 1957	Erklärung des Abg. Feller (GB/BHE)	
	Feller warnt davor, die Außenpolitik und vor allem die Frage der Wiedervereinigung in den Wahlkampf zu tragen. Man solle nicht über die Vergangenheit, sondern über die Zukunft diskutieren, insbesondere über die Frage, wie die Bundesregierung die mit dem Beitritt zur NATO geschaffene Lage für die Wiedervereinigungspolitik nutzen wolle. Er bemängelt die ungenügende Antwort auf diese Frage in der Regierungserklärung und bezweifelt, dass die Wiedervereinigung ohne eine Vereinbarung über den militärischen Status Gesamtdeutschlands zu erreichen sei. Als entscheidend für ein Sicherheitssystem betrachtet er den Beitritt der Großmächte. Er betont die Bedeutung der Unterschiede zwischen dem militärischen, völkerrechtlichen oder territorialen und dem innenpolitischen Status des wiedervereinigten Deutschland. Nachdrücklich wendet er sich gegen eine Aufweichung des deutschen Standpunktes in der Frage der deutschen Ostgebiete und warnt vor „unverantwortlichen Diskussionen“.	176

31. 01. 1957	Erklärung des Abg. von Merkatz (DP) Ausgehend von der Notwendigkeit größerer Zusammenschlüsse, besonders Europas, formuliert von Merkatz sieben Ziele der deutschen Außenpolitik, vor allem im Hinblick auf das Verhältnis zum Osten und zur Wiedervereinigung, und verweist auf ihre Niederlegung im Grundgesetz. Unveränderliche Voraussetzungen für die Wiedervereinigung seien Freiheit und Sicherheit. Mangelnde Bündnistreue wäre für die Verpflichtung der NATO-Staaten zur Wiedervereinigung Deutschlands verhängnisvoll. Von Merkatz betont das Fortbestehen der Bedrohung durch die Sowjetunion – eine Wendung zum Schlechteren habe in den Beziehungen zwischen Ost und West stattgefunden. Ein umfassendes Sicherheitssystem sei erst nach Klärung der anderen bestehenden Probleme möglich. Zum Abschluss zählt von Merkatz fünf moralische Prinzipien als Leitsätze der westlichen Politik auf; sie müssten auch der Außenpolitik der Bundesrepublik als Grundlage dienen.	183
31. 01. 1957	Erklärung des Abg. Schäfer (Hamburg) (FVP) Schäfer weist auf das weltpolitische Ausmaß der Probleme der Friedenssicherung und der Wiedervereinigung hin und mahnt zur Geduld. Er warnt vor einer Dramatisierung der Situation als einen Wendepunkt und vor einer Verharmlosung örtlicher Gewaltherrschaft. Innere Auseinandersetzungen dürften den Willen zur Wiedervereinigung nicht unglaubwürdig machen. Schäfer betont die Bedeutung des Ordnungsprinzips der Freiheit für eine europäische Friedensordnung und damit auch für die Wiedervereinigung. Abschließend verweist er darauf, dass es im Grunde um das Ringen zweier „entgegengesetzter Zivilisationsformen“ gehe.	191
31. 01. 1957	Erklärung des Abg. Wehner (SPD) Wehner geht in seiner Erklärung von der grundsätzlichen Frage an die Regierung aus, ob sie politisch für das, was in Zukunft hinsichtlich der Wiedervereinigung und der Sicherheit geschehen müsse, hinreichend gerüstet sei. Er gibt einen Rückblick auf die Bündnispolitik der Bundesregierung in Beziehung zu Verhandlungen über die Wiedervereinigung. Er wendet sich besonders gegen die Auffassung, erst nach der Konzessionierung der Wiedervereinigung durch die Sowjetunion könne der militärische Status Gesamtdeutschlands erörtert werden, und unterzieht die Politik der Bundesregierung in der Frage einer militärisch verdünnten Zone einer kritischen Betrachtung. Er wirft der Bundesregierung vor, nicht für die Bildung der vom Deutschen Bundestag beschlossenen ständigen Kommission der drei Westmächte und der Bundesrepublik für die Erörterung von Vorschlägen zur Wiedervereinigungspolitik gesorgt zu haben. Wehner greift auch die Kritik seiner Partei an der mangelnden Unterrichtung und am Verlauf der Verhandlungen über die europäischen Gemeinschaften auf.	198
31. 01. 1957	Erklärung des Bundesministers von Brentano Bundesminister von Brentano weist die in den Ausführungen Wehners enthaltenen Vorwürfe zurück, vor allem hinsichtlich des Verhältnisses der deutschen Bündnispolitik zur Wiedervereinigung und in Bezug auf die mangelnde Verhandlungsbereitschaft der Bundesregierung.	210
31. 01. 1957	Erklärung des Abg. Furler (CDU/CSU) Furler beginnt mit einer Erwiderung auf die Ausführungen Wehners und betont, vor allem „die harte Machtpolitik der Russen nach innen und außen“ sei es, „die die Wiedervereinigung bis auf den heutigen Tag konsequent verhindert hat“. Er geht dann auf den Verlauf der Verhandlungen über die Verträge der europäischen Gemeinschaften und die Äußerungen Wehners zu diesem Thema ein und weist den Vorwurf zurück, dass die Pläne durch das Verhalten der Bundesregierung verändert worden seien. Er erläutert die Ziele der Einigung Europas und deren Bedeutung für Deutschland. Er würdigt die Zusammenhänge zwischen Sicherheit und Wiedervereinigung und betont die Notwendigkeit der wirksamen Sicherung der Bundesrepublik, indem er die Zeiten der Wandlung als besonders gefährlich bezeichnet.	215
31. 01. 1957	Erklärung des Abg. Prinz zu Löwenstein (FDP) Prinz zu Löwenstein befasst sich mit der deutsch-holländischen Grenzfrage und wendet sich gegen einseitige holländische Maßnahmen, die auf Abtrennung deutschen Gebiets im Selbstzweck zielen. Seine Vorschläge zur Lösung dieser Frage gehen von einer europäischen Rechtsordnung und der gemeinsamen Bereinigung strittiger Fragen aus. Diese Gemeinsamkeit sei angesichts der sowjetischen Bedrohung besonders wichtig.	224

31. 01. 1957	<p>Erklärung des Abg. Erler (SPD)</p> <p>In der Frage der Verhandlungen über die europäischen Gemeinschaften besteht Erler auf der Mitarbeit des Deutschen Bundestages. Er äußert seine Sorgen über den Wegfall „wesentlicher Gedanken“ und über die Problematik der Verbindung nordafrikanischer Gebiete mit dem Gemeinsamen Markt. Er setzt sich eingehend mit den Ausführungen der Regierungsparteien zur Wiedervereinigungspolitik auseinander. Er wirft der Bundesregierung vor, Sicherheit, Freiheit und Wiedervereinigung nur im Rahmen der NATO zu wollen, und erklärt, „dass wirkliche Sicherheit in Europa nur geschaffen werden kann, wenn das Risiko aus der Spaltung Deutschlands beseitigt wird“. Er entwickelt die Vorstellungen der SPD über die Struktur eines europäischen Sicherheitssystems als Verhandlungsgrundlage und weist den Vorwurf zurück, die SPD habe ihre Vorstellungen dazu nicht dargelegt. Die Bundesrepublik müsse jede Möglichkeit der Entspannung unterstützen, alle diskutablen Vorschläge, wie etwa den ersten Eden-Plan, prüfen und eigene Pläne vorlegen. Ein wiedervereinigtes Deutschland mit Entscheidungsfreiheit über seine Bindung werde es nicht geben. Erler befürwortet eine elastische Politik, vor allem hinsichtlich der Beziehungen zu den Ostblockstaaten. Zum Schluss geht er noch kurz auf die Saarpolitik der Bundesregierung ein.</p>	227
31. 07. 1957	<p>Erklärung des Bundesministers Strauß</p> <p>Bundesminister Strauß betont, die bestehenden weltpolitischen Schwierigkeiten seien nur durch politische Lösungen zu überwinden. Die Sicherheit des Friedens beruhe allein auf der Entschlossenheit, mit allen Mitteln einen sowjetischen Angriff zu verhindern. Hinsichtlich des militärischen Status Gesamtdeutschlands weist Strauß auf die uneingeschränkte deutsche Entscheidungsfreiheit hin. Bei der Behandlung des Vorschlages eines Sicherheitssystems stellt er die unannehmbaren sowjetischen Bedingungen und die Gefahr für die gegenüber der integrierten Macht der Sowjetunion separierten westlichen Staaten heraus. Ein westlicher Sicherheitspakt als Gegengewicht sei nicht zu entbehren, weil der Sowjetunion nicht zu trauen sei. Das Entscheidende für den Weg an den Verhandlungstisch, so erklärt Strauß abschließend, sei der nötige Hintergrund, „und das heißt, uns den westlichen Freunden für diesen Fall so unentbehrlich zu machen und einem potentiellen Gegner so respektabel ernst zu machen, dass beide auf unsere Anwesenheit Wert legen“.</p>	242
31. 01. 1957	<p>Erklärung des Bundesministers von Brentano</p> <p>In einer kurzen Erklärung weist Bundesminister von Brentano Äußerungen des Abg. Erler zur Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung zurück.</p>	254
31. 01. 1957	<p>Erklärung des Abg. Gille (GB/BHE)</p> <p>Gille weist mit Nachdruck die Äußerungen des Bundesratspräsidenten Sieveking zur Frage eines möglichen Verzichts auf deutsche Gebiete im Osten zurück und fordert den Bundestag auf, sich mit aller Entschiedenheit von derartigen Äußerungen zu distanzieren.</p>	255
31. 01. 1957	<p>Erklärung des Abg. Mellies (SPD)</p> <p>Mellies setzt sich mit den Einwänden gegen die Vorstellungen der SPD von einem europäischen Sicherheitssystem auseinander und erklärt, die Bundesregierung habe einige dieser Gedanken sogar in ihrem Memorandum vom 2. September 1956 an die Sowjetunion verwertet. Er betont die „ungeheure Entspannung“ durch ein Sicherheitssystem, die Notwendigkeit einer vernünftigen Lösung und die Garantie der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion.</p>	257
31. 01. 1957	<p>Erklärung des Abg. Arndt (SPD)</p> <p>Arndt weist mit Nachdruck auf den Zusammenhang zwischen Abrüstung, Sicherheit und Wiedervereinigung hin. Er wirft der Bundesregierung vor, sie trenne das Sicherheitsproblem vom Wiedervereinigungsproblem und versperre damit den Weg zur Wiedervereinigung. In Auseinandersetzung mit den Ausführungen des Bundesministers Strauß erklärt er, die Bundesregierung habe niemals wirklich zu ergründen versucht, was hinter den sowjetischen Vorschlägen stecke. Die NATO biete keine Sicherheit, da sie die deutsche Spaltung nicht beseitige.</p>	260
01. 02. 1957	<p>Artikel des Referenten für Sicherheitsfragen bei der Bundestagsfraktion der SPD, Beermann: Sicherheit, Wiedervereinigung und Stärke der Bundeswehr</p> <p>Beermann führt in seinem Artikel aus, als Klammer zur Beherrschung des Satellitenbereichs habe die Sowjetzone für die Sowjetunion an Bedeutung gewonnen. Der Preis für die Räumung dieses Gebiets könne in der Aufgabe der NATO, der Räumung Westeuropas von amerikanischen und britischen Truppen und deutschen Ausgleichsleistungen an die Sowjetunion für Kriegsschäden bestehen. Eine starke Bundeswehr bekräftige, auch hinsichtlich der Rückwirkungen auf Polen und möglicher Verhandlungen über die deutschen Ostgebiete, den Status quo. Trotz der Möglichkeit lokaler Konflikte warnt Beermann vor einer zu starken Bundeswehr, da die atomare Abschreckung darunter leide. Aus diesen Voraussetzungen und mit Bezug auf die Probleme der Sicherheit und der Wiedervereinigung erläuterte er in sieben Punkten den Vorteil einer Bundeswehr von 150 000–200 000 Mann.</p>	266

1. 02. 1957	TASS-Erklärung über Abrüstung und Verminderung der internationalen Spannungen In der TASS-Erklärung wird eine Zusammenfassung der sowjetischen Abrüstungsnote vom 17. November 1956 und ein Überblick über den bisherigen Verlauf der Abrüstungsverhandlungen gegeben. Den Westmächten wird mangelnde Bereitschaft zum Abschluss eines Abkommens vorgeworfen. Sie hätten eine unumwundene Antwort auf die sowjetische Note vermieden. Den Vereinigten Staaten wird Vorbereitung eines Atomkrieges unterstellt. In leitenden Kreisen der Sowjetunion werde die Haltung der Westmächte zu den sowjetischen Vorschlägen bedauert.	271
01. 02. 1957	Aufsatz des stellvertretenden Leiters der Abteilung Agitation und Propaganda im ZK der SED, Kegel: Gedanken zur Wiedervereinigung Kegel betont nachdrücklich die grundsätzlichen Unterschiede zwischen den „zwei deutschen Staaten“. Für ein wiedervereinigtes Deutschland komme nur der Weg in eine sozialistische Zukunft in Frage. Unter Hinweis auf die unterschiedliche Begriffsauslegung geht er auf die entgegengesetzte Bedeutung der Wiedervereinigung in beiden Teilen Deutschlands ein. Die Bundesregierung habe alle Möglichkeiten zur Wiedervereinigung hintertrieben, da eine kleine reaktionäre Schicht ganz Deutschland nach ihren imperialistischen und militaristischen Zielen formen wolle. Selbst SPD und FDP hätten sich noch nicht zu einer „wirklich realistischen Wiedervereinigungs-Konzeption entschließen“ können. Die Scheinaktivität der Bundesregierung und das Memorandum vom 2. September 1956 hätten keine Grundlage für ernsthafte Verhandlungen geboten. Kegel setzt sich polemisch mit Vorschlägen des „Kuratoriums Unteilbares Deutschland“ und einem Aufsatz von Prof. Friedensburg zur Frage der Umgestaltung der Sowjetzone nach der Wiedervereinigung auseinander. Für die Pläne der „DDR“ zur Wiedervereinigung verweist er auf die Regierungserklärung Grotewohls vom 2. November 1956 und hebt deren fünf Hauptpunkte hervor. Er betont, dass die Sowjetunion die Thesen der Bundesregierung zurückgewiesen hat und für die „Verständigung beider deutscher Staaten“ eintritt. Neue Möglichkeiten sieht Kegel nur nach einem „Regimewechsel in Bonn“ nach der Bundestagswahl.	279
02. 02. 1957	Aus der Ansprache des Bundeskanzlers Adenauer anlässlich der Eröffnung der „Grünen Woche“ in Berlin Bundeskanzler Adenauer nennt die Freiheitsregelungen im Ostblock und in der ganzen Welt Zeichen einer kommenden Wende in der Nachkriegsgeschichte und betont die Stärkung der NATO, die Fortschritte im Zusammenschluss Europas und die wachsende Bedeutung der UNO.	292
03. 02. 1957	Gemeinsame Erklärung des FDGB und der CGT In der Erklärung wird die wachsende Zusammenarbeit beider Gewerkschaftsverbände gewürdigt, besonders im Hinblick auf gemeinsame Aktionen in Frankreich und Deutschland, und auf drohende Gefahren durch den Aufbau von EWG und Euratom hingewiesen. Es werden gemeinsame Ziele im Kampf gegen NATO, Atomwaffen und deutschen Militarismus sowie für Abrüstung, kollektives Sicherheitssystem und soziale Verbesserungen formuliert.	293
05. 02. 1957	Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der „DDR“ zur Oder-Neiße-Linie Die Erklärung weist die Politik der Bundesregierung hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie zurück und bekräftigt die entgegen anderslautenden Meldungen unveränderte Haltung der „DDR“ in dieser Frage.	297
05. 02. 1957	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Bundeskanzler Adenauer In einem Rückblick auf das Verhältnis zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik seit der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zeigt sich Ministerpräsident Bulganin besorgt über die mangelhafte Zusammenarbeit beider Länder und über die verstärkte Wiederaufrüstung der Bundesrepublik innerhalb der NATO, wodurch die Wiedervereinigung in immer weitere Ferne gerückt werde. Er mahnt, die furchtbaren Leiden des Krieges nicht zu vergessen und betont die Notwendigkeit eines Umschwungs in den gegenseitigen Beziehungen. Die Bundesrepublik dürfe sich nicht von außen auf den Weg der Aggression drängen lassen. Bulganin entwickelt die Konzeption der friedlichen Koexistenz und eine Reihe von Möglichkeiten engerer und freundschaftlicher Zusammenarbeit, besonders im Rahmen eines Handelsvertrages. Die sowjetische Unterstützung in der Frage der Wiedervereinigung bietet er unter der Voraussetzung einer Verständigung zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“ an.	299
	AUSSPRACHE DES 2. DEUTSCHEN BUNDESTAGES ÜBER BERLIN UND MITTELDEUTSCHLAND  Antrag der Fraktionen der SPD, FDP, GB/BHE betreffend Hauptstadt Berlin Ausgefertigt am 11. Dezember 1956 In diesem Antrag wird die Ausgestaltung der Stellung Berlins als Hauptstadt und Regierungssitz gefordert.	316

	Erster Bericht des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen (35. Ausschuss) auf Grund des Beschlusses des Deutschen Bundestages vom 30. Mai 1956 bei der Beratung der Großen Anfrage der Fraktionen der CDU/CSU, SPD, FDP, GB/BHE, DP, DA betreffend Entwicklungen in der Sowjetzone und Möglichkeiten engerer Verbindungen zwischen den beiden Teilen Deutschlands Ausgefertigt am 12. Dezember 1956	
	In den Vorbemerkungen wird ein kurzer Abriss über Anlass und Gliederung des Berichts gegeben, der den Zeitraum seit dem 30. Mai 1956 behandelt. Der erste Teil des Berichts befasst sich mit der Rechtslage in der Sowjetzone und Ost-Berlin, vor allem mit Rechtsprinzipien, mit der Lage der politischen Gefangenen und mit sozialrechtlichen Fragen. Den zweiten Teil bildet eine Darlegung über die Verbindungsmöglichkeiten zwischen beiden Teilen Deutschlands. Es wird auf Erleichterungen durch die Sowjetzone, auf die Unterstützung mitteldeutscher Besucher der Bundesrepublik und auf die Vorschläge der Bundesregierung zur Verbesserung der Verbindungen und der Verkehrsbedingungen eingegangen. Der dritte Teil befasst sich mit der Entwicklung in Berlin. Technische Gespräche zur Verbesserung der Verbindungen zwischen beiden Teilen Berlins über einen Senatsrat seien in Ost-Berlin abgelehnt worden.	317
	Antrag der Fraktionen der SPD, FDP, GB/BHE betreffend Stimmberechtigung der im Lande Berlin gewählten Abgeordneten des Bundestages Ausgefertigt am 21. Januar 1957	
	Die Stimmberechtigung der Berliner Abgeordneten wird mit der Begründung gefordert, dass dadurch die Sonderstellung Berlins nicht beeinträchtigt werde.	330
	Bericht des Haushaltsausschusses (18. Ausschuss) über den Antrag der Fraktionen der SPD, FDP, GB/BHE betreffend Hauptstadt Berlin vom 11. Dezember 1956 Ausgefertigt am 23. Januar 1957	
	Für die Deckung der Kosten für den Bau eines Parlamentsgebäudes in Berlin wird auf den Bundeshaushalt für 1957 verwiesen.	331
	Schriftlicher Bericht des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen (35. Ausschuss) über den Antrag der Fraktionen der SPD, FDP, GB/BHE vom 11. Dezember 1956 betreffend Hauptstadt Berlin Ausgefertigt am 29. Januar 1957	
	Die in dem Antrag betonte Funktion Berlins als deutsche Hauptstadt wird bekräftigt. Modifizierungen der Anträge wurden hinsichtlich des Baus eines Parlamentsgebäudes und der Übersiedlung von wichtigen Bundesbehörden nach Berlin vorgenommen. Der Antrag betreffend Hilfsmaßnahmen für die Berliner Hochschulen wird unterstützt.	332
06. 02. 1957	Antrag der Fraktion der SPD betreffend Vorbereitung hauptstädtischer Funktionen Berlins	
	Der Antrag schlägt die Bildung eines Unterausschusses für Fragen der Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin vor.	335
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Bucerius (CDU/CSU) Bucerius gibt Erläuterungen zum Bericht des Ausschusses für gesamtdeutsche und Berliner Fragen	336
06. 02. 1957	Erklärung des Bundesministers Schröder Bundesminister Schröder bekräftigt die Auffassung der Bundesregierung, „dass Berlin die Hauptstadt eines wiedervereinigten Deutschland sei“. Nach einer Entscheidung des Bundestages könne mit dem Bau eines Parlamentsgebäudes in Berlin begonnen werden. Eine Verlegung von Bundesministerien nach Berlin wird aus sachlichen Gründen abgelehnt, bei sonstigen Bundesbehörden befürwortet. Nach Stellungnahme zu Bauplänen in Berlin und den Unterstützungsbeiträgen des Bundes für wissenschaftliche und kulturelle Einrichtungen schließt der Bundesminister mit der Versicherung, dass die Bundesregierung alles tun werde, „um Berlin seine alte Bedeutung zurückzugeben“.	337
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Brandt (SPD) Brandt betont eindringlich die zum Zwecke der unmittelbaren Berührung mit der Tatsache der Spaltung Deutschlands notwendige Anwesenheit von Bundesregierung und Bundestag in Berlin. Er kritisiert die zögernde Haltung der Regierungsparteien in der Frage des Berliner Parlamentsgebäudes und der Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin. Vom Bundeskanzler befürchtete Unruhen in der Sowjetzone könnten gerade durch eine überzeugende Politik der Wiedervereinigung in Berlin verhindert werden. Die Sonderstellung Berlins gelte nicht in innerdeutschen Beziehungen, Berlin sei ein Land der Bundesrepublik. Auch den Gesichtspunkt der fehlenden Souveränität in Berlin weist er zurück. Zur Aufnahme der Bundesbehörden in Berlin am Tage der Wiedervereinigung sollten die baulichen Voraussetzungen geschaffen werden, verbunden mit einem Baustopp in Bonn. Die Liste der bisher in Berlin untergebrachten Bundesbehörden wird als ungenügend bezeichnet. Technische Ministerien ebenso wie das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen sollten nach Berlin verlegt werden. Außerdem müsse Berlins Rolle als geistiges Zentrum ganz Deutschlands gestärkt werden. Brandt weist abschließend darauf hin, dass „politische Entscheidungen im innerdeutschen Bereich den Lauf der Dinge“ beeinflussen könnten.	342
06. 02. 1957	Erklärung des Bundesministers Schröder Bundesminister Schröder weist die Kritik an der von ihm vorgetragene Liste der in Berlin untergebrachten Bundesbehörden zurück und bedauert, dass die für die Bundesregierung erforderlichen Arbeitsbedingungen in Berlin noch nicht gegeben sind.	352

06. 02. 1957	Erklärung der Abg. Maxsein (CDU/CSU) Die Abg. Maxsein weist auf die starke Unterstützung Berlins durch die Bundesregierung hin. Die Bundesregierung habe mit Nachdruck Berlin zur deutschen Hauptstadt erklärt. Frau Dr. Maxsein betont die Bedeutung des Vier-Mächte-Status Berlins und erörtert Fragen einer Verlegung von Ministerien und die Bedeutung einer wissenschaftlichen Bibliothek für Berlin.	353
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Reif (FDP) Reif stellt die Bedeutung vorbereitender Maßnahmen in Berlin für den Tag der Wiedervereinigung heraus und erinnert an den Grundsatz, dass an Bundesbehörden alles, was nicht unbedingt in Bonn sein müsse, nach Berlin gehöre. Er sieht darin keine Beeinträchtigung des Vier-Mächte-Status. Er fordert eine angemessene Behandlung der deutschen Frage im Deutschen Bundestag.	357
06. 02. 1957	Erklärung des Bundesministers Schröder Bundesminister Schröder nimmt zu zwei Äußerungen des Abg. Reif Stellung.	362
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Bucerius (CDU/CSU) Bucerius bedauert die Schärfe der Diskussion in der Berliner Frage und hebt den Grad der Gemeinsamkeit hervor, die fast einstimmige Annahme des Antrages der Opposition im zuständigen Ausschuss, wenn das Ergebnis auch nur einen Bruchteil des Erstrebten, nämlich Vorsorge zu schaffen für die Verlegung der hauptstädtischen Funktionen nach Berlin, darstelle. Auch er lehnt den Einwand ab, der Vier-Mächte-Status werde dadurch beeinträchtigt. Er spricht von der Gefahr, die dem Deutschen Bundestag und der Bundesregierung in Berlin von den Gegnern Deutschlands drohe. Das damit verbundene Risiko solle jedoch akzeptiert werden, da es eine zusätzliche Legitimation darstelle. Die Menschen in der Sowjetzone „würden einen solchen Schritt jubelnd begrüßen“.	363
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Strosche (GB/BHE) Strosche tritt sowohl für die Wiederherstellung des alten Reichstagsgebäudes als auch für die Errichtung eines neuen Parlamentsgebäudes in Berlin ein. Zur Wiederherstellung der hauptstädtischen Funktionen Berlins bemerkt er, daß häufig mangelnder Mut und Bequemlichkeit dagegen sind. Er fordert die Verlegung von Regierung und Parlament an die Nahtstelle der deutschen Frage zwischen Ost und West.	367
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Brandt (SPD) Brandt weist in seiner Stellungnahme darauf hin, die Ansicht der Antragsteller sei, daß es trotz der anerkannten Notwendigkeit einer zusammenhängenden Regierungstätigkeit möglich sein müßte, einen Teil der Regierungstätigkeit nach Berlin zu verlegen. Er betont, daß dadurch der Vier-Mächte-Status Berlins nicht in Frage gestellt sei.	371
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Neumann (SPD) In seinen Bemerkungen zur Regierungspolitik hinsichtlich der Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin geht Neumann auf das Bundespatentamt ein.	373
06. 02. 1957	Erklärung des Bundesministers Schröder Bundesminister Schröder beantwortet in seiner Erklärung Fragen des Abg. Neumann.	376
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Brandt (SPD) Brandt bittet um Mitbehandlung des Antrages betreffend einen ständigen Ausschuß für die Verlegung von Bundesbehörden nach Berlin.	377
06. 02. 0957	Erklärung des Abg. Reif (FDP) Reif macht ergänzende Bemerkungen zu dem Antrag, der den Bundestagspräsidenten auffordert, die konstituierende Sitzung des 3. Deutschen Bundestages nach Berlin einzuberufen, und der die Durchführung der Wahl des Bundeskanzlers und der Verteidigung des Bundeskanzlers und der Bundesminister in Berlin verlangt.	378
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Rasner (CDU/CSU) Rasner weist darauf hin, daß nur der kommende Deutsche Bundestag über seinen Tagungsort entscheiden kann.	379
06. 02. 1957	Erklärung der Abg. Lüders (FDP) Die Abg. Lüders betont die grundlegende Bedeutung der Berlin-Frage.	380
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Mommer (SPD) Mommer erläutert die drei Vorbehalte der alliierten Mächte vom 12. Mai 1949: 1) Die Berliner Abgeordneten sind in Bundestag und Bundesrat nicht stimmberechtigt, 2) Berlin wird nicht durch den Bund regiert, 3) Nur eine beschränkte Anzahl von Vertretern Berlins nimmt an den Beratungen in Bundestag und Bundesrat teil. Er erkennt diese Vorbehalte als im gemeinsamen Interesse liegend an. Ihr Fortbestand sei Voraussetzung des Antrages der Opposition, sie seien jedoch ausgehöhlt. Der durch die Entwicklung veränderte Sonderstatus Berlins werde in dem Antrag neu formuliert. Mommer geht im einzelnen auf die Entwicklung und Aushöhlung der Vorbehalte und die Möglichkeit sowjetischer Proteste ein und stellt die Saar als Beispiel hin.	381

06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Friedensburg (CDU/CSU) Friedensburg betont die Bedeutung Berlins für die staatsethischen Grundlagen Deutschlands, erläutert aber die Unmöglichkeit, den Berliner Abgeordneten das Stimmrecht zu geben, womit eine Änderung der staatsrechtlichen Stellung Berlins verbunden wäre. Vergleiche mit dem Saargebiet lehnt er unter Hinweis auf die ungleichen Voraussetzungen ab. Er umreißt dann drei Dinge, die hinsichtlich Berlins berücksichtigt werden müßten; die Aufrechterhaltung seiner wirtschaftlichen Stellung, Sorge für seine Sicherheit und Bewahrung seiner Funktion im Rahmen der deutschen Wiedervereinigung; denn die Haltung der Sowjetunion sei nicht vorauszusehen. Er betont dabei die Notwendigkeit der Sonderstellung beider Teile Berlins.	387
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Strosche (GB/BHE) Strosche fordert politischen Mut, um den Schritt zur Stimmberechtigung der Berliner Abgeordneten zu tun.	395
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Will (FDP) Will unterstützt den Antrag auf Stimmberechtigung der Berliner Abgeordneten, mahnt aber zur Vorsicht und schlägt eine Sondierung bei den drei Westmächten vor.	396
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Arndt (SPD) Arndt setzt sich kritisch mit den Ausführungen des Abg. Friedensburg zur Frage des Stimmrechts der Berliner Abgeordneten auseinander.	398
06. 02. 1957	Erklärung des Bundesministers Schröder Bundesminister Schröder verweist auf die verfassungsrechtlichen Unterschiede zwischen Berlin und dem Saargebiet.	401
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Friedensburg (CDU/CSU) Friedensburg geht auf Äußerungen des Abg. Mommer ein und warnt vor der Gefahr, dass der Ostsektor Berlins „zum Teil der Zone gemacht wird“.	401
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Brandt (SPD) Brandt fordert für die Berliner Abgeordneten klare Verhältnisse. Einen Einspruch erwartet er von keiner Kontrollmacht.	402
06. 02. 1957	Erklärung des Bundesministers Schröder Bundesminister Schröder wiederholt und erläutert seine Erklärung über die verfassungsrechtlichen Unterschiede zwischen Berlin und der Saar.	404
06. 02. 1957	Erklärung des Abg. Friedensburg (CDU/CSU) Friedensburg nimmt zu Äußerungen des Abg. Brandt Stellung.	405
08. 02. 1957	Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Polen Unter Verweis auf eine entsprechende Erklärung der Regierung der „DDR“ bekräftigt die Regierung der Volksrepublik Polen ihre Auffassung von der Oder-Neiße-Linie als unabänderlicher Grenze.	405
11. 02. 1957	Rede des Außenministers Lloyd vor der Englisch-Deutschen Gesellschaft in London In seiner Rede geht Außenminister Lloyd zunächst auf die Weigerung der Sowjetunion ein, der Wiedervereinigung unter annehmbaren Bedingungen, die Deutschland nicht zum Satelliten machen würden, zuzustimmen. Er fordert gegen die fortdauernde sowjetische Bedrohung einen engeren europäischen Zusammenschluss auf politischem und militärischem Gebiet in der NATO und der WEU, auf wirtschaftlichem Gebiet in der Zusammenarbeit zwischen EWG und Euratom einerseits und der mit England verbundenen Freihandelszone andererseits, und in einer einzigen parlamentarischen Einrichtung Europas. Zum Schluss betont er die Verflechtungen zwischen England und Deutschland.	406
12. 02. 1957	Aus der Erklärung des Außenministers Schepilow vor dem Obersten Sowjet der UdSSR Außenminister Schepilow fordert zu freundschaftlicher Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland auf, versichert jedoch, diese werde durch die von auswärtigen Mächten angetriebene deutsche Militarisierung und den deutschen Revanchismus behindert.	409
13. 02. 1957	Aus der Rundfunkansprache des Bundeskanzlers Adenauer Bundeskanzler Adenauer bezeichnet es als „irreal ...“, wenn man ein europäisches Sicherheitssystem als schlechthin entscheidend hinstellt“, vor allem seit der Entwicklung ferngesteuerter Raketen. Er fordert die kontrollierte Abschaffung nuklearer Waffen. Zum Brief des Ministerpräsidenten Bulganin erklärt er, die „DDR“ sei kein Staat und die Bundesrepublik Deutschland kein Angreifer.	410
14. 02. 1957	Stellungnahme der „Freien Demokratischen Korrespondenz“ zum Vorschlag eines europäischen Sicherheitssystems Der Kommentar fordert, die Vertragspolitik solle durch ein europäisches Sicherheitsbündnis ergänzt und die NATO zur Diskussion gestellt werden.	411
15. 02. 1957	Aus dem Interview des Ministerpräsidenten Mollet für die Zeitung „Corriere della Sera“ Ministerpräsident Mollet führt aus, die europäische Einigung binde Deutschland an Europa und trage so zur Lösung der deutschen Frage bei. Europa sei die einzige Gelegenheit einer realen Unabhängigkeit.	412
16. 02. 1957	Rundfunkansprache des Staatssekretärs Thedieck In einem Kommentar zum Brief des Ministerpräsidenten Bulganin an Bundeskanzler Adenauer weist Thedieck auf den höflichen Ton hin, warnt jedoch vor weitgespannten Erwartungen. Das Fehlen neuer Gedanken zur Wiedervereinigung wird bedauert und jede Verhandlung mit der Sowjetzone, die sich als Vorhut der Bolschewisierung ganz Deutschlands erweise, abgelehnt.	413

19. 02. 1957	Mitteilung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland Die Verlautbarung gibt die Gründung einer Arbeitsgruppe der drei Westmächte und der Bundesrepublik Deutschland zur Überprüfung der Wiedervereinigungspolitik bekannt.	416
21. 02. 1957	Kommuniqué über Verhandlungen zwischen dem Roten Kreuz der „DDR“ und dem Verband der Gesellschaften des Roten Kreuzes und des Roten Halbmondes der UdSSR in Moskau Das Kommuniqué teilt Vereinbarungen über engere Zusammenarbeit in Fragen der Kriegsvermissten mit.	417
23. 02. 1957	Rundfunkansprache des Staatssekretärs Thedieck Thedieck gibt einen Überblick über den Stand des Interzonenhandels, weist auf Rückstände der „DDR“ hin und erläutert die Haltung der Bundesregierung. Zu Befürchtungen hinsichtlich des Verhältnisses zwischen Interzonenhandel und EWG erklärt er, der Interzonenhandel bleibe Teil der innerdeutschen Handelsbeziehungen.	418
27. 02. 1957	Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an Ministerpräsident Bulganin In seiner Antwort auf den Brief des Ministerpräsidenten Bulganin vom 5. Februar 1957 betont Bundeskanzler Adenauer nachdrücklich den defensiven Charakter der Bündnisse der Bundesrepublik. Er weist auf zwei Hindernisse für die auch vom deutschen Volk gewünschten freundschaftlichen Beziehungen zwischen der UdSSR und der Bundesrepublik hin: die Spaltung Deutschlands und die Frage der Rückführung der in der Sowjetunion festgehaltenen Deutschen. Die Lösung des Problems der Wiedervereinigung sei die Voraussetzung einer dauerhaften Friedensordnung.	421
28. 02. 1957	Artikel von Professor Kraus: Die Gebiete ostwärts der Oder-Neiße Prof. Kraus kritisiert den Verzicht auf Erörterung der rechtlichen Seite der Oder-Neiße-Frage in Elisabeth Wiskemanns Buch „Germany´s Eastern Neighbours“ und bekräftigt den deutschen Rechtsanspruch.	424
01. 03. 1957	Artikel von Professor Borries: Die Grenzen von 1937 Prof. Borries bezeichnet die Oder-Neiße-Linie als fait accompli, dessen Erörterung in einen circulus vitiosus geraten sei, aus dem man im Westen im Zeichen der Koexistenz herauswolle. Er nimmt Stellung zu E. Wiskemanns Buch „Germany´s Eastern Neighbours“ und weist den Vorwurf des Nationalismus unter Hinweis auf das Fünf-Punkte-Programm des Außenministers von Brentano vom 15. Dezember 1956 zurück. Für eine Lösung des Problems der Oder-Neiße-Linie könne die Rückgliederung der Saar nicht als Modell dienen; der friedliche Ausgleich liege zwischen den Grenzen von 1937 und der Oder-Neiße-Linie.	425
01. 03. 1957	Artikel von J. Kerstein: die DDR – Ein Staat im Sinne des Völkerrechts Kerstein versucht, die Staatlichkeit der „DDR“ nachzuweisen, indem er die Gültigkeit der These, dass ein Staat erst auf Grund der Anerkennung durch andere Staaten die rechtliche Existenz erlange, bezweifelt. Er stellt dem die Ansicht entgegen, dass der Staat eine vorrechtliche Existenz besitze. Auch lehnt er die Legitimitätstheorie und den Anspruch der Bundesrepublik Deutschland auf Rechtsnachfolge des Deutschen Reiches ab.	431
01. 03. 1957	Artikel von G. Pressl: Eine Wende der Politik in Westdeutschland erfordert die Zusammenarbeit mit der DDR Pressl geht von der These der 30. Tagung des ZK der SED aus, der einzig mögliche Weg zu einem friedlichen und demokratischen Deutschland sei der gemeinsame Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen NATO, Militarismus und Monopolkapital. Die SED und die Regierung der „DDR“ arbeiteten im Interesse Gesamtdeutschlands; die SPD sei in eine politische Fehlorientierung geraten. Pressl fordert, SPD und DGB sollten sich, statt gegen die „DDR“ vorzugehen, zum Zwecke gemeinsamen Handelns auf die sozialen Errungenschaften der „DDR“ stützen. Er richtet an die SPD die Frage, ob sie für die Herauslösung der Bundesrepublik Deutschland aus ihren Bündnissen, für die Entfernung von „Militaristen und Faschisten“ und für Verhandlungen zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland eintrete.	441
03. 03. 1957	Interview des Bundesministers Lemmer für die Wochenzeitung „Echo der Zeit“ Bundesminister Lemmer unterstreicht die Bedeutung der Anwesenheit von Bundesbehörden in Berlin für das Vertrauen zur Wiedervereinigungspolitik der Bundesregierung. Die völlige Übersiedlung aller Bundesbehörden nennt er unreal. Er betont die Bedeutung des Vier-Mächte-Status und die Bedenken der Westmächte gegen jede, auch indirekte Änderung.	450
03. 03. 1957	Aus dem Vortrag von Professor von Weizsäcker: Politische Wirkungen der Atomwaffen In seinen Ausführungen über eine mögliche Atombewaffnung der Bundesrepublik Deutschland trennt von Weizsäcker scharf zwischen „national-souveräner Atomrüstung“, die er völlig ablehnt, und der atomaren Bewaffnung der NATO, die „eine durchdachte Maßnahme“ sei. Die entscheidende Frage sei dabei die Form der Beteiligung der Bundesrepublik Deutschland.	452
03. 03. 1957	Artikel von K. Smogorzewski: Das Deutschlandproblem und Europa Smogorzewski bezeichnet die Teilung Deutschlands und den Verlust der Ostgebiete als Preis für die Anerkennung oder Duldung Hitlers durch die Deutschen. Die sich vertiefende Spaltung beruhe auf dem Gleichgewicht der sich gegenüberstehenden Mächte. Voraussetzung für eine Lösung sei eine Rüstungsbeschränkung und der deutsche Verzicht auf die Ostgebiete, da sonst eine „neutrale Zone“ nicht annehmbar sei.	454

03. 03. 1957	Kommentar von G. Rassadin: Für friedliche Zusammenarbeit zwischen dem deutschen Volk und dem Sowjetvolk Rassadin bemängelt am Antwortschreiben des Bundeskanzlers Adenauer vom 27. Februar auf den Brief des Ministerpräsidenten Bulganin vom 5. Februar die Ignorierung der „DDR“ und wiederholt die Ansicht von der Notwendigkeit einer Annäherung zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik. Die Rückführung deutscher Bürger aus der Sowjetunion bezeichnet Rassadin als abgeschlossen. Er betont, die Fortsetzung des Meinungsaustausches sei wichtig.	457
05. 03. 1957	Kommuniqué über Besprechungen zwischen Staatssekretär Dulles und Bundesminister von Brentano in Washington Das Kommuniqué führt aus, die Wiedervereinigung Deutschlands sei ein Hauptziel der Politik der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland. Die Aufrechterhaltung der Stärke der NATO bleibe bedeutungsvoll.	460
06. 03. 1957	Rede des Bundesministers von Brentano vor dem National Press Club in Washington Bundesminister von Brentano nennt drei grundsätzliche Aufgaben der deutschen Außenpolitik: die Wiedervereinigung, die Sicherung der Freiheit als leitendes Prinzip der politischen und sozialen Ordnung und die Bemühung um die Erhaltung des Weltfriedens. Die Bundesregierung und das wiedervereinigte Deutschland „müssen, wollen und werden in einer unverbrüchlichen Solidarität mit der freien Welt leben“. Die Einigung Europas schaffe eine neue Lebensordnung durch Überwindung nationalistischer Vorstellungen, besonders zwischen Frankreich und Deutschland. Brentano stellt die Unterstützung der deutschen Politik durch die Vereinigten Staaten und die freie Solidarität der atlantischen Gemeinschaft heraus. Ein neutralisiertes Gesamtdeutschland werde zum Spielball der Weltpolitik. Ein freies und wiedervereinigtes Deutschland könne nur einem die Welt einigenden wirksamen Sicherheitssystem beitreten. Mit Beständigkeit und Entschlossenheit müsse die Sowjetunion von der Notwendigkeit der Wiedervereinigung Deutschlands auch in ihrem Interesse überzeugt werden.	461
06. 03. 1957	Rundfunkansprache des Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer Ollenhauer befasst sich mit dem Antwortbrief Adenauers an Ministerpräsident Bulganin. Er bedauert, dass er nicht Neues enthalte, begrüßt jedoch die Übernahme von Gedanken der SPD für die Verbesserung der Beziehungen zum Osten. Zur Frage der europäischen Gemeinschaften erläutert er in fünf Punkten die Haltung der SPD.	467
07. 03. 1957	Kommuniqué über die Aufnahme der Beratungen der Vier-Mächte-Arbeitsgruppe für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands Das Kommuniqué gibt eine kurze Mitteilung über Aufgaben und Zusammensetzung der Arbeitsgruppe.	469
09. 03. 1957	Rundfunkansprache des Bundesministers Kaiser Bundesminister Kaiser mahnt die Bevölkerung der Sowjetzone zur Besonnenheit und kennzeichnet die Konföderationspläne als Vorwand für die Anerkennung der „DDR“.	469
12. 03. 1957	Kommuniqué über Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der „DDR“ und der UdSSR in Berlin Das Kommuniqué berichtet über das Thema der Verhandlungen, die Stationierung sowjetischer Streitkräfte in der „DDR“.	471
12. 03. 1957	Abkommen zwischen der Regierung der „DDR“ und der Regierung der UdSSR über Fragen, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der „DDR“ zusammenhängen Die Notwendigkeit des Vertrages wird mit der Wiedergeburt des deutschen Militarismus und der Existenz von NATO-Stützpunkten in der Bundesrepublik Deutschland begründet. Artikel 1 gewährleistet die Souveränität der „DDR“, Artikel 18 gibt dem sowjetischen Oberbefehlshaber das Recht, im Falle einer Bedrohung der sowjetischen Truppen geeignete Maßnahmen zu ergreifen, die übrigen 20 Artikel regeln technische Einzelheiten.	474
16. 03. 1957	Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zu den Plänen für eine Europäische Atomgemeinschaft und eine Europäische Wirtschaftsgemeinschaft Die Erklärung versichert, die Sowjetunion habe volles Verständnis für den Willen der europäischen Völker zur wirtschaftlichen Zusammenarbeit und zur gemeinsamen friedlichen Nutzung der Atomenergie, die Gründung von EWG und Euratom sei beiden Zielen jedoch entgegengesetzt, sie diene der NATO. Diese Tatsache hemme die Wiedervereinigung Deutschlands und verschärfe die Spannung in Europa. Die atomare Bewaffnung der Bundesrepublik Deutschland sei das Ziel. Sie könne dadurch Objekt eines atomaren Gegenschlages werden. Euratom werde von den Vereinigten Staaten von Amerika kontrolliert, die EWG diene der Hegemonie der Bundesrepublik Deutschland und den amerikanischen Monopolen. Vor allem die Werktätigen seien die Leidtragenden. Die Erklärung schließt mit einer Übersicht sowjetischer Vorschläge für eine europäische Zusammenarbeit.	483

17. 03. 1957	Rede des geschäftsführenden Vorsitzenden der Exil-CDU, Gradl auf dem Parteitag in Goslar Als das Leitziel der Exil-CDU seit vielen Jahren hebt Gradl die Wiedervereinigung Deutschlands hervor. Er fordert größere Publizität, damit im Ausland nicht der falsche Eindruck entstehe, die Deutschen interessiere die Wiedervereinigung nicht. Die Schwierigkeit liege in der Unmöglichkeit, einen festen Plan vorzulegen; die Resignation greife um sich. Hinzu komme der lange Streit der Parteien über die richtige Politik zur Wiedervereinigung. Größere Geschlossenheit und Übereinstimmung seien in dieser Frage notwendig. Keine großen Erfolge, nur kleine Fortschritte seien möglich. Jedoch müsse ein gewisses Sicherheitsrisiko in Kauf genommen werden. Die Bundesrepublik Deutschland müsse stark, aber auch zum Verhandeln bereit sein. Abschließend führt Gradl drei Argumente für die schließliche Änderung der sowjetischen Politik ein.	490
18. 03. 1957	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Bundeskanzler Adenauer Ministerpräsident Bulganin nimmt mit Befriedigung die Möglichkeiten enger Zusammenarbeit zur Kenntnis. Er bedauert, dass die Bundesregierung die Entstehung von zwei deutschen Staaten nicht anerkenne. Man könne aber aus der bisherigen Korrespondenz schließen, dass beide Regierungen einer freundschaftlichen Atmosphäre ernste Bedeutung beimäßen.	498
18. 03. 1957	Vorschlag zur Reduzierung der Rüstung und Streitkräfte und zum Verbot der Atom- und Wasserstoffwaffen, vorgelegt von dem Vertreter der UdSSR im Abrüstungsausschuss der Vereinten Nationen Der Vorschlag umfasst die Verringerung der herkömmlichen Rüstung, das Verbot von Atomwaffen und die Errichtung wirksamer Kontrollen durch ein Kontrollorgan. Vorgesehen sind zwei Etappen: 1957/58 und 1959. Auswärtige Stützpunkte sollen liquidiert, die Streitkräfte der vier Großmächte in Deutschland und auch im Gebiet der NATO und des Warschauer Paktes verringert werden. Der Plan schließt mit Empfehlungen über die Kontrolle und eine Zone beschränkter Rüstung in Europa.	501
18. 03. 1957	Bericht über einen Vortrag des britischen Oppositionsführers Gaitskell in Berlin Es wird berichtet, Gaitskell schlage eine neutrale Zone in Europa vor, die ein durch freie Wahlen wiedervereinigtes Deutschland sowie Polen, die Tschechoslowakei und Ungarn umfassen solle. Er betone, das Einverständnis der Bundesrepublik sei notwendig, es schließe aber unter Umständen die Anerkennung der Oder-Neiße-Linie ein. Die NATO, wenn auch ohne Deutschland, müsse bestehen bleiben.	505
19. 03. 1957	Kommuniqué über die Tagung des Ministerrates der WEU in London Das Kommuniqué teilt mit, auf Grund britischer und deutscher Vorschläge sei vereinbart worden, dem Nordatlantikrat eine vordringliche Untersuchung der Hilfsquellen der Allianz zu empfehlen.	506
19. 03. 1957	Aus den Antworten des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, auf Fragen der Zeitung „Grand Rapids Herald“ Chruschtschow erklärt, trotz der Haltung der Vereinigten Staaten sei im Rahmen der friedlichen Koexistenz ein Krieg nicht unvermeidlich. Als gefährlich bezeichnet er die von den Amerikanern verfolgte „Politik der Stärke“, die Weigerung abzurüsten und die „Remilitarisierung Westdeutschlands“.	507
21. 03. 1957	Aus der Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Vertrag über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft, abgegeben von Staatssekretär Hallstein vor dem 2. Deutschen Bundestag Hallstein betont, die Bundesregierung werde im europäischen Rahmen niemals in irgendeiner Form der Anerkennung oder Vertiefung der deutschen Spaltung zustimmen. Er erläutert die vertraglich geregelte Möglichkeit, im Falle der Wiedervereinigung die europäischen Verträge zu überprüfen und volle politische Handlungsfreiheit zu haben. Der Interzonenhandel bleibe eine innerdeutsche Angelegenheit.	509
21. 03. 1957	Programm der verbotenen KPD zu den Bundestagswahlen 1957 Die verbotene KPD fordert ihre Wiederzulassung und legt ein Programm vor, dessen Hauptpunkte Beendigung der sozialen Not, Wechsel von der NATO in einen gesamteuropäischen Sicherheitspakt, Verzicht auf Atomwaffen und Abschaffung der Wehrpflicht sind. Bundeskanzler Adenauer werden Vertiefung der deutschen Spaltung, Militarisierung, Imperialismus und wachsende äußere Unsicherheit der Bundesrepublik Deutschland durch den Eintritt in die NATO zur Last gelegt. Europapläne dienten der Vorherrschaft in Europa auf den Spuren Hitlers. Die verbotene KPD verlangt, fremde Militärstützpunkte aufzuheben und Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten aufzunehmen. Die Wiedervereinigung setze eine Umwälzung der sozialen Verhältnisse in Westdeutschland voraus. Erst danach sollten ein gesamtdeutscher Rat aus beiden deutschen Staaten gebildet und freie Wahlen veranstaltet werden. Zur Verbesserung der wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse legt die verbotene KPD ein umfassendes Programm vor. Die „DDR“ könne als Vorbild dienen; die deutsche Arbeiterklasse müsse gemeinsam handeln.	511
23. 03. 1957	Vorläufige Stellungnahme des Bundeskanzlers Adenauer zu dem Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin Bundeskanzler Adenauer bedauert, dass Ministerpräsident Bulganin in seinem Brief vom 18. März 1957 nicht auf die Repatriierung deutscher Staatsangehöriger eingeht und an der These von zwei deutschen Staaten festhält.	521

24. 03. 1957	Kommuniqué über Besprechungen zwischen Präsident Eisenhower und Premierminister Macmillan auf den Bermuda-Inseln Das Kommuniqué gibt den befriedigenden Verlauf der Besprechungen über die wichtigsten Themen der Weltpolitik bekannt; die Themen, vor allen Abrüstung, Bedeutung der NATO und Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung, werden in zwei Anlagen aufgeführt.	521
25. 03. 1957	Aus den Erklärungen, angenommen auf der Konferenz über die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft Die teilnehmenden Staaten erklären ihre Bereitschaft zur Unterstützung Berlins; die Bundesregierung versichert, Staatsangehörige der Bundesrepublik Deutschland seien alle Deutschen im Sinne des Grundgesetzes, und behält sich eine Erklärung darüber vor, dass die Verträge der Gemeinschaften „auch für das Land Berlin gelten“.	524
26. 03. 1957	Aus dem Vortrag des Ministerpräsidenten Cyrankiewicz vor dem Indian Council of World Affairs in Delhi Ministerpräsident Cyrankiewicz erläutert die Beziehungen Polens zu seinen „westlichen Nachbarn“. Er begrüßt die Friedenspolitik der „DDR“ und bezeichnet die Abtretung der deutschen Ostgebiete als Folge des „hitlerfaschistischen Krieges“. Der Bundesrepublik wirft er Revanchismus und Militarismus vor. Er befürwortet eine Auflösung der Militärböcke und die Schaffung eines kollektiven europäischen Sicherheitssystems mit stufenweiser Abrüstung.	525
28. 03. 1957	Aus der Rede des Bundesministers von Brentano vor dem Indian Council of World Affairs in Delhi Bundesminister von Brentano hebt die geistigen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Indien und Deutschland hervor, besonders die gemeinsame Grundauffassung von der Freiheit. Diese werde 18 Millionen Deutschen noch verweigert. Für eine Regelung der Beziehungen zu Deutschlands östlichen Nachbarn verweist er auf das Beispiel der friedlichen Regelungen und der wachsenden Zusammenarbeit in Westeuropa. Er wiederholt die Auffassung der Bundesregierung von einer freiheitlichen und unabhängigen Ordnung der osteuropäischen Staaten und betont die Notwendigkeit des Verzichts auf Gewalt und einer friedlichen Verständigung und Zusammenarbeit. Deutschland sei zur Abrüstung und zur Einordnung in jedes wirksame Sicherheitssystem bereit.	528
31. 03. 1957	Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zur Bermuda-Konferenz Die Verlautbarung vermisst im Kommuniqué der britisch-amerikanischen Konferenz einen Beitrag zur Minderung der internationalen Spannung; stattdessen werde das Atomwetterrüstungen fortgesetzt. Sie verweist auf den Vorschlag der Sowjetunion für eine zumindest zeitweilige Einstellung der Kernwaffenversuche und erklärt, die Kriegsgefahr gehe von der NATO und dem Einfluss der USA in Europa und im Nahen Osten aus, England sei als Atomstützpunkt der USA besonders bedroht.	534
01. 04. 1957	Erklärung des Abg. Gaitskell im britischen Unterhaus Gaitskell wiederholt im Zusammenhang mit Vorschlägen zur Unterstützung der freiheitlichen Bestrebungen in Ungarn und Polen seinen Vorschlag, im Rahmen einer kontrollierten Abrüstung fremde Truppen aus Mitteleuropa abzuziehen.	539
01. 04. 1957	Aufsatz des stellvertretenden Vorsitzenden des DGB, Tacke: Gewerkschaften und Wiedervereinigung Tacke hebt die Stärke des Wiedervereinigungswillens in den Gewerkschaften hervor, warnt gleichzeitig jedoch vor nationalistischen Extremen und vor einem Vergessen der deutschen Mitschuld am gegenwärtigen Zustand. Zweifel am Willen zu Frieden, Freiheit und Wohlfahrt dürften nicht aufkommen, – die Ablehnung der „Diktatur des Proletariats“ bedeute „noch lange nicht eine Bejahung der liberalistischen Ordnung“.	543
01. 04. 1957	Aufsatz des Ministerpräsidenten Grotewohl: Volksmassen gestalten die Zukunft in Deutschland Grotewohl ordnet die deutsche Spaltung dem umfassenden Gegensatz zwischen Imperialismus und Sozialismus zu. Er hebt proletarischen Internationalismus und sozialistischen Aufbau als entscheidende Kräfte der Geschlossenheit des sozialistischen Systems hervor. Er bezeichnet die Sowjetunion als „Führerin im sozialistischen Lager“ und als Vorbild. Führungskern der Volksmassen müsse die Partei sein. Der sozialistischen Demokratie stellt er die bürgerliche Demokratie – vor allem in der Bundesrepublik Deutschland – als Feind der Volksmassen gegenüber und betont die Bedeutung der Diktatur des Proletariats als Staatsmacht. Er erläutert den demokratischen Zentralismus und die Gesetze über die örtlichen Organe der Staatsmacht sowie über die Rechte und Pflichten der Volkskammer gegenüber den örtlichen Volksvertretungen.	546
02. 04. 1957	Große Anfrage der Fraktion der SPD betreffend Atomwaffen Die Anfrage strebt eine Klärung der Haltung der Bundesregierung zur Atombewaffnung und zur Gefahr der Einbeziehung Deutschlands in einen Atomkrieg an.	560

03. 04. 1957	Regierungserklärung, abgegeben von Ministerpräsident Grotewohl vor der Volkskammer der „DDR“ Grotewohl erklärt, die Stationierung von Atomwaffen in der Bundesrepublik Deutschland beweise die Vorbereitung eines Atomkrieges. Er erinnert an die Vorschläge der Regierung der „DDR“ zum Verzicht auf Atomwaffen in Deutschland, an die Abrüstungsvorschläge der Sowjetunion vom 18. März 1957, besonders die Reduzierung fremder Truppen, und an die Empfehlungen zur Abschaffung fremder Stützpunkte in Deutschland. Dagegen wolle Amerika Westeuropa mit Hilfe der europäischen Gemeinschaften noch enger an sein Kriegssystem fesseln. Das sei ein Hindernis für die Wiedervereinigung. Mit Hilfe von Euratom werde die Bundesrepublik Atomwaffen produzieren, während durch die EWG der Interzonenhandel sich zum Außenhandel wandle. Grotewohl begrüßt die Verhandlungen im Abrüstungsunterausschuss der Vereinten Nationen und untersucht die sowjetischen Vorschläge, besonders einer Entspannungzone in Mitteleuropa. Er erörtert die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion und den Briefwechsel zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Bulganin. Für die Wiedervereinigung Deutschlands verlangt Grotewohl Verhandlungen zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland, verweist auf frühere Vorschläge und fordert die deutschen Arbeiter zu gemeinsamem Vorgehen auf.	561
04. 04. 1957	Erklärung des Premierministers Macmillan vor dem britischen Unterhaus Zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands betont Premierminister Macmillan die Verhandlungsbereitschaft Großbritanniens, besteht aber auf freien Wahlen und der politischen Entscheidungsfreiheit Gesamtdeutschlands.	576
05. 04. 1957	Aus den Erklärungen des Bundeskanzlers Adenauer auf der Bundespressekonferenz Bundeskanzler Adenauer gibt einen Überblick über die in Mitteldeutschland stehenden russischen und deutschen Truppen und betont, dass man die Gesamtstärke beachten müsse. Zu der Frage von Atomwaffen für die Bundeswehr weist er auf den Unterschied zwischen taktischen und strategischen Atomwaffen hin.	577
08. 04. 1957	Interview des Bundesministers Strauß für den Hessischen Rundfunk Bundesminister Strauß betont die sowjetische Überlegenheit an herkömmlichen Waffen. Die Ausrüstung mit taktischen Atomwaffen werde nicht für die Bundesrepublik Deutschland allein gefordert, – die Bundeswehr solle jedoch nicht schlechter als die Streitkräfte anderer europäischer NATO-Staaten gestellt werden. Dieses Verlangen sei keine Gefährdung der Bundesrepublik Deutschland, sondern eine Stärkung der kriegsabschreckenden Wirkung der NATO.	579
10. 04. 1957	Feststellung des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung zu Erklärungen des Vorsitzenden der FDP, Maier Die Erklärung betrifft den Verzicht auf Entwicklung von Atomwaffen in der Bundesrepublik.	581
10. 04. 1957	Aus dem Interview des Bundeskanzlers Adenauer für den Hessischen Rundfunk Bundeskanzler Adenauer bezeichnet die Äußerungen Macmillans vom 4. April 1957 zur Frage der Wiedervereinigung als einmütige Auffassung der Westmächte.	582
10. 04. 1957	Bericht über das Deutsch-Englische Gespräch 1957 Hauptthemen des Deutsch-Englischen Gesprächs 1957 waren die Lage der NATO – vor allem die Frage einer integrierten Politik –, die Teilung Deutschlands, verbunden mit einer Erörterung des Gaitskell-Planes einer neutralen Zone in Mitteldeutschland, die gemeinsamen Ziele Europas, die Betrachtung der Situation der osteuropäischen Staaten und der Frage der Oder-Neiße-Linie und schließlich Überlegungen über die Bedeutung eines afrikanisch-asiatischen Blocks.	583
10. 04. 1957	Kommentar der Zeitschrift „Die Sowjetunion heute“: Ein Markstein der deutsch-sowjetischen Beziehungen. Zum 35. Jahrestag des Rapallo-Vertrages In einem historischen Rückblick werden die Vorteile des Rapallo-Vertrages für beide Partner und seine Bedeutung für die Gegenwart hervorgehoben.	587
10. 04. 1957	Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der „DDR“ Die Veröffentlichung wirft der Bundesregierung vor, vor allem über den Gemeinsamen Markt koloniale Unterdrückung zu unterstützen und selbst als Kolonialstaat aufzutreten.	591
11. 04. 1957	Aus der Gemeinsamen Erklärung der Regierungen der Volksrepublik China und der Volksrepublik Polen Die Erklärung unterstützt ein kollektives Sicherheitssystem und feiert die Oder-Neiße-Linie als „unantastbare Friedensgrenze“.	593
12. 04. 1957	Erklärung deutscher Atomwissenschaftler 18 deutsche Atomwissenschaftler warnen vor der großen Zerstörungskraft selbst taktischer Atomwaffen, verweigern jede Mitarbeit an Atomwaffen und lehnen eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr ab.	594
13. 04. 1957	Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an Ministerpräsident Bulganin Bundeskanzler Adenauer äußert sich betroffen darüber, dass Ministerpräsident Bulganin in seinem Brief vom 18. März 1957 nicht auf die Repatriierungsfrage einging. Die „angebliche Existenz zweier deutscher Staaten“ bezeichnet Adenauer als unrealistisch. Das deutsche Volk verlange nur sein natürliches Recht, in einer freigewählten Ordnung in einem Staate zu leben.	596

13. 04. 1957	Stellungnahme des Bundesministers Strauß zur Erklärung der Atomwissenschaftler Bundesminister Strauß erklärt, die Bundesregierung sei grundsätzlich mit den Forderungen der Atomwissenschaftler einverstanden, sie kenne die Zerstörungskraft der Atomwaffen, sei jedoch für die Sicherheit des deutschen Volkes verantwortlich. Er bezeichnet den Aufruf aus mehreren Gründen als gefährlich und – wegen der unterlassenen Fühlungnahme mit der Bundesregierung – als „leichtfertiges Experiment“. Er betont, die Bundesrepublik Deutschland beteilige sich in keiner Form an der Herstellung von Atomwaffen.	597
13. 04. 1957	Aus der Rede des Bundeskanzlers Adenauer in Köln Bundeskanzler Adenauer betrachtet die atomare Aufrüstung als schwerwiegende Gewissensfrage, weist jedoch den Aufruf der deutschen Atomwissenschaftler als nicht kompetent zurück; diese hätten sich besser an die Atomwissenschaftler in aller Welt wenden sollen.	604
14. 04. 1957	Rede des Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, auf dem SPD-Kongress für Heimatvertriebene, Flüchtlinge und Kriegssachgeschädigte in Wiesbaden Ollenhauer weist auf die notwendigen großen Anstrengungen zur Bewältigung des sozialen Problems der Flüchtlinge hin. Es komme darauf an, dem Osten nicht nur einen sterilen Antibolschewismus entgegenzusetzen, sondern „einen kraftvollen sozialen Gestaltungswillen“. Die eigentliche Heimat aber bleibe das ganze Deutschland, – ohne die Wiedervereinigung gebe es keine Sicherheit und keinen Frieden. Hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie warnt Ollenhauer vor nationalistischen Begriffen, betont jedoch das Recht auf Heimat und den Willen der SPD, „mit allen Mitteln friedlicher Politik... und jeden Quadratkilometer östlich der Oder und Neiße zu kämpfen“ und eine Regelung in einem freien und geeinten Europa anzustreben	607
14. 04. 1957	Artikel von J. Stroynowski: Eine neutrale Zone, aber was für eine? Stroynowski erörtert die Notwendigkeit der Entspannung zwischen den Machtblöcken. Er berichtet über einen Vortrag Fritz Erlers, dessen Hauptpunkte die Gewissheit der Zerstörung Deutschlands schon durch taktische Atomwaffen und die Notwendigkeit des Austritts eines wiedervereinigten Deutschlands aus den Militärbündnissen bildeten. Den Ansatz dazu sieht Stroynowski in der „Einbeziehung beider deutscher Staaten in eine Zone begrenzter Rüstung“ als erstem Schritt zu Beendigung der deutschen Teilung.	612
16. 04. 1957	Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Die Verbalnote macht Vorschläge zu Verhandlungen über Fragen der deutsch-sowjetischen Beziehungen.	615
16. 04. 1957	Aus dem Fernsehinterview des Ministers Stoph Stoph beschuldigt die NATO, einen atomaren Angriffskrieg zu planen, der Deutschland zur Atomwüste mache, und wirft der Bundesregierung eine Verschleierungstaktik vor. Er kündigt Gegenmaßnahmen der „DDR“ an.	615
17. 04. 1957	Verlautbarung über die Besprechung zwischen Bundeskanzler Adenauer und Atomwissenschaftlern Die Verlautbarung nennt als Hauptpunkte der Besprechung die Übereinstimmung der Bundesregierung mit der Haltung der Atomwissenschaftler, den Willen der Bundesregierung, mit allen Mitteln eine kontrollierte Abrüstung zu unterstützen, und die Erklärung der Atomwissenschaftler, sie hätten eine Initiative ergreifen wollen.	618
18. 04. 1957	Gemeinsame Erklärung des FDGB und der Tschechoslowakischen Revolutionären Gewerkschaftsbewegung Die Erklärung behauptet, die Bundesrepublik werde zur Basis eines atomaren Aggressionskrieges gemacht, die europäischen Gemeinschaften sollten ihr die Produktion von Atomwaffen ermöglichen und die Vorherrschaft des deutschen Imperialismus in Europa sichern. Die Verlautbarung betont die Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den westlichen Arbeitern und bekräftigt die Ablehnung revisionistischer Tendenzen.	620
19. 04. 1957	Aus der Ansprache des Ministerpräsidenten Cyrankiewicz bei einem Empfang in Moskau Der polnische Ministerpräsident Cyrankiewicz unterstreicht die engen polnisch-sowjetischen Beziehungen und die Solidarität der sozialistischen Staaten in der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als endgültiger deutsch-polnischer Grenze.	623
19. 04. 1957	Aus der Ansprache des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, bei einem Empfang in Moskau Chruschtschow bekräftigt die sowjetische Garantie der Oder-Neiße-Linie und betont die Abwehrbereitschaft des Ostblocks.	624
20. 04. 1957	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Premierminister Macmillan Ministerpräsident Bulganin geht zunächst auf die Probleme im Nahen Osten ein und erinnert an die Verantwortung Großbritanniens und der Sowjetunion für die Erhaltung des Weltfriedens und die Verringerung der Spannungen. Er betont die Notwendigkeit, zu Abrüstungsvereinbarungen zu gelangen, besonders in den Verhandlungen des Unterausschusses der UNO. Die bestehenden Spannungen führt er auf die Existenz der Militärblocke, auf die Einbeziehung der Bundesrepublik in die NATO, auf die amerikanischen Atomstützpunkte und auf die geplante Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen zurück. Er warnt vor einem atomaren Wettrüsten und plädiert für enge Zusammenarbeit und gegenseitiges Vertrauen und Verständnis.	625

25. 04. 1957	Aufsatz von Professor Jordan: Die Verantwortung des Wissenschaftlers Prof. Jordan übt Kritik am Manifest der 18 deutschen Atomwissenschaftler, insbesondere an der Forderung, die Bundeswehr solle auf Atomwaffen verzichten, eine Forderung, die nicht in ihre fachliche Zuständigkeit falle. Er weist demgegenüber auf zwei Notwendigkeiten hin: Nachdrücklich auf eine kontrollierte Abrüstung hinzuarbeiten und im Fall der sowjetischen Ablehnung die Verteidigung der freien Welt auch durch großzügige Schutzmaßnahmen zu sichern.	633
25. 04. 1957	Aus der Rede des Bundesministers von Brentano vor der Ernst-Reuter-Gesellschaft in Berlin Bundesminister von Brentano hält eine Neutralisierung Deutschlands auf die Dauer für undurchführbar, da dessen Sicherheit nicht gewährleistet wäre. Zu Gaitskells Plan einer neutralen Zone erklärt er, es sei unmöglich, die mitteleuropäischen Nationen unter ein Sonderstatut zu stellen, garantiert durch im Grunde rivalisierende Großmächte. Er weist auf die sowjetische Taktik hin, eine Zersetzung der westlichen Bündnisse ohne gewaltsame Mittel zu fördern. Die europäische Einigung schaffe Voraussetzungen dafür, von der Sowjetunion ernst genommen zu werden, und diene dem Frieden, da Deutschland, je weiter es integriert sei, desto weniger eine Bedrohung darstellen könne. Von Brentano unterstreicht die deutschen Vorbehalte hinsichtlich des Interzonenhandels und Berlins. In der Frage der Oder-Neiße-Linie weist er den Vorwurf zurück, Verzichtspolitiker zu sein; er betont in Übereinstimmung mit der SPD, dass andere Stichtage als der 31. Dezember 1937 für den Grenzstand Deutschlands nicht in Frage kämen. Nach einigen Bemerkungen zum Problem der Atombewaffnung gibt von Brentano einen Überblick über den Stand der Wiedervereinigungspolitik unter Betonung der einzigen deutschen Bedingung, der Wiedervereinigung in Freiheit.	637
27. 04. 1957	Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Die Note der sowjetischen Regierung bezeichnet die Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen als äußerst gefährlichen und besorgniserregenden Schritt. Damit sei die Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland bedroht, da sie „im Falle eines Kriegausbruchs sofort Opfer eines Gegenschlags unter Einsatz aller Arten der neuen Waffen...werden würde“. Dieser Kurs sei unvereinbar mit der Wiedervereinigung Deutschlands. Die Note bringe die sowjetischen Abrüstungsvorschläge in Erinnerung.	651
28. 04. 1957	Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an den Botschafter der UdSSR in Bonn, Smirnow Bundeskanzler Adenauer äußert sich befremdet über die Ignorierung seiner mündlichen Erklärung gegenüber Smirnow, in der sowjetischen Note vom 27. April 1957, dass die Bundesregierung weder Atomwaffen besitze noch darum nachgesucht habe, die nukleare Aufrüstung weiterer Mächte ablehne und sich nach Kräften für eine kontrollierte Abrüstung einsetze.	655
29. 04. 1957	Erklärung des Bundesministers von Brentano auf der Bundespressekonferenz Bundesminister von Brentano weist die in der sowjetischen Note getroffenen Feststellungen zurück, vor allem die Behauptung, die Bundesrepublik Deutschland solle atomar aufgerüstet und zum NATO-Hauptwaffenplatz in Europa werden. Er wirft der Sowjetunion Einmischung in die inneren Angelegenheiten Deutschlands und massive Drohungen vor. Er versichert, ernsthafte sowjetische Abrüstungsvorschläge würden begrüßt.	655
29. 04. 1957	Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der UdSSR Die Note der Bundesregierung weist die in der sowjetischen Note vom 16. März 1957 erhobenen Vorwürfe gegen die EWG und Euratom zurück und betont den friedlichen, wirtschaftlicher Entwicklung dienenden Charakter der europäischen Gemeinschaften. Sie bezeichnet die sowjetischen Gegenvorschläge als zu allgemein und unverbindlich.	659
29. 04. 1957	Schreiben des Ministers Bolz an den Präsidenten der ECE Minister Bolz schlägt eine Revision des nicht gleichberechtigten Status der „DDR“ in der ECE vor.	662
29. 04. 1957	Erklärungen der Delegation der „DDR“ anlässlich der XII. Tagung der ECE in Genf Indem sie das völkerrechtlich wirksame Bestehen der „DDR“ behauptet und zu begründen versucht, fordert die Delegation der „DDR“ die Aufhebung ihres diskriminierenden Status bei der ECE. Sie schließt sich dem Vorschlag der UdSSR an, eine europäische Organisation zur friedlichen Verwertung der Atomenergie zu gründen, und nimmt gegen Euratom Stellung.	663

29. 04. 1957 Aus dem Vortrag von Professor von Weizsäcker auf der Versammlung des Verbandes Deutscher Studentenschaften in Bonn  
Ausgehend von einem Überblick über die Entwicklung der nuklearen Waffen betont Prof. von Weizsäcker die Notwendigkeit einer Veränderung des gesamten politisch-militärischen Konzepts. Er geht dann auf die Lage in Deutschland und auf das angesichts der immer weitergehenden nuklearen Aufrüstung entstandene Manifest der deutschen Atomwissenschaftler sowie seine Entstehung und seine Wirkung ein. Die atomare Rüstung betrachtet Prof. von Weizsäcker nicht als ein Mittel zur Sicherung des Friedens und der Freiheit, da eine Bombe, die nie fallen dürfe, kein Schutz, sondern eine Gefahr sei und keine elastische Politik erlaube. Als die drei dem Manifest zugrundeliegenden Gedanken führt er an: Atomare Rüstung gibt dem Westen keinen Schutz, diplomatische Mittel bringen diese Wahrheit nicht zur Geltung und atomare Abrüstung wird nur durch Verzicht auf die Atombombe glaubhaft. Zur nuklearen Abrüstung macht Prof. von Weizsäcker drei Vorschläge: Verzicht auf Atomversuche, Ausarbeitung der Kontrolle durch Physiker und Techniker und Kontrolle durch die UNO. 670
30. 04. 1957 Note der Regierung der „DDR“ an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
Die Note der Regierung der „DDR“ fordert die Bundesregierung auf, bei der kommenden Tagung des Ministerrates der NATO Atomwaffen auf dem Gebiet der Bundesrepublik abzulehnen, und bezeichnet Deutschland als „Feld akuter militärischer Spannungen“. 676
30. 04. 1957 Abrüstungsmemorandum mit dem Entwurf einer Erklärung über Weltfrieden und Sicherheit, vorgelegt von dem Vertreter der UdSSR im Abrüstungsunterausschuss der Vereinten Nationen  
Die Denkschrift der Sowjetunion schlägt, da eine umfassende Abrüstungsregelung nicht zu erreichen sei, eine Verringerung der Streitkräfte auf 1 bis 1,5 Millionen Mann für die Sowjetunion, die Vereinigten Staaten und China und 650 000 Mann für Frankreich und Großbritannien in zwei Etappen vor und begründet die Ablehnung des amerikanischen Vorschlags, zunächst nur bis auf 2,5 Millionen Mann zurückzugehen. Herkömmliche Rüstungen und Militärbudgets sollten um 15 % gekürzt und Kontrollposten unter der Aufsicht eines Kontrollorgans im Rahmen des Sicherheitsrates arbeiten. Alle Beteiligten müssten in Form einer friedlichen Erklärung auf die Anwendung von Atomwaffen verzichten. Weitere Punkte betreffen die Räumung von Militärstützpunkten im Ausland, die Verringerung der Streitkräfte in Deutschland, die Luftinspektion und das Verbot von Kriegspropaganda. Die Anlage der Denkschrift enthält den Entwurf einer Erklärung, keinerlei Atomwaffen anzuwenden und Kriegspropaganda zu unterbinden. 678

*Zweiter Drittelband*

01. 05. 1957 Erklärung des DGB zur Wiedervereinigung Deutschlands  
Seine Forderung nach Wiedervereinigung „in Frieden und Freiheit“ verbindet der DGB mit der Feststellung, eine gesicherte demokratische und soziale Ordnung könne einem wiedervereinigten Deutschland Vertrauen schaffen und der Völkerverständigung dienen. Der DGB lehnt deshalb den Anschluss eines Teils an den anderen ab und entwickelt auf der Grundlage der Menschen- und Bürgerrechte den Plan einer neuen gesamtdeutschen Verfassung. Er tritt außerdem für eine Demokratisierung in der Sowjetzone und enge Kontakte zwischen der Bevölkerung beider Teile Deutschlands ein und fordert eine Verstärkung der Bemühungen um die Wiedervereinigung. 687
01. 05. 1957 Aufsatz von H. Kröger: Adenauers „Identitätstheorie“ und die völkerrechtliche Stellung der DDR  
Ausgehend von der These Brandweiners von den beiden Nachfolgestaaten des Deutschen Reiches greift Prof. Kröger den Anspruch der Bundesregierung, allein zur Vertretung der Deutschen legitimiert zu sein, an, indem er von den Vier-Mächte-Abkommen ausgeht und die Westmächte für die deutsche Spaltung verantwortlich macht. Er bezeichnet die rechtliche Begründung durch die Identitätstheorie als scheinjuristische Zweckkonstruktion, mit deren Hilfe die Wiedervereinigung durch Beseitigung der „DDR“ – notfalls unter „Gewaltanwendung“ – gerechtfertigt werden solle. Diese Theorie bedrohe außerdem die östlichen Nachbarn Deutschlands in ihrem Besitzstand. Er versucht nachzuweisen, dass das Deutsche Reich 1945 untergegangen sei. Daraus zieht er den Schluss, Bundesrepublik und „DDR“ seine staatliche Neubildungen. 693
02. 05. 1957 Aus der Erklärung des Abg. Kiesinger (CDU/CSU) in der Beratenden Versammlung des Europarates  
Im Zusammenhang mit dem Problem der Wiedervereinigung weist Kiesinger auf die Abhängigkeit der Regierung der „DDR“ von Moskau, auf deren Forderung nach einer neuen Gesellschaftsordnung in der Bundesrepublik als Voraussetzung der Wiedervereinigung und auf die Unterdrückung der Bevölkerung hin. Er erinnert an die unnachgiebige Haltung der Sowjetunion. 704

02. 05. 1957	Erklärung des Abg. Becker (FDP) in der Beratenden Versammlung des Europarates Becker weist in seinen Ausführungen zum Ost-West-Verhältnis die sowjetische Note vom 27. April 1957 als Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik zurück und fordert auf diplomatischem Gebiet eine offensivere westliche Haltung, damit der sowjetische Einfluss in Osteuropa verringert wird. Es sei völlig klar geworden, dass keine Seite es wagen dürfe, gewaltsam in die Machtsphäre der anderen einzugreifen. Becker fordert den Verzicht auf Atomexplosionen, Begrenzung der Atomkräfte, Schutz der Menschheit vor der Radioaktivität und ein globales Abkommen zur Beseitigung sämtlicher Spannungselemente als Voraussetzung einer atomaren Abrüstung.	707
02. 05. 1957	Aus der Erklärung des Abg. Gaitskell in der Beratenden Versammlung des Europarates Gaitskell wendet sich gegen die Passivität des Westens in seinen Beziehungen zum Ostblock und fordert politische Initiative und vielseitige Kontakte. Er erläutert kurz seine Pläne einer Entspannung in Mitteleuropa. Dabei betont er, diese bedeuteten nicht das Ende der NATO, – auch sollten amerikanische Truppen in Westeuropa bleiben. Als Auftakt zu allgemeinen Abrüstungsvereinbarungen bezeichnet er ein Teststoppabkommen als dringend notwendig. Er würdigt kurz die fortschreitende europäische Einheit und tritt für eine westliche Politik der Aufgeschlossenheit und Entspannung ein.	710
02. 05. 1957	Aus der Erklärung des Abg. Struye in der Beratenden Versammlung des Europarates Zur Wiedervereinigung Deutschlands, erklärt Struye, führe weder Krieg noch eine Politik der Einschüchterung, sondern nur die Möglichkeit von Verhandlungen auf Grund von Konzessionen. Er geht auf den Gedanken einer entmilitarisierten neutralen Zone ein und erklärt, die Befreiung von 17 Millionen Ostdeutschen wieder „sogar die Anerkennung gewisser Grenzen“ auf. In der Abrüstungsfrage tritt er für eine Politik schrittweiser kleiner Lösungen ein. Im Zusammenhang mit einer Würdigung der Appelle der deutschen Atomwissenschaftler und Albert Schweitzers fordert Struye eine internationale Kommission zur Erforschung der Auswirkungen von Atomexplosionen.	713
02. 05. 1957	Erklärung des Abg. Mommer (SPD) in der Beratenden Versammlung des Europarates Mommer betont nachdrücklich, dass sich der Europarat dem Problem der Atomversuche und der Ausrüstung mit Atomwaffen stellen müsse. Eine Verteilung von Atomwaffen an zahlreiche Staaten lehnt er grundsätzlich ab und weist auf die Gefahren und die wachsenden Spannungen hin. Die Wiedervereinigung Deutschlands stellt er in einen inneren Zusammenhang zur Befreiung der Satellitenstaaten. Er kritisiert das Fehlen eines Beitrags zur Entspannung und zur Abrüstung und führt die Verhärtung des Status quo darauf zurück. Mommer fordert Gegenvorschläge auf die sowjetischen Angebote und eine Beendigung der gegenseitigen Abriegelung.	718
02. 02. 1957	Erklärung der Abg. Rehling (CDU/CSU) in der Beratenden Versammlung des Europarates Die Abg. Rehling warnt vor der Gefahr der Uneinigkeit in der westlichen Welt. Gaitskells Plan eines neutralisierten Mitteleuropas lehnt sie ab; sie weist auf die daraus folgende Unsicherheit und schließliche Unfreiheit hin. Die Verteidigungspolitik des Westens sei nur die Reaktion auf das sowjetische Vorgehen, das für den Eisernen Vorhang verantwortlich sei und bisher keine Abrüstungsvereinbarungen ermöglicht habe.	722
TAGUNG DER REGIERUNGSCHEFS DER NATO-MITGLIEDSTAATEN IN BONN		
02. 05. 1957	Aus der Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer auf der Eröffnungssitzung Bundeskanzler Adenauer bezeichnet die Wiedervereinigung als entscheidenden Beitrag „zur Entspannung in der Welt“, lehnt jedoch eine Neutralisierung Deutschlands ab, da die weltumspannenden Gegensätze dadurch nicht beseitigt werden. Er weist die Behauptung, die NATO-Mitgliedschaft der Bundesrepublik Deutschland erschwere die Wiedervereinigung, zurück.	726
. 05. 1957	Aus einer Pressekonferenz des Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, in Bonn Ollenhauer fordert die Bundesregierung auf, während der NATO-Tagung die Initiative mit dem Ziel einer neuen Erörterung der deutschen Frage mit der Sowjetunion zu ergreifen. In der Haltung der Bundesregierung zur sowjetischen Note vom 21. April 1957 sieht er eine „unnötige Erschwerung der Lage“. Er hält eine grundsätzliche Erklärung zur Regierungspolitik in der Frage der atomaren Bewaffnung für geboten. Er lehnt die Ausrüstung der Bundesrepublik mit Atomwaffen ab und begrüßt die Feststellung des NATO-Generalsekretärs Lord Ismay, dass jedes NATO-Mitglied in seiner Entscheidung darüber ungebunden sei.	728
03. 05. 1957	Kommuniqué über die Tagung des Nordatlantikkongresses Die Vertreter der NATO-Staaten bekräftigen den defensiven Charakter und die gemeinschaftliche Verteidigungsbereitschaft der NATO und betonen auf Grund der Verteidigungserfordernisse die Notwendigkeit einer ausgewogenen atomaren und konventionellen Bewaffnung. Die Bemühungen um die Wiedervereinigung sollen fortgesetzt werden, da die Spaltung Deutschlands „eine ständige Gefährdung des Weltfriedens“ bilde.	732
03. 05. 1957	Erklärung von 14 Kernphysikern der „DDR“ Die Kernphysiker warnen vor dem Atomkrieg, erklären, dass sie nicht zur Entwicklung von Atombomben aufgefordert wurden, und treten für die Erschließung der Kernenergie für friedliche Zwecke ein.	734

04. 05. 1957	Schreiben des Botschafters der UdSSR in Bonn, Smirnow, an Bundeskanzler Adenauer Botschafter Smirnow antwortet auf das Schreiben des Bundeskanzlers vom 28. April 1957, dass die Bundesregierung noch keinen Verzicht auf eigene und keine Ablehnung der Stationierung fremder Atomwaffen ausgesprochen habe. Er versichert, die Sowjetunion würde einen solchen Schritt begrüßen.	735
06. 05. 1957	Interview des Ministers Bolz für die Nachrichtenagentur ADN Außenminister Bolz beschuldigt die NATO der „Vorbereitung eines Atomangriffs“, hofft aber auf „die Stärke der Friedenskräfte“. Die atomare Bewaffnung der Bundeswehr mache die Wiedervereinigung immer aussichtsloser. Die Abrüstungsverhandlungen seien beeinträchtigt und Gegenmaßnahmen erforderlich.	737
08. 05. 1957	Empfehlung Nr. 8 der Versammlung der WEU zum gegenwärtigen Stand der europäischen Sicherheit Zum wesentlichen Ziel erklärt die Versammlung der Westeuropäischen Union eine internationale Abmachung über Rüstungsbegrenzung; für die Zwischenzeit empfiehlt sie Grundsätze und Maßnahmen zur Sicherstellung der Verteidigungsbereitschaft.	739
09. 05. 1957	Aus der Erklärung des Bundesministers von Brentano vor dem 2. Deutschen Bundestag in der Debatte über den Einzelplan 05 (Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes) Bundesminister von Brentano weist Vorwürfe zurück, die ihm wegen der Verweigerung einer Subvention für ein deutsches Gastspiel in Paris und der Verweigerung von Visa für einen sowjetischen Zirkus und sowjetische Filmschauspieler gemacht wurden.	740
09. 05. 1957	Aus dem Vortrag von Professor von Nell-Breuning SJ vor dem Rhein-Ruhr-Klub in Düsseldorf: Der soziale Aspekt der Wiedervereinigung Prof. von Nell-Breuning setzt sich mit dem Problem der Anpassung der Systeme der Sozialversicherung und der Sozialstruktur im Rahmen der europäischen Integration auseinander und betont die bei allen Maßnahmen notwendige Berücksichtigung der mitteldeutschen Bevölkerung, der eine überzeugende Alternative geboten werden müsse.	744
KONFERENZ DER PRÄSIDENTEN DER OBERSTEN VOLKSVERTRETUNGEN DER „DDR“, DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK UND DER VOLKSREPUBLIK POLEN IN BERLIN		
09. 05. 1957	Aus der Erklärung des Marschalls des Sejm der Volksrepublik Polen, Wycech Wycech erinnert an die furchtbaren Zerstörungen des Zweiten Weltkrieges und weist auf die Gefahr eines wiedererstandenen deutschen Militarismus und des gegen die Oder-Neiße-Linie gerichteten Revisionismus hin. Er betont, dass Polen innerhalb des „großen sozialistischen Lagers, das den Frieden schützt“, umfassenden Schutz genießt und befürwortet zur Vorbereitung eines kollektiven Sicherheitssystems und der Wiedervereinigung auf „demokratischen und friedlichen Grundlagen“ eine Zone beschränkter Rüstungen in Europa.	747
09. 05. 1957	Aus der Erklärung des Vorsitzenden der Nationalversammlung der Tschechoslowakischen Republik, Fierlinger Fierlinger wendet sich gegen die „Wiederherstellung des deutschen Militarismus und der Revanchepolitik“. Er wirft der NATO intensive Kriegsvorbereitungen vor und weist auf die notwendige Beratung von Gegenmaßnahmen hin, um den „neuen Drang nach Osten“ abzufangen. Als weiteren „Keim schwerer Störungen“ stellt er die europäischen Gemeinschaften dar. Die Bundesregierung hintertreibe mit ihrer Politik, vor allem mit der atomaren Bewaffnung, die Wiedervereinigung, die niemals auf Kosten der „DDR“ zustande kommen dürfe. Der Weg führe nur über Abrüstung und kollektive Sicherheit in Europa. Er versichert, die Frage der deutschen Ostgrenzen stehe jedoch nicht mehr zur Diskussion, sie sei nach dem Kriege geregelt worden.	750
09. 05. 1957	Kommuniqué über den Besuch des Premierministers Macmillan in Bonn Das Kommuniqué bezeichnet die Erhaltung und Festigung des Friedens als wichtigste Ziele der Außenpolitik der britischen und der deutschen Regierung. Es betont die Notwendigkeit der Stärkung der NATO und der europäischen Zusammenarbeit. Es enthält die Versicherung der britischen Regierung, dass die Wiedervereinigung Deutschlands eines ihrer politischen Hauptanliegen bleibe. Diese erklärt auch, die römischen Verträge zu begrüßen und für eine ergänzende Freihandelszone einzutreten.	760
09. 05. 1957	Erklärung des Premierministers Macmillan auf einer Pressekonferenz in Bonn Premierminister Macmillan betont die weitgehende Übereinstimmung mit der Bundesregierung und gibt einen Überblick über die Gespräche. In der Frage der Wiedervereinigung hält er freie Wahlen für den einzigen Ausgangspunkt. Er betont die Bedeutung von Sicherheitsgarantien für die Sowjetunion und erläutert die Pläne Edens von den Genfer Konferenzen 1955.	761
10. 05. 1957	Kommentar der „Londoner Diplomatischen Korrespondenz“ Nur jenen Eden-Plan, der die Wiedervereinigung durch freie gesamtdeutsche Wahlen vorsieht, bezeichnet der Kommentar als gültig; er trennt ihn von anderen Vorschlägen Edens ab. Befürchtungen seien unbegründet. Die Vertiefung der freundschaftlichen Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und Großbritannien und das Einverständnis über die wirtschaftliche Integration und die Freihandelszone seien bemerkenswert.	764

AUSSPRACHE DES 2. DEUTSCHEN BUNDESTAGES ÜBER DER GROßE ANFRAGE DER FRAKTION DER SPD  
BETREFFEND ATOMWAFFEN

10. 05. 1957 Begründung der Großen Anfrage der SPD durch den Abg. Erler  
Erler gibt zunächst einen Überblick über die Entwicklung der Atombombe seit 1945. Er weist nachdrücklich auf die Gefahren der Versuchsexplosionen und die vergeblichen japanischen Mahnungen hin, sie zu beenden; eine Macht müsse den Anfang machen, eine Kontrolle sei dazu nicht nötig. Darüber hinaus müssen im Rahmen allgemeiner umfassender Abrüstungsvereinbarungen die Atomwaffen abgeschafft und die Frage der Wiedervereinigung damit verbunden werden. Um in diesem Sinne Einfluss nehmen zu können, sollte die Bundesrepublik auf Atomwaffen verzichten. Erler fordert eine klare Stellungnahme der Bundesregierung in dieser Frage, weist ihre Argumente für eine atomare Bewaffnung zurück und erläutert die Zerstörungskraft schon der taktischen Atomwaffen. Er schließt eine Kritik der deutschen Verteidigungspolitik insgesamt auch der Wehrpflicht, an und kommt zu dem Schluss, dass ein begrenzter Krieg in Mitteleuropa nicht möglich sei. Er bemängelt die Haltung der Regierungsparteien zu den Äußerungen der 18 Atomphysiker, wirft der Regierung Passivität in der Abrüstungsfrage vor und fragt, ob die Atombewaffnung überhaupt eine Stärkung der Bundesrepublik bedeute. Es sei außerdem unklar, wer über den Einsatz entscheiden solle. Nur Entspannung, Abrüstung und Wiedervereinigung brächten Deutschland Sicherheit. 766
10. 05. 1957 Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer  
In einer Gegenerklärung zu den Ausführungen des Abg. Erler betont Bundeskanzler Adenauer als unverändertes Ziel der Regierungspolitik eine umfassende kontrollierte Abrüstung. Er beantwortet Vorwürfe wegen seines Verhaltens zum Manifest der 18 Atomphysiker. Er verweist auf die Erwägung darüber, ob nicht auch die Bundeswehr kleine Atomwaffen brauche, wenn die übrigen NATO-Länder sie hätten. 785
10. 05. 1957 Beantwortung der Großen Anfrage der Fraktion der SPD durch Bundesminister Strauß  
Bundesminister Strauß beantwortet die Große Anfrage der SPD. Er betont, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die Westmächte zunächst einseitig abgerüstet hätten – im Gegensatz zur Gewaltpolitik der Sowjetunion, die zuletzt in den Monaten Februar bis April 1957 eine „Einschüchterungsoffensive“ begonnen habe, um die Modernisierung der NATO-Streitkräfte zu verhindern. Er erläutert die Bedeutung der Bündnispolitik für Freiheit, Sicherheit und Wiedervereinigung und betont die Verhandlungsbereitschaft der Bundesregierung. Die Frage der SPD, was die Bundesregierung gegen die Gefahr einer Einbeziehung in einen Atomkrieg tun wolle, beantwortet Strauß mit dem Hinweis auf die Bereitschaft, jedem internationalen Abrüstungsabkommen beizutreten, und auf die Beteiligung am westlichen Sicherheitsbündnis. Er erklärt bei der Beantwortung der übrigen Fragen der SPD, die Bundesregierung begrüße Vorschläge zur Einstellung der Versuchsexplosionen. Auch in der Bundesrepublik müssten Atomwaffen gelagert werden, um das militärische Gleichgewicht zu wahren und die gemeinsame Verteidigung der NATO-Länder zu stärken. Die Vereinigten Staaten von Amerika könnten die Verantwortung nicht allein tragen. Für die Abrüstung fordere die Bundesregierung nur eine wirksame Kontrolle und ein angemessenes Verhältnis der Streitkräfte. Die bisherigen sowjetischen Abrüstungsvorschläge bedingten jedoch westliche Vorleistungen vor allem auf atomarem Gebiet. Demgegenüber weist Strauß auf die Selbstbeschränkung der Bundesrepublik in der Rüstung hin. Eine Ausdehnung der Atomwaffenproduktion lehne die Bundesregierung ab, sie habe auch die Ausrüstung mit Atomwaffen nicht verlangt. Außerdem erläutert er die Luftschutzplanung und warnt vor einem Nachlassen der Verteidigungsbereitschaft. 790
10. 05. 1957 Erklärung des Abg. Schmid (SPD)  
Schmid erörtert die Frage der Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen unter dem Gesichtspunkt des Verhältnisses zwischen Politik und Moral, weist auf den schweren Zwang zur Entscheidung und die Möglichkeit des Irrtums hin und würdigt die Haltung der 18 Atomphysiker als „patriotische Tat“ und Gewissensentscheidung. Er sieht in ihrem Manifest einen Ausdruck notwendiger moralischer Kräfte und verurteilt alle Beschwichtigungen angesichts der Gefahren der Versuchsexplosionen und eines Atomkrieges – gerade für das gesamte Deutschland. Schmid stellt dann die Frage, wer über den Einsatz der Atomwaffen entscheiden solle und kritisiert die Auffassung, dass eine gut gerüstete Bundesrepublik eine bessere Verhandlungsposition gegenüber der Sowjetunion habe. Die Erhaltung des Friedens könne auf die Dauer nicht vom atomaren Gleichgewicht und der Drohung mit den Atomwaffen abhängen. Er lenkt die Aufmerksamkeit auf Pläne für eine neutrale Zone in Europa und stellt fest, nur eine allgemeine Einigung der Großmächte könne die Wiedervereinigung und eine Vereinbarung über den Status eines wiedervereinigten Deutschland bringen. Als ersten Teilschritt empfiehlt er die Einstellung der Versuchsexplosionen; auch einseitig durch den Westen. Auch die Bundesregierung besitze die Freiheit, beispielgebend auf die atomare Rüstung zu verzichten. Er legt einen entsprechenden Entschließungsantrag vor. 805

10. 05. 1957 Erklärung des Abg. Gerstenmaier (CDU/CSU)  
Gerstenmaier unterstreicht den Ernst der Debatte und lehnt Beschwichtigungen ab. Er warnt jedoch vor einer einseitigen Betonung der Atomgefahren und vor einer Unterschätzung der sowjetischen Drohung und setzt sich mit der politisch-militärischen Konzeption der SPD auseinander, besonders mit der Problematik des europäischen Sicherheitssystems. Der Verzicht auf atomare Ausrüstung, der in diese Konzeption hineingehöre, würde eine Minderung der deutschen Position in der NATO und damit eine Minderung der Sicherheit bedeuten; außerdem würde die NATO zerrüttet. Der FDP wirft Gerstenmaier in dieser Frage Inkonsequenz vor, da sie im Gegensatz zur SPD die NATO bejahe, aber eine einheitliche atomare Bewaffnung ablehne. Der Verzicht würde im Ernstfall eines großen Krieges Deutschland nicht vor einem atomaren Angriff verschonen. Nur starke Verteidigungsbereitschaft im Rahmen der NATO „mit allen Mitteln“ sichere den Frieden, und nur ein Gleichgewicht der Kräfte mache erfolgreiche Abrüstungsverhandlungen möglich. Die amerikanische Sicherheitsgarantie dürfe nicht aufgegeben werden. Gerstenmaier schlägt vor, die Bundesregierung solle einen gemischten Beirat für Fragen der Atomwaffen berufen und, in Übereinstimmung mit dem Antrag der SPD, bei den westlichen Atommächten auf eine Einstellung der Versuchsexplosionen hinwirken. Abschließend erklärt er, man könne die Haltung der 18 Atomphysiker durchaus als politische Tat würdigen, nur dürfe die Bundesregierung wegen ihrer Auffassung nicht diskreditiert werden. 824
10. 05. 1957 Erklärung des Abg. Mende  
Mende hebt den Ernst und die Sachlichkeit der Debatte hervor, weist jedoch darauf hin, dass sie erst durch aufrüttelnde Appelle von außen her zustande gekommen sei. Dem Bundeskanzler wirft er eine abwertende Reaktion auf das Manifest der 18 Atomphysiker vor. Auch missbilligt er die Reaktion von Bundesminister Strauß. Er erläutert die Haltung der FDP und betont, sie sei für eine moderne Ausrüstung der Bundeswehr, aber gegen die atomare Bewaffnung, da die Lage der Bundesrepublik im gespaltenen Deutschland eine andere als die der übrigen NATO-Länder sei. Er verweist außerdem auf die bestehenden Beschränkungen für die Bundeswehr und die Arbeitsteilung in der NATO und stellt fest, die NATO sei kein homogenes Gebilde, – eine deutsche Sonderstellung schade ihr deshalb nicht. Er betont die enge Bindung zum Westen und die Verantwortung für die Deutschen in der Sowjetzone. Der Wiedervereinigung Deutschlands sei nur mit einer entspannten Zone gedient. Der Druck einer „Politik der Stärke“ habe sich als Fehlschlag erwiesen. Außerdem ließen sich Konflikte bei weiterer Verbreitung der Atomwaffen nicht mehr lokalisieren. Mende wirft der Bundesregierung an Hand einzelner Beispiele ungenügende Luftschutzmaßnahmen vor. Er fordert Aufklärung der Bevölkerung und Selbstschutzvorbereitung. Abschließend verliest er die Anträge der FDP, die Bundesregierung möge als Vorleistung einen, wie er präzisiert, bedingten Verzicht auf Atomrüstung aussprechen, die Stationierung von Atomwaffen in ganz Deutschland verhindern, in der NATO die Berücksichtigung der deutschen Lage erreichen und geeignete Atomschutzmaßnahmen treffen. 848
10. 05. 1957 Erklärung des Abg. von Manteuffel (Neuß) (DP[FVP])  
Von Manteuffel warnt vor Verzerrungen des Problems der atomaren Bewaffnung. Die Sowjetunion, deren laufende Atombombentests er hervorhebt, wolle Westeuropa ohne Gegenleistung von den Vereinigten Staaten von Amerika isolieren. Ein einseitiger Verzicht auf Atomversuche erscheine deshalb unreal. Abschreckung und Verhinderung eines Krieges seien die einzigen Gründe für den Besitz von Atomwaffen. Von Manteuffel verweist auf die Möglichkeit, gerade aus dem Gleichgewicht der Massenvernichtungsmittel heraus zu neuen politischen Lösungen zu kommen, und auf die Verantwortung der Sowjetunion für eine Lösung des Abrüstungsproblems. Er empfiehlt eine starke konventionelle Rüstung zur Vermeidung des Zwanges einer nur atomaren Abschreckung. Die Ablehnung der Bündnisverpflichtungen in der NATO führe zur Isolierung der Bundesrepublik und damit zur Erschwerung der Wiedervereinigung Deutschlands. Er fordert, alle politischen Mittel und Möglichkeiten im Streben nach umfassenden Abrüstungsvereinbarungen einzusetzen. 871
10. 05. 1957 Erklärung des Abg. Reichstein (GB/BHE)  
Reichstein geht auf die unterschiedlichen Äußerungen zur Frage der Gefährdung des Menschen durch Versuchsexplosionen ein, hebt den Bericht Albert Schweitzers hervor und erläutert die Gefahren der radioaktiven Strahlung. Außerdem warnt er vor der Verteilung von Atomwaffen an die NATO-Staaten, da die Sowjetunion dann die Länder des Warschauer Paktes atomar ausrüsten würde und eine Abrüstungsvereinbarung sehr erschwert wäre. Im übrigen aber müsse die NATO gegenüber der gewaltsamen Politik der Sowjetunion stark und verteidigungsbereit bleiben. Er erläutert abschließend den Antrag des GB/BHE, der eine Einstellung der Versuchsexplosionen, eine atomwaffenfreie Zone, die Deutschland und seine östlichen Nachbarn umfasst, und Bemühungen um eine allgemeine Abrüstung fordert. 881

10. 05. 1957	Erklärung des Abg. Schneider (Bremerhaven) (DP[FVP]) Schneider geht zunächst auf die Kritik Pascual Jordans an dem Manifest der 18 Atomphysiker ein. Er weist darauf hin, dass die Entscheidung über Krieg und Frieden von der Sowjetunion und den USA abhängen. Für die Sicherheit der Bundesrepublik biete allein die NATO Gewähr. Deshalb fordert er eine stetige deutsche NATO-Politik und lehnt Vorleistungen in Fragen der Abrüstung und der Wiedervereinigung ab. Der SPD wirft er eine uneinheitliche und riskante Verteidigungspolitik vor. Er tritt für eine kontrollierte Abrüstung ein, die durch Ausrüstung weiterer Staaten mit Atomwaffen erschwert würde. Nur „wenn sie uns ... durch die russische Politik in die Hand gedrückt werden“, sollte die Bundesrepublik der Ausrüstung mit Atomwaffen nicht ausweichen.	888
10. 05. 1957	Erklärung der Abg. Lüders (FDP) Die Abg. Lüders richtet einen eindringlichen Appell gegen jede Art von Kriegsvorbereitung an den Deutschen Bundestag.	897
10. 05. 1957	Erklärung des Abg. Ollenhauer (SPD) Ollenhauer geht auf die Erklärung Gerstenmaiers ein, wendet sich gegen die These, in der internationalen Situation habe sich nichts geändert, und präzisiert den Standpunkt der SPD. Um die Abrüstungsverhandlungen in London zu erleichtern, solle die Bundesrepublik auf die Ausrüstung mit Atomwaffen verzichten; sie solle dort außerdem mit dem Ziel der Beendigung der Versuchsexplosionen vorstellig werden. Die Aufrüstung habe schon keine größere Sicherheit und keinen Fortschritt in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands gebracht, die atomare Bewaffnung jedoch sei eine Gefahr.	898
10. 05. 1957	Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer Bundeskanzler Adenauer warnt vor einem übereilten Wechsel des Standpunktes, der die Sowjetunion in ihrer Hoffnung bestärke, „im Wege der Ausdauer doch zu ihrem Ziel zu kommen“. Die atomare Ausrüstung der Bundeswehr sei noch nicht spruchreif.	904
10. 05. 1957	Erklärung des Abg. Jaeger (CDU/CSU) Jaeger begründet den Entschließungsantrag der CDU/CSU und der DP/FVP; er enthält die Forderung nach allgemeiner kontrollierter Abrüstung, Einstellung der Versuchsexplosionen, Strahlenschutz für die Bevölkerung und einen Beirat für Fragen der Atomwaffen, ferner die Feststellung, dass die Ausrüstung mit Atomwaffen nicht aktuell sei und dass bei der Notwendigkeit des Schutzes der Bundesrepublik kein Anlass bestehe, die Stationierung von Atomwaffen abzulehnen. Er betont die Absicht, die Sicherheit der Bundesrepublik durch nichts gefährden zu lassen.	906
10. 05. 1957	Erklärung des Abg. Erler (SPD) Erler fordert die Westmächte auf, mit einer vorläufigen Einstellung der Versuchsexplosionen den dringend nötigen Anfang einer Abrüstung zu machen; außerdem sollte Deutschland zur Erleichterung seiner Situation frei von Atomwaffen bleiben. Die Bundesrepublik finde keine Sicherheit, solange die Spaltung bestehe. Erler erläutert die Verhandlungspunkte der Londoner Abrüstungskonferenz und rügt die Skepsis der Regierungsparteien ihnen gegenüber.	909
10. 05. 1957	Erklärung des Bundesministers Strauß Bundesminister Strauß betont noch einmal, dass es nicht um einen Beschluss zur Ausstattung der Bundeswehr mit Atomwaffen gehe. Er verweist auf die eindeutige Erklärung der Bundesregierung, sich jeder Abrüstungsvereinbarung anzuschließen.	914
10. 05. 1957	Abstimmung über die eingebrachten Entschließungsanträge Der Antrag der CDU/CSU und DP/FVP, sowie Punkt 1 und 3 des Antrags des GB/BHE werden angenommen. Alle übrigen Anträge werden abgelehnt.	916
10. 05. 1957	Appell des Obersten Sowjet der UdSSR an den Kongress der Vereinigten Staaten und an das Parlament Großbritanniens Der Oberste Sowjet richtet einen Appell an den Kongress und das Unterhaus, sich für ein Abkommen über sofortige Einstellung der Atomversuche einzusetzen	919
10. 05. 1957	Aus dem Interview des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, für die Zeitung „The New York Times“ Chruschtschow spricht sich für eine Gipfelkonferenz aus, sofern Aussichten auf Erfolg bestehen. Hauptthemen wären Entspannung und Gewährleistung der europäischen Sicherheit. Das Kernproblem bilde allerdings das Verhältnis zwischen den USA und der UdSSR. Die deutsche Frage könne nur vom deutschen Volk allein gelöst werden.	921
11. 05. 1957	Gemeinsame Erklärung der Präsidenten der obersten Volksvertretungen der „DDR“, der Tschechoslowakischen Republik und der Volksrepublik Polen Die drei Parlamentspräsidenten werfen den „imperialistischen Kräften“ vor, durch Atomrüstung die internationale Lage zu verschärfen. Sie verurteilen die „revanchistischen Bestrebungen in Westdeutschland“ gegen die Oder-Neiße-Linie und unterstützen die Vorschläge der „DDR“ zur Wiedervereinigung. Angesichts der NATO müssten der Warschauer Pakt und die Einheit der sozialistischen Länder gestärkt werden. Die Abrüstung und dabei zunächst die Einstellung der Versuchsexplosionen sei eine vordringliche Aufgabe, die Bundesrepublik müsse frei von Atomwaffen bleiben und ein kollektives Sicherheitssystem errichtet werden.	923

7. BUNDESPARTEITAG DER CDU IN HAMBURG

12. 05. 1957	Aus der Rede des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier Gerstenmaier gibt einen Überblick über die Politik der CDU für Sicherheit und Freiheit der Bundesrepublik auf der Seite der freien Welt.	926
12. 05. 1957	Aus der Rede des Vorsitzenden der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Krone Krone betont den deutschen Rechtsstandpunkt in der Frage der Ostgebiete und weist auf den Freiheitswillen im Ostblock, aber auch auf die Unterdrückung, besonders in der Ostzone, hin. Gegenüber der Gewaltherrschaft im Ostblock tritt er für eine starke Verteidigung der freien Welt ein und fordert die Rückführung der noch in Russland lebenden Deutschen.	928
13. 05. 1957	Aus der Rede des Bundesministers von Brentano Bundesminister von Brentano geht auf die Verwirrung ein, die die Hervorhebung einer Alternative zur Politik des westlichen Bündnisses angerichtet habe. Die Verantwortung für Deutschland könne man nicht den Westmächten allein überlassen, da bisher jeder vernünftige Abrüstungsvorschlag an der Sowjetunion gescheitert sei. Die westliche Politik sei allein darauf gerichtet, Frieden und Freiheit zu bewahren. Auch könne man die beiden Machtblöcke nicht miteinander vergleichen. Der größte Erfolg in der Wiedervereinigungspolitik sei, dass alle Verbündeten die Wiedervereinigung zu einem Ziel ihrer Politik gemacht hätten. Diese Freundschaft müsse gewahrt bleiben.	932
13. 05. 1957	Erklärung des Außenministers Lloyd vor dem britischen Unterhaus Außenminister Lloyd gibt Erläuterungen zu den – teilweise überholten – Eden-Plänen. Auf eine Frage hin meint er, dass in Deutschland die Bedeutung der Abschreckungswaffen für die Sicherheit größtenteils erkannt werde.	937
13. 05. 1957	Erklärung des Premierministers Macmillan vor dem britischen Unterhaus Premierminister Macmillan erklärt, der Eden-Plan über die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit und der Rahmensicherheitsvertrag würden von Bundeskanzler Adenauer unterstützt und seien nie zurückgezogen worden.	939
14. 05. 1957	Kommentar der „Londoner Diplomatischen Korrespondenz“ Die unveränderte britische Haltung wird noch einmal dahingehend erläutert, dass eine stufenweise umfassende Abrüstung nur in Verbindung mit der Wiedervereinigung Deutschlands, eine teilweise Abrüstung jedoch auch allein durchgeführt werden solle.	940
14. 05. 1957	Aus der Pressekonferenz des Staatssekretärs Dulles in Washington Staatssekretär Dulles lehnt eine entmilitarisierte Zone auf der Grundlage der Teilung Deutschlands ab und weist auf die politischen Schwierigkeiten für Luftinspektionen in Europa hin. Den Vorschlag Adenauers, in den östlichen Teil eines wiedervereinigten Deutschlands keine Streitkräfte zu legen, bewertet er positiv. Eine Abrüstung in Mitteleuropa dürfe die Wiedervereinigung nicht beeinträchtigen. Er betont die notwendige Zusammenarbeit mit Bundeskanzler Adenauer. Zu den Verhandlungen in London erklärt er, die Sowjetunion habe inzwischen die Inspektion grundsätzlich anerkannt, fraglich sei vor allem die Abgrenzung. Eine Abrüstung in Deutschland ohne Verbindung zur Wiedervereinigung Deutschlands hält er für schwierig.	942
14. 05. 1957	Aus der Gemeinsamen Erklärung der SED und der KPI Beide Parteien nehmen in der Gemeinsamen Erklärung gegen Aufrüstung und atomare Bewaffnung der Bundeswehr Stellung, fordern die Beendigung der Versuchsexplosionen, Ächtung der Atomwaffen und ein europäisches Sicherheitssystem und unterstützen die sowjetischen Abrüstungspläne. Die Bedeutung der „DDR“ wird betont.	947
15. 05. 1957	Manifest der Christlich-Demokratischen Union Deutschlands, angenommen auf dem 7. Bundesparteitag der CDU in Hamburg Darlegung der politischen Grundsätze der CDU.	949
19. 05. 1957	Aus dem Bericht über eine Pressekonferenz des Bundeskanzlers Adenauer in Hamburg Bundeskanzler Adenauer erklärt, im Falle der Wiedervereinigung Deutschlands sei man bereit, die Sowjetzone nicht in das deutsche Wehrpotential einzubeziehen. Er akzeptiert eine militärische Inspektion auch ohne die Wiedervereinigung Deutschlands. Gerüchte einer amerikanischen Kursänderung weist er zurück.	951

16. 05. 1957	Erklärung des Abg. Carroll Reece im amerikanischen Repräsentantenhaus Ausgehend von der Bedeutung der Wiederherstellung des Rechts eröffnet Reece seine umfangreiche Erklärung zur Frage der deutschen Ostgebiete mit einem Bericht über die Vertreibung und ihre Folgen. Er würdigt die maßvolle Haltung der Vertriebenen und ihr Eintreten für ein vereintes Europa. Die Annexion der deutschen Ostgebiete lehnt er als unrechtmäßig ab und erörtert ihre wirtschaftlichen und demographischen Verhältnisse unter polnischer Verwaltung sowie die historischen Gegebenheiten. Er führt die Vorbereitung der gegenwärtigen Entwicklung auf die Grenzregelung nach dem Ersten Weltkrieg zurück. Nachdrücklich wendet er sich gegen die Kompensationstheorie, die Rechtfertigung der polnischen Ansprüche als Ersatz für die Verluste an die Sowjetunion und erläutert die Politik der Sowjetunion in der Frage der deutschen Ostgebiete. Reece weist nachdrücklich auf die Verleugnung der sowjetischen Völkerrechtslehre hin und untersucht in diesem Zusammenhang die Entwicklung der juristischen Beurteilung der Annexion und ihrer Ablehnung. Er hebt die Ächtung von Eroberungen durch die Vereinigten Staaten und andere Länder hervor – bis hin zur Charta der Vereinten Nationen. Dem stellt er die nachdrückliche und konsequente Politik des Protests und der Nichtanerkennung der Annexion der deutschen Ostgebiete durch die Bundesregierung an die Seite. Sie sollte ermutigt werden, fest auf ihrem Recht zu bestehen. Polen dagegen sei solange von der Sowjetunion abhängig, wie es die deutschen Gebiete behalte und damit dem sowjetischen Imperialismus diene. Reece betont abschließend, dass es hinsichtlich des Rechts keinen Kompromiss gebe. Die Regelung der Saarfrage nennt er als Beispiel.	952
17. 05. 1957	Aus einer Pressekonferenz des Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, in Bonn Ollenhauer befürwortet Inspektionszonen als erste Schritte zur Entspannung im Hinblick auf die Wiedervereinigung Deutschlands. In der Frage der Atombewaffnung hebt er den Unterschied zwischen der Auffassung der Bundesregierung und der SPD hervor. Er lehnt auch die Lagerung von Atomwaffen in der Bundesrepublik ab.	995
17. 05. 1957	Aus dem Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Ministerpräsident Mollet Auf Grund der Aktivität der NATO und der Gründung von Euratom und EWG glaubt Ministerpräsident Bulganin, dass die Lage in Europa, die nur durch die Überwindung der Spaltung in militärische Gruppierungen entspannt werden könne, sich verschärfe. Er warnt vor allem vor dem „nach Atomwaffen verlangenden deutschen Militarismus“ und macht Vorschläge zur allmählichen Schaffung eines europäischen Sicherheitssystems. Abschließend tritt er unter Hinweis auf die Gefahren eines Atomkriegs für Abrüstung und Einstellung der Versuchsexplosionen ein.	997
18. 05. 1957	Schreiben des Bundeskanzlers Adenauer an den Botschafter der UdSSR in Bonn, Smirnow Bundeskanzler Adenauer nimmt zur Kenntnis, dass Smirnow den Inhalt ihres Gesprächs vom 25. April 1957 der sowjetischen Regierung übermittelte, bedauert jedoch, dass es in der Note vom 27. April 1957 nicht berücksichtigt wurde.	1000
18. 05. 1957	Interview des Ministerialdirektors von Eckardt für den Sender Freies Berlin Von Eckardt erklärt, die Bundesregierung sei daran interessiert, dass die deutsche Frage in Bewegung bleibe und einzelne Maßnahmen der Entspannung zur Wiedervereinigung Deutschlands beitragen. In dieser Hinsicht müssten die vier Siegermächte sich verständigen; darüberhinaus sollten die politische Konsultation in der NATO und die westliche Vier-Mächte-Arbeitsgruppe ausgebaut werden. Eine isolierte Initiative der Bundesregierung sei zwecklos. Ein kommunistenfreundliches Regime in einem wiedervereinigten Deutschland sei für den Westen unannehmbar. Abschließend kritisiert er die Haltung der SPD zur Atomwaffenstationierung.	1001
19. 05. 1957	Interview des Ministerialdirektors Grewe für den Westdeutschen Rundfunk Ministerialdirektor Grewe erläutert die Tätigkeit der Vier-Mächte-Arbeitsgruppe und bestätigt, dass keine der westlichen Großmächte Abrüstungsmaßnahmen befürworte, die die Spaltung festigen.	1004
20. 05. 1957	Memorandum der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der UdSSR Die Bundesregierung befürwortet engere Beziehungen zur UdSSR, hebt aber den Widerspruch in der sowjetischen Haltung hervor, die Wiedervereinigung Deutschlands fördern zu wollen, aber an der Existenz zweier deutscher Staaten festzuhalten. Sie weist die sowjetischen Bezeichnungen eines wiederauflebenden deutschen Militarismus und der Verletzung demokratischer Rechte und Freiheiten zurück. Sie verwahrt sich gegen feindselige Verdächtigungen, gegen die Einmischung in die inneren Angelegenheiten der Bundesrepublik und die willkürliche Auslegung der Begriffe „friedliebend“ und „demokratisch“. Die Bundesregierung macht die Sowjetunion für die Spaltung Deutschlands verantwortlich und beruft sich auf das Selbstbestimmungsrecht. Die Sowjetunion versuche unter verschiedenen Vorwänden die Wiedervereinigung zu verhindern, ebenso die SED, die schon für die von ihr vorgeschlagene „Konföderation“ 17 Vorbedingungen nenne. Daran scheitern die konstruktiven Vorschläge der Bundesregierung und der Westmächte. Die Bundesregierung erklärt sich zu Verhandlungen über alle Aspekte der Wiedervereinigungsfrage bereit und fordert die Sowjetunion zu einer Änderung ihrer Haltung auf.	1006

21. 05. 1957	<p>Beschluss des Zweiten Senats des Bundesverfassungsgerichtes gem. § 24 BVerfGG  Aus Anlass der Prüfung des Verfahrens gegen den Rechtsanwalt Dr. Kaul vor der  Berliner Anwaltskammer erklärt das Bundesverfassungsgericht Berlin als Land der  Bundesrepublik, deren Gesetzgebung vorbehaltlich der Befugnisse der drei Westmächte  in Berlin Geltung habe. Das Bundesverfassungsgericht könne jedoch nicht über die  Rechtmäßigkeit von Berliner Gesetzen entscheiden, da Bundesorgane noch keine  unmittelbare Staatsgewalt in Berlin ausüben dürften. Diese Entscheidung wird  eingehend begründet.</p>	1015
AUSSPRACHE DES 2. DEUTSCHEN BUNDESTAGES		
22. 05. 1957	<p>Aus der Erklärung des Abg. Mende (FDP)  Mende bejaht die Bindung der Bundesrepublik an den Westen als Sicherung gegen den  sowjetischen Expansionsdrang, empfiehlt aber eine Weiterentwicklung und ein  Auseinanderdrücken der Paktsysteme durch eine entspannte Zone um der  Wiedervereinigung willen. Er bittet um eine Erklärung des Widerspruchs in der Haltung  der CDU/CSU, die im Bundestag erklärt habe, die Atombewaffnung sei nicht aktuell,  während sie in der Beratenden Versammlung der WEU für die „sofortige Ausrüstung“  mit Atomwaffen gestimmt habe.</p>	1026
22. 05. 1957	<p>Erklärung des Abg. Jaeger (CDU/CSU)  Jaeger weist den Vorwurf der Widersprüchlichkeit der CDU/CSU in der Frage der  atomaren Bewaffnung zurück. Die Beratende Versammlung der WEU habe in dieser  Frage mit den Stimmen der CDU/CSU nur eine Empfehlung für eine wirksame  Verteidigung ausgesprochen; von „unverzögerlicher“ Atombewaffnung sei keine Rede  gewesen. Anschließend setzt er sich mit der Ablehnung des Verteidigungshaushalts  durch die SPD auseinander und wendet sich gegen die zuletzt in einer Pressekonferenz  Ollenhauers erhobene Forderung, die Stationierung von Atomwaffen unbedingt  zurückzuweisen, mit der Feststellung, dass sich schon seit einiger Zeit Atomwaffen in  der Bundesrepublik Deutschland befänden, – eine Tatsache, die der SPD bekannt sei.  Diese verweigere durch ihre Forderung den Amerikanern die Möglichkeit, die  Bundesrepublik zu schützen. Sie versage durch die Ablehnung des  Verteidigungshaushalts der Bundeswehr die Erfüllung des gleichen Auftrages.</p>	1032
22. 05. 1957	<p>Erklärung des Abg. Ollenhauer (SPD)  Ollenhauer nimmt gegen die Erklärung des Abg. Jaeger Stellung und erklärt, es gehe  zwischen den Regierungsparteien und der Opposition darum, den besten Weg für die  Sicherheit Deutschlands zu finden. Im übrigen gelte die Forderung, keine Atomwaffen  in der Bundesrepublik zu stationieren, nicht unbedingt, sie solle nur Gegenstand von  Verhandlungen mit den Vereinigten Staaten von Amerika sein.</p>	1046
22. 05. 1957	<p>Aus der Erklärung des Bundesministers Strauß  Bundesminister Strauß fragt, ob die SPD um des Rückzugs der Atomwaffen willen auch  den Abzug der amerikanischen Truppen in Kauf nähme.</p>	1048
22. 05. 1957	<p>Erklärung des Abg. Jaeger (CDU/CSU)  Jaeger hält an seinem Standpunkt fest, Ollenhauer habe die Atomwaffenlagerung „mit  allen möglichen Konsequenzen“ verweigert und fragt, ob er auch bei Verlust der  amerikanischen Sicherheitsgarantie darauf bestehe.</p>	1049
22. 05. 1957	<p>Erklärung des Abg. Erler (SPD)  Erler weist die Äußerungen des Abg. Jaeger zurück und betont, es gehe darum, „das  Risiko des Ausbruchs eines Atomkonflikts auf deutschem Boden“ zu verhindern.</p>	1051
22. 05. 1957	<p>Note der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der UdSSR  Die Bundesregierung nimmt zur sowjetischen Note vom 27. April 1957 Stellung und  weist die Behauptung zurück, sie konzentriere Atomwaffen auf deutschem Gebiet und  wolle die Bundeswehr damit ausrüsten. Sie erwartet eine kontrollierte Abrüstung und  bedauert die Ablehnung einer wirksamen Kontrolle durch die Sowjetunion. Sollten die  Abrüstungsverhandlungen scheitern, so sei die Bundesregierung im Rahmen der  gemeinsamen NATO-Verteidigung und im Interesse der Sicherheit gezwungen, die  Frage der atomaren Bewaffnung zu überprüfen. Diese Frage könne die Sowjetunion  nicht mit dem Problem der deutschen Ostgrenze und der Wiedervereinigung  Deutschlands verknüpfen.</p>	1053
22. 05. 1957	<p>Rede von Eleanor L. Dulles vor der Frauenvereinigung der Republikanischen Partei in  New York: Berlin und die Methoden der Sowjets in Deutschland  Eleanor Dulles geht auf die Bedeutung einer Analyse der sowjetischen Politik ein und  hebt deren Aggressivität bei nachgiebiger Haltung des Westens hervor. Sie gibt einen  Überblick über die Entwicklung der sowjetischen Berlinpolitik seit 1945. Als  Hauptfaktoren nennt sie: Einschüchterung der Bevölkerung, Verhinderung des  Wiederaufbaus und Beschränkung der Versorgung Berlins und Terrormaßnahmen  gegen einzelne. Bei dieser Maßnahme verrate sich deutlich die Unsicherheit der  sowjetischen Politik. Der Überblick über die Ereignisse könne aber zeigen, „welchen  Spielraum die Freiheit haben kann“, wenn der westen entschlossen sei. Berlin bilde  „einen Modellfall für das Versagen der sowjetischen Methoden“.</p>	1056

23. 05. 1957	<p>Verbalnote des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau</p> <p>Die sowjetische Regierung nimmt das Einverständnis der Bundesregierung zur Kenntnis, Verhandlungen über engere Beziehungen beider Staaten auf der Grundlage des Briefwechsels zwischen Bundeskanzler Adenauer und Ministerpräsident Bulganin zu führen. Sie schlägt als Datum für den Beginn den 15. Juni 1957 vor und bezeichnet die Repatriierungsfrage bis auf Einzelfälle als abgeschlossen.</p>	1065
23. 05. 1957	<p>Ollenhauer-Plan für Sicherheit und Wiedervereinigung</p> <p>Der Plan geht von der Tatsache aus, dass die Bundesrepublik verpflichtet sei, soweit wie möglich eine Politik der Entspannung und Abrüstung zu unterstützen. Ein Inspektionsplan dürfe nicht von vornherein abgelehnt werden. Ferner müsse die Wiedervereinigung mit neuen Vorschlägen zur Sprache gebracht werden. Ferner müsse die Wiedervereinigung mit neuen Vorschlägen zur Sprache gebracht werden, nachdem die Politik der Bundesregierung gescheitert sei. Der Plan hebt den Zusammenhang zwischen europäischer Sicherheit und deutscher Einheit hervor. Ein wiedervereinigtes Deutschland solle in ein europäisches Sicherheitssystem eingegliedert werden. Der Aufbau eines solchen Systems wird kurz skizziert. Es müsse von den Vereinten Nationen anerkannt und unter Zustimmung der Vereinigten Staaten und der Sowjetunion anstelle der Militärbündnisse errichtet werden. Die Wiedervereinigung Deutschlands solle mit Hilfe freier Wahlen und anschließender Verhandlungen über einen Friedensvertrag erreicht werden. Der Plan solle allen vier Großmächten unterbreitet werden.</p>	1066
24. 05. 1957	<p>Anweisung des Staatssekretariats für Hochschulwesen der „DDR“ über die Befürwortung von Reisen der Studierenden der Universitäten, Hoch- und Fachschulen in Mitgliedstaaten der NATO</p> <p>In der Anweisung werden die Bestimmungen und Beschränkungen für Reisen von Studenten in NATO-Länder festgesetzt.</p>	1072
24. 05. 1957	<p>Kommuniqué über Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der „DDR“ und der Tschechoslowakischen Republik in Berlin</p> <p>Das Kommuniqué teilt mit, dass die internationale Lage vor allem in Europa und die Entwicklung der Beziehungen beider Länder erörtert wurden.</p>	1073
24. 05. 1957	<p>Gemeinsame Erklärung der Regierungsdelegationen der „DDR“ und der Tschechoslowakischen Republik</p> <p>Die Erklärung nimmt gegen eine atomare Bewaffnung der NATO und insbesondere der Bundesrepublik Stellung und empfiehlt eine Zone begrenzter Rüstungen in Europa. Die Wiedervereinigung Deutschlands werde durch die militärische Politik der Bundesregierung verhindert. Dagegen betonen die Delegationen den friedlichen Charakter des Warschauer Paktes; die ČSSR legt ein Bekenntnis zur „DDR“ ab. Die Wiedervereinigung Deutschlands sei Sache der Deutschen selbst.</p>	1074
27. 05. 1957	<p>Bericht über das Bundestreffen der Exil-LDP in Frankfurt am Main</p> <p>Nach dem Bericht betonte Mende die Notwendigkeit einer deutschen Initiative für die Wiedervereinigung und schlug eine deutsch-sowjetische Studienkommission vor. Die früheren LDP-Politiker forderten die sofortige Freilassung aller politischen Gefangenen in der Sowjetzone und empfahlen beratende Mitglieder als Vertreter der ostzonalen Länder für den Deutschen Bundestag.</p>	1078
28. 05. 1957	<p>Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer vor dem amerikanischen Repräsentantenhaus</p> <p>Bundeskanzler Adenauer dankt dem amerikanischen Volk für seine Unterstützung beim Aufbau der Bundesrepublik Deutschland. Diese habe sich unauflöslich für die Zugehörigkeit zur freien Welt entschieden. Der Bundeskanzler würdigt die NATO und betont die Gemeinsamkeit der Überzeugungen und die herzliche Freundschaft zwischen den Vereinigten Staaten von Amerika und der Bundesrepublik Deutschland.</p>	1079
28. 05. 1957	<p>Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer vor dem amerikanischen Senat</p> <p>Bundeskanzler Adenauer hebt als die Leitgedanken der deutschen Politik Freiheit, Frieden und Einheit Deutschlands hervor, betont die europäische Politik der Bundesrepublik Deutschland und würdigt den Wert der gemeinsamen westlichen Verteidigung im Rahmen der NATO, die keinerlei Angriffsabsichten habe.</p>	1081
28. 05. 1957	<p>Kommuniqué über Besprechungen zwischen Bundeskanzler Adenauer und Präsident Eisenhower in Washington</p> <p>In dem Kommuniqué wird die herzliche Atmosphäre des Meinungs austausches hervorgehoben.</p>	1084
28. 05. 1957	<p>Gemeinsame Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer und des Präsidenten Eisenhower</p> <p>Die Erklärung bezeichnet als Hauptziele der Politik die Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland als Aufrechterhaltung des Friedens in Freiheit und die Wiedervereinigung Deutschlands. Die Sowjetunion sei für die Spannungen zwischen Ost und West verantwortlich. Die Verteidigungskraft der NATO müsse weiterhin verbessert werden, – und zwar durch modernste Verteidigungswaffen. Die Bemühungen um eine schrittweise Abrüstung müssten verstärkt werden, jedoch nicht auf Kosten der Sicherheit oder unter Zurückstellung der Wiedervereinigung.</p>	1084

28. 05. 1957	Aus dem Interview des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, für die Rundfunk- und Fernsehgesellschaft „Columbia Broadcasting System“ In diesem Interview erklärt Chruschtschow, falls die Westmächte ihre Truppen aus fremden Ländern abzögen, würde die Sowjetunion das gleiche tun und unter bestimmten Bedingungen auch ein Inspektion erwägen. Er verlangt Vertrauen und vertraut selbst darauf, dass die ostpreußischen Staaten nach dem sowjetischen Rückzug kommunistisch blieben, da das Volk es so wolle. Auch die Westmächte sollten jetzt Schritte zur Entspannung tun und für engere Kontakte sorgen.	1087
28. 05. 1957	Mitteilung über eine Anweisung des Staatssekretariats für Hochschulwesen der „DDR“ Die Mitteilung gibt die ostzonalen Beschränkungen für Reisen von Studenten in NATO-Länder bekannt.	1090
28. 05. 1957	Aus der Gemeinsamen Erklärung der SED und der KPF Beide Parteien bekunden ihre jahrzehntelange Solidarität und nehmen gegen den Imperialismus und Kolonialismus der Westmächte Stellung. Die NATO sei die Hauptgefahr für das deutsche und französische Volk. Das gleiche gelte für die europäischen Gemeinschaften, die den aggressiven Zielen der Bundesrepublik Deutschland und der Vereinigten Staaten von Amerika dienen. Beide Parteien treten für ein europäisches Sicherheitssystem ein. Sie wollen gemeinsam gegen die „Faschisierung in Westdeutschland und in Frankreich“ kämpfen.	1092
01. 06. 1957	Artikel des stellvertretenden Abteilungsleiters im ZK der SED, Glückauf: Einige Aspekte der Bundestagswahlen Glückauf stellt die Wahlen in der Bundesrepublik als bedeutungslos dar gegenüber den Absprachen und der „Diktaturgewalt der großen Metropole“. Er zeichnet ein verzerrtes Bild der Verhältnisse und folgert, für Bundeskanzler Adenauer bestehe die Gefahr, die Wahlen zu verlieren. Vor allem die Vereinigten Staaten vom Amerika müssten Wahlhilfe leisten; der Ausgang der Wahlen werde von ihnen gelenkt. Die CDU habe alle Machtmittel in der Hand, deshalb seien die Wahlen weder frei noch demokratisch. Der SPD wird das Fehlen einer eigenen sozialistischen Konzeption vorgeworfen; sie beurteile die bestehenden Verhältnisse falsch. Nur die KPD sage den Wählern die Wahrheit.	1097
05. 06. 1957	Interview des Bundesministers von Brentano mit einem Korrespondenten der Basler „National-Zeitung“ Bundesminister von Brentano erklärt, bei einer wirklichen Entspannung müsse, wenn auch noch nicht in der ersten Phase der Abrüstungsmaßnahmen, das politische Problem der Wiedervereinigung gelöst werden. Im Rahmen der Inspektionszonen dürfe es auf keinen Fall zur Anerkennung der „DDR“ kommen. Eine atomwaffenfreie Zone hält er im Ernstfall für unreal. Den ersten Schritt zur Wiedervereinigung bilde das Anerkenntnis des Selbstbestimmungsrechtes. Von Brentano hofft auf eine allmähliche Wandlung der politischen Verhältnisse in der Sowjetunion.	1103
KONGRESS DER FDP IN HAMBURG		
06. 06. 1957	Aus der Rede des Vorsitzenden der FDP, Maier: Nach Niederlage und Teilung – Kampf um die deutsche Nation Maier warnt vor innerer Zwietracht in der Bundesrepublik und vor einer widersprüchlichen Außenpolitik. Er fordert eine selbständige Haltung nach außen vor allem in der Frage der Wiedervereinigung, die ohne eigene Initiative nicht zu erlangen sei, und eine liberale Gestaltung im Innern, denn „nur Freie könnten die deutsche Nation neu begründen“.	1106
06. 06. 1957	Aus der Rede des Justizministers von Schleswig-Holstein, Leverenz: Wiedervereinigung – unser oberstes Ziel Leverenz wirft dem Bundeskanzler eine „Aversion gegen eine eigene Ostpolitik“ vor. Er tritt für eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion ein und schlägt vor, Polen eine Wirtschaftshilfe zu gewähren und diplomatische Beziehungen aufzunehmen. Es müsse eine auch den Osten umfassende Politik der europäischen Verständigung getrieben werden. Die Gefahr eines sowjetischen Angriffs auf Westeuropa bestehe nicht mehr, deshalb solle man dem allgemeinen Willen zur Entspannung Rechnung tragen. Leverenz betont das Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion und erklärt: „Wenn Russland hinreichend Sicherheit erhalte, würde es sich nach menschlicher Voraussicht bereit finden, das in seinem Wert fraglich gewordene Ostblocksystem aufzulockern, wenn nicht aufzulösen.“ Er verlangt anschließend, den bisherigen Vorstellungen über einen „Tag X, einen Tag der Wiedervereinigung“ zu entsagen und einen neuen Ansatz für die Vereinigung des deutschen Volkes zu entwickeln.	1110
06. 06. 1957	Aus dem Aktionsprogramm der FDP Das Programm enthält die Forderungen der FDP für die Wiedervereinigungspolitik und die Beendigung der atomaren Bedrohung.	1117
06. 06. 1957	Rundfunkansprache des Staatssekretärs Thedieck Thedieck erläutert die Entwicklung, die zum ostzonalen Reiseverbot für Studenten und Oberschüler der 9. bis 12. Klasse führte, und ihre Hintergründe.	1118

06. 06. 1957	Aufsatz von Professor Drath: Die staatsrechtliche Stellung Berlins Prof. Drath betont, das Thema gehöre der politischen und nicht der geistigen Geschichte des Rechts an und seine Erörterung sei auch Auseinandersetzung mit der Politik. Er weist darauf hin, dass die rechtstheoretische Klärung des Problems abgeschlossen sei und die Ausgestaltung des Verhältnisses Berlins zur Bundesrepublik „von einem festen prinzipiellen Standpunkt ausgehen“ könne; die rechtliche Zugehörigkeit Berlins sei entschieden. Die These, die er aufstellt und beweist, lautet: Berlin ist durch das Grundgesetz als Land der Bundesrepublik bestimmt; der Vorbehalt der westlichen Besatzungsmächte bezieht sich nur auf die Gewalt von Bundestag und Bundesregierung und sichert ein Eingriffsrecht, berührt aber nicht das Prinzip dieses Rechtsverhältnisses. Abschließend behandelt Draht eine Reihe von Einzelfragen: die Geltung von Bundesrecht in Berlin, Berlins Übernahmepflicht, internationale Verträge, Verfassungsschutz, Bundesverfassungsgerichtsbarkeit, Eid auf das Grundgesetz, Status der Berliner Bundestagsabgeordneten.	1122
06. 06. 1957	Erklärung des Presseamtes beim Ministerpräsidenten der „DDR“ zum Memorandum der Regierung der Bundesrepublik Deutschland an die Regierung der UdSSR In der Erklärung wird behauptet, die Bundesregierung habe in ihrem Memorandum vom 20. Mai 1957 „erneut den Weg zur friedlichen Wiedervereinigung“ abgelehnt. Demgegenüber werden die Vorschläge des 30. Plenums des Zentralkomitees der SED hervorgehoben. Die Westmächte und die westdeutschen Monopolherren und Militaristen“ hätten durch die Gründung der Bundesrepublik die Spaltung vollzogen. Nur die Sowjetunion gehe von der wirklichen Lage in Deutschland aus. Die Lösung des Problems biete die Konföderation der beiden deutschen Staaten. Die Politik der Bundesregierung zeuge von Aggressivität, Revanchismus und undemokratischer Haltung. Die Vorschläge der Regierung der „DDR“ zur Abrüstung in Deutschland werden erneuert.	1153
08. 06. 1957	Verbalnote der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Die Bundesregierung nimmt das Einverständnis der Regierung der Sowjetunion zu Besprechungen über den Handel und konsularische Befugnisse zur Kenntnis. Die kulturellen und technisch-wissenschaftlichen Fragen sollten zunächst auf diplomatischem Wege behandelt werden. Die Bundesregierung erörtert die Meinungsverschiedenheit in der Repatriierungsfrage und betont, auch diese Frage gehöre zu den Themen der kommenden Verhandlungen.	1156
08. 06. 1957	Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht auf dem IV. Kongress der Arbeiterjugend in Magdeburg Ulbricht legt die Forderung nach freien Wahlen in dem Sinne aus, dass die Bevölkerung der „DDR“ für einen Stimmzettel ihre Rechte veräußern solle.	1158
08. 06. 1957	Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, auf einer Festveranstaltung in Helsinki Chruschtschow entwickelt die Bedeutung guter Beziehungen zwischen den Staaten, vor allem auf dem Gebiet des Handels. Insbesondere geht er auf das Verhältnis Finnlands zur Sowjetunion ein und lobt eine Politik des Friedens und der Neutralität nach finnischem Beispiel.	1160
11. 06. 1957	Aus der Pressekonferenz des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles erklärt, bei den Abrüstungsverhandlungen hätten sich „verfahrensmäßige Komplikationen mit der NATO“, vor allem in der Frage der Einbeziehung Deutschlands, ergeben. Mit einer Stellungnahme zu Inspektionszonen warte die amerikanische Regierung, bis die „kontinentalen Verbündeten“ in Europa sich geäußert hätten. Eine arktische Inspektionszone hält er für sinnvoll und weniger kompliziert als eine europäische, wo zunächst die Möglichkeit auch politischer Lösungen, vor allem im Bereich der Wiedervereinigung erforscht werden müsse. Er betont, dass es sich nicht um bilaterale Verhandlungen mit der Sowjetunion handle.	1163
13. 06. 1957	Aus den Erklärungen des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, auf einer Pressekonferenz in Helsinki Als Grundlage von Abrüstungsvereinbarungen betrachtet Chruschtschow gegenseitiges Vertrauen, Kontrollen könnten immer umgangen werden. Als sofort mögliche Maßnahme nennt er die Einstellung der Versuchsexplosionen. In der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands bekräftigt er seine Auffassung, dieses Problem könne nur von den Deutschen selbst gelöst werden.	1167
14. 06. 1957	Aus dem Schreiben des Premierministers Macmillan an Ministerpräsident Bulganin Premierminister belastet die Sowjetunion mit der Schuld an der Spaltung Europas. Die Ausrüstung mit Atomwaffen müssten sich die NATO-Länder bis zu Abrüstungsvereinbarungen vorbehalten. Ein Sicherheitsvertrag für Europa nach den Vorschlägen Edens setze ein wiedervereinigtes Deutschland voraus. Die Gewährung des Selbstbestimmungsrechts für die Deutschen wäre ein Schritt zur Lösung der großen Probleme. Macmillan fasst seine Ausführungen in vier Fragen an Ministerpräsident Bulganin zusammen.	1169
14. 06. 1957	Vorschlag zur Einstellung der Versuche mit Atom- und Wasserstoffwaffen, vorgelegt von dem Vertreter der UdSSR im Abrüstungsunterausschuss der Vereinten Nationen Die Sowjetunion schlägt eine befristete, kontrollierte Einstellung der Versuchsexplosionen vor.	1172

15. 06. 1957 Kommuniqué über den Besuch des Bundeskanzlers Adenauer in Wien  
Das Kommuniqué bezeichnet die Sicherung des Friedens als Grundlage der Politik beider Länder und die Wiedervereinigung Deutschlands als „wesentliche Voraussetzung“ einer Entspannung. 1173
15. 06. 1957 Aus der Pressekonferenz des Bundeskanzlers Adenauer in Wien  
Bundeskanzler Adenauer hält eine neutralisierte Zone in Mitteleuropa im Zeitalter der Fernraketen für nicht zweckmäßig. „Die wesentlichste Frage in der Welt“ sei eine kontrollierte Abrüstung. Eine Neutralisierung des wiedervereinigten Deutschland nach österreichischem Muster bezeichnet er als unannehmbar. Die Vermittlung einer dritten Macht in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands sei nicht unerwünscht, verantwortlich blieben aber die vier Großmächte. Für die Abrüstungsverhandlungen empfiehlt er große Geduld. 1174
16. 06. 1957 Aus der Ansprache des Bundeskanzlers Adenauer auf der Schlusskundgebung des Verbandes der Heimkehrer in Frankfurt am Main  
Angesichts der komplizierten Problemlage mahnt Bundeskanzler Adenauer in den Fragen der Abrüstung und der Wiedervereinigung zu Geduld und bestätigt den ungebrochenen Vorsatz der Westmächte, für die Wiedervereinigung Deutschlands einzutreten. 1178
16. 06. 1957 Aus der Ansprache des Bundesministers Lemmer anlässlich einer Feierstunde des Kuratoriums „Unteilbares Deutschland“  
Bundesminister Lemmer würdigt die Volkserhebung des 17. Juni 1953. Er fordert von Chruschtschow, dass er die Deutschen über die Gestaltung Deutschlands wirklich frei entscheiden lassen solle. Mit der Ostzone lehnt er Verhandlungen ab, da ihre Regierung nicht legitimiert sei. Eine umfassende Entspannung auf der Grundlage der deutschen Teilung sei unmöglich. Lemmer fordert ein besseres Verhältnis zwischen Opposition und Regierung in Fragen der nationalen Politik. Abschließend appelliert er an die Ostzone, die politischen Gefangenen freizulassen. 1179
- WAHLKONGRESS DER SPD IN DORTMUND
16. 06. 1957 Aus dem Wahlprogramm der SPD: Sicherheit für alle  
Die SPD fordert die Wiedervereinigung „in gesicherter Freiheit“ und als Voraussetzung für die dazu notwendige Entspannung eine allgemeine kontrollierte Abrüstung. Zunächst müsse ein Sicherheitssystem die bisherigen Bindungen beider Teile Deutschlands ablösen. Die Wehrpflicht soll abgeschafft werden. Die Forderung nach einer „Wende“ in der Politik wird unter schwerwiegenden Vorwürfen gegen die CDU, besonders in der Wiedervereinigungspolitik, ausführlich begründet. 1183
16. 06. 1957 Aus der Rede des Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer  
Ollenhauer wirft dem Bundeskanzler vor, „er habe mit seiner Politik die Wiedervereinigung Deutschlands bis heute verhindert“. Die internationale Lage habe sich wesentlich geändert; alle Welt wünsche eine weitgehende Entspannung. Ollenhauer betont, dass Deutschland atomwaffenfrei sein müsse. Wahre Sicherheit brächten nur die Wiedervereinigung und ein europäisches Sicherheitssystem. Ollenhauer fordert außerdem „die Normalisierung unserer Beziehungen zur Sowjetunion und zu den Völkern Osteuropas“. 1185
18. 06. 1957 Aus den Erklärungen des Bundesministers von Brentano auf der Bundespressekonferenz  
Bundesminister von Brentano betont, das „vitale Interesse“ der Bundesregierung an den Londoner Abrüstungsverhandlungen. Einer sinnvollen und wirksamen Inspektion widersetze sie sich nicht, sofern die „DDR“ nicht anerkannt werde. 1188
18. 06. 1957 Aus den Erklärungen des Ministerialdirektors von Eckardt auf der Bundespressekonferenz  
Von Eckardt führt aus, die Vorschläge für Inspektionen in Europa seien noch nicht offiziell. Er weist auf das Risiko für die Bundesrepublik Deutschland und die unkomplizierte Möglichkeit einer vorerst nur arktischen Zone hin. Außerdem geht er auf die Frage einer Milderung des Rotchina-Embargos ein. 1191
18. 06. 1957 Bericht über Erklärungen des Bundestagsvizepräsidenten Schmid auf einer Pressekonferenz in Berlin  
Der Bericht über Äußerungen Carlo Schmidts spricht von der Möglichkeit von Verhandlungen zum Zwecke der Wiedervereinigung mit einer im Auftrag der Sowjetunion sprechenden „DDR“ und erläutert die außenpolitischen Ansichten der SPD, die eine Neuinterpretation der Bündnisverträge und allmähliche Aufnahme von Beziehungen zu Polen vorsähen. 1194

19. 06. 1957	Spiegel-Gespräch mit dem britischen Oppositionsführer Gaitskell Gaitskell lehnt eine isolierte Neutralisierung Deutschlands ab. Er erläutert seinen Plan einer neutralen und in der Rüstung begrenzten Zone, die Ungarn, Polen, die Tschechoslowakei und ein durch freie Wahlen wiedervereinigtes Deutschland umfassen soll. Eine neue Initiative zur Wiedervereinigung sei an der Zeit, außerdem habe die Bedeutung der Satelliten für die Sowjetunion abgenommen. Chruschtschows Vorschlag eines Abzugs der russischen und amerikanischen Truppen lehnt er ab. Er betont, sein eigener Plan könne nur als Ganzes, jedoch in bestimmten Stufen durchgeführt werden. Deutschland scheidet zwar aus der NATO aus, aber seine Sicherheit sei, weil ein Sicherheitspakt dazugehöre und die NATO bestehen bleibe, nicht geringer. Er hält seinen Plan nicht für gefährlich. Deutschland müsse wahrscheinlich jedoch auf seine Ostgebiete verzichten. Er betont die hinsichtlich seines Planes bestehende grundsätzliche Übereinstimmung mit der SPD.	1195
20. 06. 1957	Gemeinsame Erklärung der Partei- und Regierungsdelegationen der „DDR“ und der Volksrepublik Polen Die Erklärung betont die Gemeinsamkeit in der Zielsetzung beider Länder. Beide Regierungen unterstützen die sowjetische Abrüstungspolitik, eine „beide deutsche Staaten“ umfassende Zone begrenzter Rüstung und die Forderung nach einem atomwaffenfreien Deutschland. Die Bundesregierung dagegen versperre jeden Weg zu einer friedlichen Wiedervereinigung und zur Abrüstung. Die in mehreren Vereinbarungen zum Ausdruck kommende „enge freundschaftliche Zusammenarbeit“ zwischen der „DDR“ und Polen hebt die Erklärung besonders hervor.	1207
21. 06. 1957	dpa-Meldung über eine Pressekonferenz des Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, in Bonn Ollenhauer befürwortet die Schaffung einer europäischen Inspektionszone und unter der Voraussetzung von Abrüstungsvereinbarungen den Abzug der sowjetischen und amerikanischen Truppen.	1214
22. 06. 1957	Rundfunkansprache des Staatssekretärs Thedieck Thedieck geht kurz auf die in der Sowjetzone fälligen Kommunalwahlen ein und setzt sich dann mit dem sowjetzonalen Verbot der Reisen von Lehrern, Studenten und Oberschülern in die Bundesrepublik auseinander, das er als „geistige und moralische Niederlage“ Ulbrichts wertet.	1215
27. 06. 1957	Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland Die Regierung der Sowjetunion bezeichnet die Note der Bundesregierung vom 22. Mai 1957 hinsichtlich der Frage der atomaren Bewaffnung als ausweichend. Unter Berufung auf die Tatsache, dass die Sowjetunion – zusammen mit den drei Westmächten – dafür verantwortlich sei, dass Deutschland den Frieden nicht bedrohe, erhebt sie den Vorwurf, dass der Bundesregierung an einer Abrüstung nicht gelegen sei und dass sie atomare Bewaffnung anstrebe. Die sowjetische Regierung verweist demgegenüber auf ihre eigenen Abrüstungsvorschläge und -maßnahmen. Sie bedauert die Ablehnung einer Vereinbarung, in Deutschland keine Atomwaffen zu stationieren, durch die Bundesregierung und warnt vor notwendigen Gegenmaßnahmen und der Verwüstung im Falle eines Atomkrieges. Die deutsche NATO-Politik errichte immer neue Hindernisse für die Wiedervereinigung Deutschlands.	1217
28. 06. 1957	Kommentar des „Bulletin“: Die heimliche Gegenfront Die sowjetzonale Kommunalwahl wird analysiert und auf die, wenn auch zahlenmäßig geringen, jedoch bemerkenswerten Gegenstimmen in einigen Gemeinden hingewiesen.	1227
29. 06. 1957	Aus dem Bericht über die internationale Konferenz in Princeton Die Delegierten der Tagung stellen fest, dass die Teilung Deutschlands eine ständige Bedrohung des Friedens bedeute. Deshalb wird ein Vorschlag zur Wiedervereinigung Deutschlands vorgelegt, der Anpassungen und Veränderungen ermöglichen soll. Da Abrüstung und Wiedervereinigung sich gegenseitig bedingen, solle ein Schritt auf dem Gebiet der Abrüstung vorangehen. Folgen könnte ein von den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion garantiertes europäisches Sicherheitssystem, Deutschland, Polen, Ungarn und die Tschechoslowakei umfassend. Bis zum Abschluss sollte die Bundesrepublik in der NATO bleiben. In der Frage des Schicksals der NATO und des Abzugs der amerikanischen Truppen aus Westeuropa bestehen zwischen den Delegierten Meinungsverschiedenheiten, ebenso darüber, ob die Teilung Deutschlands notwendig sei.	1230
30. 06. 1957	Aus der Rede des Bundeskanzlers Adenauer in Dortmund Als wichtigste Frage der Bundestagswahlen 1957 nennt Bundeskanzler Adenauer die Entscheidung für oder gegen die NATO. Die Schwächung der NATO würde den sowjetischen Widerstand gegen eine wirksame Abrüstungsvereinbarung stärken.	1235
30. 06. 1957	Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, auf dem Parteitag der verbotenen KPD 1957 Ulbricht bezeichnet als dringendste Aufgabe die Bildung einer Aktionseinheit mit den westdeutschen Werktätigen, Einflussnahme auf die Führung der SPD und die Niederlage der CDU bei den Bundestagswahlen.	1236
01. 07. 1957	Aus der Gastvorlesung von Professor Brecht an der Universität Heidelberg: Unvollkommene Alternativen Prof. Brecht analysiert die Wiedervereinigungsfrage und kommt zu dem Schluss, die Spaltung werde voraussichtlich von Dauer sein.	1238

02. 07. 1957	Erklärung der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der Vereinigten Staaten, vorgelegt von Außenminister Lloyd im Abrüstungsausschuss der Vereinten Nationen Die Erklärung begrüßt die sowjetische Bereitschaft, Inspektionsposten für die Feststellung nuklearer Versuche zu akzeptieren. Dadurch würden eine Unterbrechung der Versuchsexplosionen und spätere weitere Schritte möglich. Eine Expertengruppe für die Planung der Inspektion wird vorgeschlagen.	1239
03. 07. 1957	Rundfunkansprache des Bundeskanzlers Adenauer Bundeskanzler Adenauer hebt die große Gefahr hervor, die Deutschland auf Grund seiner Lage und seines Potentials im Falle eines Krieges zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion drohe. Nur eine kontrollierte Abrüstung beseitige diese Gefahr; um sie zu erreichen, müsse der Westen fest zusammenstehen. Adenauer weist auf die aggressiven Tendenzen in der Sowjetunion seit 1945 hin. Alle Behauptungen, die Bundesregierung hindere die Abrüstungsverhandlungen und widersetze sich der Inspektion, seien „blanke Erfindungen“.	1241
03. 07. 1957	Erklärung des Politbüros des ZK der SED Die SED begrüßt die Ausschaltung der „partei feindlichen Gruppe der Genossen Malenkow, Kaganowitsch, Molotow“ und die dadurch gewährleistete Durchführung der Beschlüsse des XX. Parteitages der KPdSU, die „von größter Bedeutung“ seien.	1245
05. 07. 1957	Gastvorlesung von Professor Brecht an der Universität Heidelberg: Die Schlüsselfragen Die Frage nach Alternativlösungen beschließt Prof. Brecht mit der Feststellung, der Wissenschaftler könne da keine Entscheidung fällen, es komme auf einen „westlichen Versuch“ an.	1249
06. 07. 1957	Note des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR an die Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau Im Hinblick auf eine allgemeine Verbesserung der Beziehungen zwischen beiden Staaten begrüßt die sowjetische Regierung das Einverständnis der Bundesregierung zu zweiseitigen Verhandlungen in Moskau und ist bereit, kulturelle und technisch-wissenschaftliche Fragen zunächst noch auf diplomatischem Wege zu besprechen. Sie legt den russischen Standpunkt zur Repatriierungsfrage dar, wobei sie betont, dass die Besprechungen nicht von einer Lösung dieses Problems abhängig gemacht werden könnten.	1250
06. 07. 1957	Resolution des 5. Kongresses der Sozialistischen Internationale über die internationale Lage Die Resolution bezeichnet die Wiedervereinigung als europäisches Problem und wesentlichen Beitrag zur Entspannung. Sie erklärt, die Vereinten Nationen dürften nicht geschwächt und Rotchina müsse zu ihnen zugelassen werden.	1255
08. 07. 1957	Aus der Gastvorlesung von Professor Brecht an der Universität Heidelberg: Verhandlungsmöglichkeiten Prof. Brecht gibt am Ende seiner Vorlesungen eine Zusammenfassung seiner Ergebnisse und betont im Gegensatz zu den offiziellen Alternativen die „vernachlässigten Alternativen“.	1256
10. 07. 1957	Verlautbarung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zur Note der UdSSR vom 6. Juli 1957 Die Bundesregierung begrüßt die Aufnahme der Repatriierungsfrage in das Verhandlungsprogramm mit der sowjetischen Regierung und erklärt, ihre Lösung solle keine unerlässliche Vorbedingung darstellen; allerdings müsse auch sie geregelt werden.	1258
10. 07. 1957	Rundfunkansprache des Bundesministers von Brentano Bundesminister von Brentano betont den Willen der Bundesregierung, alle Bemühungen um eine Abrüstungsvereinbarung zu unterstützen. Diese dürften jedoch nicht die deutsche Teilung voraussetzen. Diese Ansicht sei auch der Standpunkt der Westmächte. Ein erster Schritt – befristete Einstellung der Versuchsexplosionen und Luftinspektionen – könne getan werden, damit politische Gespräche möglich würden. Anschließend würdigt von Brentano die Entscheidung des Bundestages für die europäischen Gemeinschaften und geht auf die bevorstehenden deutsch-sowjetischen Verhandlungen ein.	1259
10. 07. 1957	Rundfunkansprache des Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer Ollenhauer erläutert das Ziel der SPD, Gesamtdeutschland mit seinen Nachbarn in einem europäischen Sicherheitssystem zu verbinden und nicht etwa zu neutralisieren. In der Resolution des Kongresses der Sozialistischen Internationale zur Wiedervereinigung sieht er einen Erfolg der SPD. Ollenhauer betont die Unterstützung der Wiedervereinigung durch die sozialistischen Parteien. Zur Besserung der deutsch-russischen Beziehungen fordert er den raschen Beginn der Verhandlungen in Moskau, auch ohne ein formales Junktim zugunsten der Repatriierungsfrage. In der Abrüstungsfrage wirft er dem Bundeskanzler vor, sich den Weg zur Produktion von Atomwaffen offenhalten zu wollen.	1262
16. 07. 1957	Aus der Pressekonferenz des Staatssekretärs Dulles in Washington Staatssekretär Dulles hält es für unmöglich, vor einer genauen Prüfung zu entscheiden, ob Inspektionszonen die Teilung Deutschlands festigen.	1266

16. 07. 1957	Aus dem Kommuniqué über Verhandlungen zwischen Partei- und Regierungsdelegationen der UdSSR und der Tschechoslowakischen Republik Beide Länder erklären sich einig im Bemühen um allgemeine Abrüstung und friedliche Koexistenz und erheben schwere Vorwürfe gegen die Bundesrepublik. Sie bekräftigen ihre Treue zum Warschauer Pakt.	1267
17. 07. 1957	Kommentar des „Bulletin“: Probleme der friedlichen Koexistenz Der Kommentar erläutert in einer kurzen Analyse den Begriff „die friedliche Koexistenz als friedliches Mittel im Kampf gegen die kapitalistische Welt“.	1268
17./18. 07. 1957	Aufsatz von P. Klein: Prager Beratung gegen den deutschen Militarismus Klein bezeichnet den ungebrochenen Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland als akute Gefahr; Beratungen von Wissenschaftlern und Publizisten aus der UdSSR, Polen, der „DDR“ und der Tschechoslowakei sollten dazu beitragen, ihr zu begegnen. Er berichtet über die einzelnen Referate, die in der Bundesrepublik Militarismus, Faschismus, Imperialismus und Revanchismus nachzuweisen versuchen. Eine Änderung könne erst mit der Wiedervereinigung „auf demokratischer Grundlage“ eintreten.	1270
20. 07. 1957	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Premierminister Macmillan Ministerpräsident Bulganin begrüßt die Übereinstimmung bezüglich der notwendigen Verbesserung der englisch-sowjetischen Beziehungen und der Abrüstungsbemühungen. Er fordert erneut ein Abkommen über die Einstellung von Versuchsexplosionen, bedauert die widerspruchsvolle Haltung der englischen Regierung in dieser Frage und bezweifelt ihren Willen, die Abrüstung zu fordern. Bezüglich des Problems der Sicherheit äußert sich Bulganin enttäuscht über die Haltung von Premierminister Macmillan und fordert ein europäisches Sicherheitssystem, das die Bedürfnisse aller Beteiligten berücksichtigt. Die vom Westen angebotenen Garantien seien nutzlos. Die atomare Bewaffnung der NATO, insbesondere der Bundeswehr, verschärfe die Lage. Bulganin schlägt vor, Deutschland atomwaffenfrei zu halten. Im Anschluss an eine kurze Behandlung der Probleme des Nahen und mittleren Ostens kritisiert er das Abgehen der Westmächte von ihrer gemeinsamen Verantwortung dafür, dass Deutschland nie mehr den Frieden bedrohe und leugnet den defensiven Charakter der NATO. Abschließend erörtert er Möglichkeiten besserer Beziehungen zwischen Großbritannien und der Sowjetunion auf wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet.	1274
20. 07. 1957	Aufruf der verbotenen KPD zu den Bundestagswahlen 1957 Unter der Parole „Wer Adenauer wählt, wählt den Atomtod“ legt die verbotene KPD ein Programm vor, das sich vor allem gegen die NATO und für Verständigung mit der „DDR“ ausspricht. Sie fordert die Wähler auf, die SPD zu wählen, obwohl in deren Programm „entscheidende Forderungen“ fehlten.	1285
22. 07. 1957	Ansprache des Staatssekretärs Dulles im amerikanischen Rundfunk und Fernsehen Staatssekretär Dulles erläutert die amerikanische Abrüstungspolitik vor dem Hintergrund der Maßnahmen zur Sicherung von Frieden und Freiheit. Er geht davon aus, dass Versprechungen hinsichtlich der Abschaffung der Atomwaffen nutzlos und die Streitkräfte und die militärische Stärke schwer vergleichbar seien. Möglich sei dagegen: Luftüberwachung und Bodenkontrolle gegen Überraschungsangriffe, Kontrolle des zukünftig produzierten spaltbaren Materials, Feststellung von größeren Atomversuchen, Begrenzung der Rüstung und der Streitkräfte. Deshalb schlägt Staatssekretär Dulles Inspektionszonen verschiedenen Umfangs vor, ferner Verzicht auf die Herstellung spaltbaren Materials für militärische Zwecke, Umwandlung der Atomwaffen für friedliche Verwendung, vorübergehende Einstellung der Atomversuche, die nicht isoliert behandelt werden können, erste Schritte zur Begrenzung der Rüstung und der Streitkräfte und die Verwendung von Raketen nur für friedliche Zwecke. Er betont die bis zu einer wirksamen Abrüstungsvereinbarung erforderliche Stärkung der Verteidigungskraft und weist darauf hin, dass um der Menschheit willen die Kriegsgefahr unter Kontrolle gebracht werden müsse.	1288
23. 07. 1957	Kommuniqué über den Beginn der deutsch-sowjetischen Verhandlungen Das Kommuniqué gibt Themen und Verfahrensweise der Verhandlungen bekannt.	1296
27. 07. 1957	Rundfunkansprache des Staatssekretärs Thedieck Staatssekretär Thedieck geht auf die Versuche zur Beeinflussung der Bundestagswahlen durch die SED, insbesondere mit Hilfe politisch zuverlässiger Studenten und Jugendfunktionäre, die aus diesem Grunde trotz Reiseverbot in die Bundesrepublik fahren dürften, ein.	1296
27. 07. 1957	Erklärung der Regierung der „DDR“ Aus Anlass der bevorstehenden Bundestagswahl warnt die Regierung der „DDR“ vor den Folgen der Politik des „wiedererstandenen deutschen Militärstaates“, der den Frieden bedrohe und sowohl Wiedervereinigung als auch Abrüstung verhindere. Sie hebt die Entwicklung in der „DDR“ als Beispiel einer deutschen Politik hervor. Eine „mechanische“ Zusammenfügung der „beiden Staaten“ durch gesamtdeutsche Wahlen sei unmöglich. Eine Konföderation auf der Grundlage des Verbots der Lagerung und Herstellung von Atomwaffen, des Austritts aus den Bündnissen und des Abzugs fremder Truppen aus Deutschland sei erforderlich.	1299

„BERLINER ERKLÄRUNG“

29. 07. 1957 Erklärung Frankreichs, Großbritanniens, der Vereinigten Staaten und der Bundesrepublik Deutschland zur Wiedervereinigung  
Unter Charakterisierung der deutschen Teilung als Hindernis einer Verständigung über einen gerechten und dauerhaften Frieden legen die Westmächte – auf Grund ihrer Verantwortung für die Wiedervereinigung – und die Bundesregierung – als einige dazu legitimierte Regierung – ihre Grundsätze zur Politik der Wiedervereinigung und der Sicherheit vor. Sie betonen vor allem Freiheit und Selbstbestimmung der Völker, die Wiedervereinigung und ihre Bedeutung für eine europäische Friedensordnung und die Bereitschaft zu Sicherheitsvereinbarungen. Das würde ein umfassendes Abrüstungsabkommen erleichtern, wie andererseits eine Teilabrüstung, mit der die betroffenen europäischen Staaten einverstanden sein müssten, die Lösung politischer Fragen erleichtere. Abschließend machen die vier Regierungen in diesem Sinne der Sowjetunion ein umfassendes Verhandlungsangebot. 1304
29. 07. 1957 Ansprache des Bundesministers von Brentano bei der Unterzeichnung der „Berliner Erklärung“  
Bundesminister von Brentano charakterisiert die Vier-Mächte-Erklärung als Vorarbeit zu einer Viererkonferenz und erklärt, es handle sich nicht um einen neuen Plan, sondern um eine neue Zusammenfassung der Grundsätze „für die gemeinsame Politik“. Er bedauert, dass die Sowjetunion diese Grundsätze bisher nicht anerkannt habe und sich ihrer Verpflichtung zur Wiedervereinigung entziehe, und appelliert an sie, dem deutschen Volk die freie Entscheidung über seine Ordnung zu ermöglichen. 1308
29. 07. 1957 Ansprache des Botschafters Frankreichs in Bonn, Couve de Murville, bei der Unterzeichnung der „Berliner Erklärung“  
Couve de Murville betont den Willen zu einer „normalen Regelung“, – zur Wiedervereinigung Deutschlands auf Grund freier Wahlen. Die Vier-Mächte-Erklärung wolle nicht provozieren, sondern überzeugen. 1312
29. 07. 1957 Ansprache des Botschafters Großbritanniens in Bonn, Sir Christopher Steel, bei der Unterzeichnung der „Berliner Erklärung“  
Die Ungerechtigkeit der deutschen Spaltung und die Unsicherheit, die von ihr ausgeht, bezeichnet Sir Christopher Steel als den Antrieb Großbritanniens, für die Wiedervereinigung einzutreten. Die Forderung nach freien Wahlen bestehe weiterhin. Auf beiden Seiten sei Verständigungsbereitschaft nötig. 1313
29. 07. 1957 Ansprache des Botschafters der Vereinigten Staaten in Bonn, Bruce, bei der Unterzeichnung der „Berliner Erklärung“  
Botschafter Bruce fasst die Gründe für die Vier-Mächte-Erklärung kurz zusammen, weist auf den Unterschied zu den sowjetischen Plänen hin und betont, ernsthafte Verhandlungen seien nur unter den vier Großmächten möglich. 1314
29. 07. 1957 Bericht über die Pressekonferenz des Bundesministers von Brentano in Berlin  
Hauptthemen der Pressekonferenz unter Beteiligung sowjetzonaler Journalisten sind die Vier-Mächte-Erklärung und das Verhältnis zwischen der Bundesrepublik und der „DDR“. 1315
29. 07. 1957 Stellungnahme der SPD zur „Berliner Erklärung“  
Die SPD nennt die „Berliner Erklärung“ der Westmächte und der Bundesregierung „ungenügend und ideenlos“. Man weiche der Frage des militärischen Status Gesamtdeutschlands aus. Das Dokument sei eine Bestätigung der Blockpolitik. 1316
29. 07. 1957 Aus der Gemeinsamen Erklärung des ZK der SED und des ZK der KPÖ  
Die Bundesrepublik Deutschland wird als Hauptgefahr für Frieden und Sicherheit in Europa bezeichnet. Beide Parteien protestieren gegen den Vertrag über die Rückgabe deutschen Eigentums und fordern die Herstellung diplomatischer Beziehungen zwischen der „DDR“ und Österreich. 1317
30. 07. 1957 Stellungnahme des Vorsitzenden der FDP, Maier, zur „Berliner Erklärung“  
Maier nennt die „Berliner Erklärung“ eine „Wahlvorstellung und Propagandaschau“ mit dem einzigen Ziel der gesamtdeutschen NATO-Mitgliedschaft. 1319
31. 07. 1957 Aus der Erklärung des Ministerialdirektors von Eckardt auf der Bundespressekonferenz  
Die Pressekonferenz beschäftigt sich mit der Unterbrechung der deutsch-russischen Verhandlungen und der Rückkehr Botschafter Lahrs wegen des Gegensatzes in der Repatriierungsfrage. 1320
31. 07. 1957 Erklärung des Außenministers Gromyko zu den deutsch-sowjetischen Verhandlungen  
Außenminister Gromyko erklärt, die deutsche Delegation rücke die Repatriierung künstlich in den Vordergrund. Er erläutert noch einmal die sowjetische Einstellung und betont, es gebe in der Sowjetunion keine deutschen Bürger mehr. Der Handel und die kulturellen Beziehungen sollten verbessert werden. 1322
- 07./08. 1957 Aus dem Aufsatz des Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer: Zur Verantwortung bereit  
Ollenhauer wirft dem Bundeskanzler vor, er habe die Erfordernisse der Wiedervereinigungspolitik nicht mit den Sicherheitsvorstellungen der Westmächte in Einklang bringen können. Die Massenvernichtungsmittel führten die Großmächte zur Entspannung, deshalb müsse die Bundesrepublik für eine kontrollierte Abrüstung eintreten und Deutschland frei von Atomwaffen halten. Wahre Sicherheit sei nur durch die Wiedervereinigung und ein europäisches Sicherheitssystem zu erreichen, das sei die entscheidende Forderung der SPD. 1324

01. 08. 1957	<p>Aufsatz des Mitglieds des ZK der verbotenen KPD, Friedrich: Das Wahlprogramm der SPD und der Kampf für eine Wende der Politik in Westdeutschland Friedrich fordert von den Wählern den Sturz der „Adenauer-Partei“. Es geht „um die Wiederherstellung der demokratischen Rechte und Freiheiten in der Bundesrepublik“. Das Programm der SPD werde der Aufgabe, eine Wende der Politik herbeizuführen, nur teilweise gerecht. Entscheidend sei eine breite Volksbewegung gegen Atomkrieg und Militarismus. In der Untersuchung des Programms der SPD lehnt Friedrich die These der Einheit von Wiedervereinigung, Abrüstung und politischer Entspannung ab, die Wiedervereinigung könne „nur durch Annäherung der beiden deutschen Staaten“ zustande kommen. Er bemängelt außerdem, dass die SPD sich nicht entschieden gegen „die ökonomische und politische Macht des Großkapitals“ wende und alle Forderungen der Arbeiterbewegung preisgebe. Nur einheitliches Handeln der Arbeiterklasse könne die grundlegende politische Wende herbeiführen. Friedrich verlangt die Aufhebung des KPD-Verbots und fasst die Forderungen der KPD noch einmal zusammen.</p>	1327
02. 08. 1957	<p>Abkommen zwischen der Regierung der „DDR“ und der Regierung der UdSSR über gegenseitige Rechtshilfe in Angelegenheiten, die mit der zeitweiligen Stationierung sowjetischer Streitkräfte auf dem Territorium der „DDR“ zusammenhängen In einem 27 Artikel umfassenden Abkommen vereinbaren beide Partner weitgehende gegenseitige Rechtshilfe für ihre Justiz-, Polizei- und Verwaltungsorgane. Letzte Instanz in strittigen Fällen ist die Gemischte deutsch-sowjetische Kommission. Das Abkommen bleibt so lange in Kraft, wie das Stationierungsabkommen gilt; Änderungen sind in gegenseitigem Einverständnis möglich.</p>	1343
02. 08. 1957	<p>Artikel von A. Bevan: Eine westliche Verschwörung zugunsten Adenauers Bevan setzt sich in sehr scharfer Form mit der deutschen Politik und der „Berliner Erklärung“ auseinander, die er als bloße Wahlbeeinflussung zugunsten Bundeskanzler Adenauers bezeichnet. Russland werde als Schreckgespenst benutzt. Die „Sehnsucht nach vergangener Größe“ und der „Drang nach künftigen Glanz“ werde gefährlich, wenn die Bundesrepublik Deutschland gerüstet sei. Die Wiedervereinigung dürfe nicht mit der Abrüstungsfrage verbunden werden. Nicht die Neutralisierung Deutschlands, sondern ein Disengagement der Großmächte in Europa sei anzustreben.</p>	1349
02. 08. 1957	<p>Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR zur „Berliner Erklärung“ Das sowjetische Außenministerium stellt fest, das Ziel der „Berliner Erklärung“ sei die Sabotierung der Abrüstungsverhandlungen durch Verknüpfung der Abrüstungsfrage mit der Wiedervereinigung. Nicht die deutsche Frage bilde den Hauptgrund für die bestehenden Spannungen, sondern die Politik des Kalten Krieges und das Wettrüsten. Den Westmächten wird vorgeworfen, sie wollten ein „militärisches vereinigt Deutschland“ in die NATO einbeziehen und die „Herrschaft der Monopole“ sichern. Im Gegensatz dazu weist das Ministerium auf die Verantwortung der vier Mächte hin, keine Bedrohung des Friedens durch Deutschland zuzulassen; andererseits brauche die Sowjetunion keine Sicherheitsgarantien. Die Wiedervereinigung sei Sache der Deutschen selbst. Die Westmächte hätten eine Situation geschaffen, die freie Wahlen unmöglich mache. Sie hätten auch Deutschland in die Spaltung getrieben. Abschließend verweist die Erklärung noch einmal auf die Errichtung einer deutschen Konföderation.</p>	1351
02. 08. 1957	<p>Inspektionsplan der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der Vereinigten Staaten, vorgelegt von Staatssekretär Dulles im Abrüstungsunterausschuss der Vereinten Nationen Der Plan enthält den Vorschlag einer Inspektionszone zur Sicherung gegen Überraschungsangriffe, die Nordamerika und die Sowjetunion oder, falls die Sowjetunion das wünsche, nur eine arktische Zone umfassen solle, dazu vorbehaltlich der Zustimmung der Beteiligten eine Inspektionszone in Europa, ebenfalls mit einer kleineren Variante. Zur Durchführung sind Luftinspektionen und Bodenkontrollposten, zur Vorbereitung Prüfungen durch Sachverständige vorgesehen.</p>	1362
03. 08. 1957	<p>Interview des Bundeskanzlers Adenauer für den Saarländischen Rundfunk Bundeskanzler Adenauer äußert sich zufrieden über den Inspektionsplan der Westmächte. Die Gefahr einer „verkappten Neutralisierung“ Deutschlands bestehe nicht. Mit der Durchführung des Inspektionsplanes lasse sich auch die Frage der Atomwaffen lösen.</p>	1364
03. 08. 1957	<p>Erklärung der Regierung der Volksrepublik Polen Die polnische Regierung legt die „Berliner Erklärung“ als Versuch der Westmächte aus, ganz Deutschland in die NATO zu bringen; dadurch werde Polen bedroht. Eine „mechanische“ Wiedervereinigung wird unter Hinweis auf die unterschiedliche Gesellschaftsentwicklung abgelehnt. Nur die „DDR“ verfolge eine Friedenspolitik, die über Entspannung, Abrüstung und kollektive Sicherheit zur Wiedervereinigung führe. Die Oder-Neiße-Linie jedoch sei die festliegende deutsch-polnische Grenze.</p>	1366
04. 08. 1957	<p>Aus dem Bericht über die Rede des Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, in Bad Berneck Ollenhauer wendet sich gegen Einmischung in den Wahlkampf, gegen die „Politik der Stärke“ und gegen die Aufrüstung.</p>	1367

05. 08. 1957    Kommentar des „Sozialdemokratischen Pressedienstes“ zum Besuch Chruschtschows in Berlin  
Die SPD mahnt Chruschtschow, nicht nur Reden zu halten, sondern neue Vorschläge zur Wiedervereinigung zu machen und nicht beide Teile Deutschlands gegeneinander auszuspielen. Die Freiheit, die Grundlage aller Demokratie, dürfe nicht misshandelt werden. 1368
- VERHANDLUNGEN ZWISCHEN PARTEI- UND REGIERUNGSDELEGATIONEN DER „DDR“ UND DER UDSSR  
IN BERLIN
08. 08. 1957    Regierungserklärung, abgegeben von Ministerpräsident Grotewohl vor der Volkskammer der „DDR“  
Grotewohl weist auf die Notwendigkeit hin, auf Grund der „Verantwortung vor der deutschen Nation“ zu einem Fortschritt in der Frage der Wiedervereinigung zu kommen. Das Potsdamer Abkommen habe den Weg zu einem friedlichen und demokratischen Staat gewiesen. Er geht auf die Stellung der „DDR“ ein, die diesen Weg gegangen sei. Er fordert den Abzug fremder Truppen aus Deutschland und die Auflösung ihrer Militärstützpunkte, außerdem einen Friedensvertrag, eine Zone verdrünter Rüstung, kollektive Sicherheit und den Verzicht auf Atomwaffen in Deutschland. Freie Wahlen seien auf Grund der unterschiedlichen „politischen und ökonomischen Struktur“ nicht mehr möglich; eine „Niederstimmung“ der „DDR“ komme nicht in Frage; nur der Weg über die Konföderation sei gangbar. Verbot von Atomwaffen auf deutschem Boden, Ausscheiden aus den Bündnissen, Verzicht auf die Wehrpflicht und Forderung nach Abzug der fremden Truppen müssten am Anfang der Verständigung stehen. 1370
08. 08. 1957    Erklärung des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, vor der Volkskammer der „DDR“  
Chruschtschow betont den Wert der Freundschaft zwischen dem deutschen und dem russischen Volk, vor allem im Hinblick auf einen dauerhaften Frieden. Die „DDR“ wird als erster „friedliebender demokratischer Staat“ der deutschen Geschichte charakterisiert und die Geschlossenheit und Kraft der „sozialistischen Staaten“ betont. Besonders wichtig wegen der Nachbarschaft der kapitalistischen Welt sei der Kampf um den Aufbau des Sozialismus in der „DDR“ und der Widerstand gegen den Revisionismus in der SED. Chruschtschow bekräftigt das deutsche Recht auf Wiedervereinigung und erklärt, den Kern des Problems bilde die Frage nach der künftigen Entwicklung Gesamtdeutschlands. Er stellt einer humanistisch-demokratischen Linie in der deutschen Geschichte eine andere der Klasseninteressen und des Militarismus entgegen. Diesen Traditionen entsprächen die „DDR“ und die Bundesrepublik Deutschland. Deshalb komme nur die Wiedervereinigung in einem „friedliebenden demokratischen Staat“ in Frage. Den Vertretern einer Politik der Militarisation und der Vorbereitung eines Atomkrieges droht er mit der Vernichtung. Die Vier-Mächte-Verpflichtung zur Wiedervereinigung besteht nach Chruschtschows Auffassung darin, den Deutschen bei einer Verständigung mit dem Ziel eines Staatenbundes zu helfen. Er polemisiert gegen die Politik Adenauers, gegen den Inhalt der „Berliner Erklärung“ und gegen freie Wahlen und schlägt erneut einen Abzug der sowjetischen Truppen aus Deutschland, Polen, Ungarn und Rumänien und der NATO-Truppen aus Westeuropa und Großbritannien vor. Außerdem müssten die Probleme der Abrüstung und der Wiedervereinigung Deutschlands getrennt werden. Der Westen wolle beiden Fragen ausweichen. Gegenüber der Haltung des „aggressiven Nordatlantikblocks“ betont Chruschtschow die Notwendigkeit einer Politik der friedlichen Koexistenz und des sozialistischen Aufbaus; die Sowjetunion und ihre Verbündeten würden jedoch die „DDR“ und ihre „demokratischen Errungenschaften“ verteidigen. 1381
08. 08. 1957    Erklärung des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, vor der Volkskammer der „DDR“  
Ulbricht betont die Bedeutung des Verbots der Atomwaffen und eines Abrüstungsabkommens für Deutschland und weist auf die Stabilität der „DDR“ hin. In Deutschland habe sich „ein großer Kampf um die Sicherung des Friedens und die nationale Wiedergeburt“ entwickelt. Ulbricht warnt vor einer neuen Kriegskatastrophe; auch Hitler habe zunächst erklärt, er wolle seine Ziele ohne Gewalt verwirklichen. Er warnt ferner vor jedem Versuch, das Kräfteverhältnis in Europa zu ändern und verweist auf den Weg der „Annäherung der beiden deutschen Staaten“ und die Konföderation. Dabei beruft er sich auf das Potsdamer Abkommen und fordert die Vereinigten Staaten von Amerika und Großbritannien auf, die westdeutsche Bevölkerung über ihre innere Ordnung frei entscheiden zu lassen und den Austritt aus der NATO zu gestatten. Der deutsche Militarismus müsse verschwinden und über die Aktionseinheit der Arbeiterklasse die Wiedervereinigung erreicht werden. Von einer SPD-Regierung fordert er Entfernung von Atomwaffen, Abschaffung der Wehrpflicht, „Herstellung normaler Beziehungen mit allen Staaten“, Verhandlungen mit der „DDR“ über eine Konföderation und erklärt: „Die friedliche und demokratische Entwicklung Deutschlands ist völlig in Einklang zu bringen mit der weiteren Entwicklung des Sozialismus in der Deutschen Demokratischen Republik“. 1405

08. 08. 1957	Beschluss der Volkskammer der „DDR“ Die Volkskammer der „DDR“ billigt die Regierungserklärung und fordert die Bundesrepublik auf, der Bildung eines Staatenbundes zuzustimmen; die Bevölkerung solle mit ihrer Wahlentscheidung eine Bundesregierung ermöglichen, welche die Hindernisse der Wiedervereinigung beseitige.	1417
09. 08. 1957	Aus der Erklärung des Präsidenten der Länderkammer der „DDR“, Bach Die Länderkammer der „DDR“ appelliert an den Bundesrat, den Vorschlag einer deutschen Konföderation sorgfältig zu prüfen.	1417
09. 08. 1957	Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, in Leipzig Chruschtschow hebt die Bedeutung der SED für den Aufbau des Sozialismus hervor und bezeichnet die „DDR“ als „Vorposten der sozialistischen Völkergemeinschaft“. Der Sozialismus wolle den Frieden, die Behauptungen einer Bedrohung aus dem Osten seien Erfindungen der „westdeutschen Militaristen“. Sie verhinderten auch ein einheitliches, friedliebendes Deutschland und dürften nicht wieder über Deutschland bestimmen. Abschließend fordert Chruschtschow zu Herstellung der Aktionseinheit der Arbeiterklasse auf.	1418
09. 08. 1957	Aus dem Zweiten Tätigkeitsbericht 1954/56 des Forschungsbeirates für Fragen der Wiedervereinigung Deutschlands Der Bericht vermittelt einen Überblick über Zusammensetzung, Arbeitsweise und Aufgabenbereich des Forschungsbeirates, außerdem über die Ergebnisse seiner Arbeit im Hinblick auf die Erforschung der Lage der einzelnen Wirtschaftszweige der „DDR“ und die Aufstellung eines Sofortprogramms von Maßnahmen im Falle der Wiedervereinigung.	1423
09. 08. 1957	Bericht über eine Pressekonferenz des Bundesministers von Brentano in München Dem Bericht zufolge äußerte sich Bundesminister von Brentano zur Rückkehr Botschafter Lahrs nach Moskau, zur letzten Rede Chruschtschows, die nichts Neues enthalte, zur Prüfung der Aufnahme von Beziehungen zu Polen, zur Notwendigkeit der NATO und zum Vorschlag eines Europaministeriums.	1433
09. 08. 1957	Artikel der Zeitung „Vorwärts“: Worauf warten die Staatsmänner? Trotz der brutalen Niederwerfung des ungarischen Aufstands, so wird in dem Artikel ausgeführt, setze die Sowjetunion ihre Welteroberungspläne mit Hilfe der Politik der friedlichen Koexistenz fort. Die einhellige Reaktion auf die Berliner Erklärung beweise, dass der sowjetische Prestigeverlust im Ostblock fast ausgeglichen sei, während der Westen auf seiner alten Einstellung beharre. Nur der Wille zur Bereinigung der politischen Streitfragen könne fruchtbare Ergebnisse bringen.	1434
10. 08. 1957	Aus dem Vortrag des Staatssekretärs Thedieck vor dem internationalen Diplomaten-Seminar in Salzburg Staatssekretär Thedieck warnt davor, auf Grund der sowjetischen Koexistenzpolitik die deutsche Frage als Hindernis der internationalen Entspannung erscheinen zu lassen. Die Alternative der Sowjetunion laute, eine ihren Plänen entsprechende Wiedervereinigung Deutschlands oder der Status quo. Der Übertragung der Zuständigkeit für Wiedervereinigungsverhandlungen an die „DDR“ stehe die Verantwortung der vier Siegermächte entgegen. Thedieck geht auf die Bemühungen des Westens, dem sowjetischen Sicherheitsbedürfnis im Falle der Wiedervereinigung zu entsprechen, und auf die widersprüchliche Haltung der Sowjetunion in dieser Frage ein. Er betont, dass eine Abrüstungsvereinbarung nur zusammen mit der Wiedervereinigung Deutschlands sinnvoll sei. Nur Festigkeit und Geschlossenheit des Westens brächten die Sowjetunion dazu, in die Wiedervereinigung einzuwilligen und den osteuropäischen Staaten die Freiheit zu geben.	1437
12. 08. 1957	Note der Botschaft der Bundesrepublik Deutschland in Moskau an das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten der UdSSR Die Bundesregierung weist darauf hin, dass die Sowjetunion bisher anerkannt habe, dass hinsichtlich der Repatriierung noch Probleme bestünden. Der Bundesregierung gehe es nur um die menschliche Frage, nicht um eine Prestigeangelegenheit. Die Ausführungen Außenminister Gromykos vom 31. Juli 1957 zur Repatriierung werden zurückgewiesen, jedoch wird die Bereitschaft betont, die gegenseitigen Beziehungen zu verbessern und die Verhandlungen zu einem befriedigenden Ergebnis zu bringen.	1442
13. 08. 1957	Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, auf einer Kundgebung in Berlin Chruschtschow bezeichnet Wachstum und Festigung der „DDR“ als Ereignis von welthistorischer Bedeutung und hebt die Übereinstimmung und Solidarität mit der Sowjetunion hervor. Das sowjetische Volk habe das deutsche Volk nie mit dem Hitlerfaschismus gleichgesetzt. Entgegen westlicher Propaganda seien die Beziehungen jetzt von herzlicher Freundschaft getragen. Die Sowjetunion wünsche die Wiedervereinigung in einem friedlichen demokratischen Staat; der einzige reale Weg dorthin führe über die „Verständigung zwischen den beiden deutschen Staaten“. Er richtet heftige Angriffe gegen Bundeskanzler Adenauer und dessen Politik und wirft diesem vor, in der Repatriierungsfrage schonungslos mit menschlichen Gefühlen zu spielen. Die Bevölkerung Westdeutschlands solle keine Vertreter der Politik und der Stärke des Kalten Krieges in den Bundestag wählen. Angesichts der Aufrüstung der Westmächte und ihrer Angriffsabsichten müssten die „Länder des sozialistischen Lagers“ ihre Solidarität und ihre Verteidigungskraft stärken.	1445

13. 08. 1957	Gemeinsame Erklärung der Partei- und Regierungsdelegationen der „DDR“ und der UdSSR Nach einer Bekräftigung der völligen Übereinstimmung betonen beide Partner in der Gemeinsamen Erklärung ihre Entschlossenheit, für eine allgemeine Abrüstung und die Einstellung der Atomversuchs-Explosionen zu kämpfen. Sie verurteilen die Haltung der Westmächte, welche die Abrüstungsverhandlungen zur Verschleierung ihrer Aufrüstung benutzten. Besonders die Bundesregierung beschwöre durch die Vorbereitung der atomaren Aufrüstung eine tödliche Gefahr herauf. Der Vorschlag eines Abkommens über den Verzicht „beider deutscher Staaten“ auf Atomwaffen wird erneuert, die Verbindung von Abrüstung und Wiedervereinigung abgelehnt. Ein Verbot von Atomwaffen in Deutschland, Ausscheiden beider Teile Deutschlands aus den Bündnissen, Abschaffung der Wehrpflicht und der Abzug fremder Truppen müssten vereinbart werden; das sei die Grundlage für eine Konföderation, den einzigen Weg zur Wiedervereinigung. Das Haupthindernis bilde dabei die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland. Die unverbrüchliche Freundschaft mit der Sowjetunion sei für die „DDR“ die Voraussetzung zur Lösung der deutschen Frage. Beide Partner betonen die Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen und legen sie an Hand von Verträgen und Abkommen dar. Sie heben die Festigung der Stellung der SED und ihre Solidarität mit der KPdSU und die Festigung und den Zusammenhalt des Ostblocks hervor.	1459
14. 08. 1957	Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, in Moskau Chruschtschow äußert sich sehr befriedigt über seinen Besuch in der „DDR“. Die Freundschaft zwischen dem sowjetischen und dem deutschen Volk sei der Schlüssel für Frieden und Sicherheit in Europa. Er würdigt die Entwicklung in der „DDR“, hebt die erzieherische Arbeit der SED hervor und erklärt, die Sowjetunion unterstütze das Wiedervereinigungsprogramm der „DDR“.	1481
15. 08. 1957	Kommentar der Zeitung „Prawda“ zum Repatriierungsproblem Die „Prawda“ schreibt, die Bundesregierung wolle das Pseudoproblem der Repatriierung aus wahltaktischen Gründen zum zentralen Thema der deutsch-russischen Verhandlungen machen. Sie zitiert Sowjetbürger deutscher Abstammung, die sich gegen die Repatriierung verwahren. Der Bundesregierung wird vorgeworfen, sie wolle Hitlers Gesetze wiederbeleben.	1484
15. 08. 1957	Aufsatz von W. Mamontow: Staatenbund als Weg zur Wiedervereinigung Mamontow ist der Ansicht, bis zum Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO sei die Wiedervereinigung durch gesamtdeutsche Wahlen möglich gewesen. Da es inzwischen „zwei souveräne Staaten“ gebe, sei die allmähliche Wiedervereinigung ihre Sache; jetzt sei eine Konföderation das Beste. Mamontow zitiert den Wiedervereinigungsvorschlag der Regierung der „DDR“ vom 27. Juli 1957. Der Vorteil der Konföderation sei, dass sie die innere Ordnung nicht berühre. Er setzt sich außerdem mit der Berliner Erklärung auseinander; sie beabsichtige nur, ganz Deutschland in die NATO zu bringen und enthalte unannehmbare Bedingungen für die Wiedervereinigung, um die Militarisierung zu vollenden. Mamontow betont abschließend, die Sowjetunion stehe fest zur „DDR“.	1488
16. 08. 1957	Aus der Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl in Dresden Grotewohl behauptet, dass auch in der Bundesrepublik die Selbstgestaltung der politischen Verhältnisse durch die Volksmassen unumgänglich sei. Er geht auf die Unterschiede der Wahlsysteme ein und hebt die Wahlen in der „DDR“ als „Ausdruck der Vertiefung der Volksmacht“ hervor; im Westen dienten sie nur dem „Schutz der Macht des Monopolkapitals“. Freie gesamtdeutsche Wahlen seien folglich nicht möglich; stattdessen wiederholt Grotewohl die Wiedervereinigungsvorschläge aus der Regierungserklärung vom 27. Juli 1957.	1495
17. 08. 1957	Rundfunkansprache des Staatssekretärs Thedieck Staatssekretär Thedieck äußert sich zum Besuch Chruschtschows in Ost-Berlin und stellt fest, in der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands hätten sich keine neuen Gesichtspunkte ergeben. Der Versuch, den Wahlkampf zu beeinflussen, sei fehlgeschlagen. Thedieck entkräftet die in der Gemeinsamen Erklärung der „DDR“ und der Sowjetunion vom 13. August 1957 gegen die Bundesrepublik erhobenen Vorwürfe und weist auf die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in der Sowjetunion hin.	1500
22. 08. 1957	Aus dem Bericht über die Erklärung des Außenministers David vor dem Außenpolitischen Ausschuss der Tschechoslowakischen Nationalversammlung Der Bericht geht auf die Äußerungen des Außenministers David zur deutschen Frage ein. David betont das Bestehen zweier souveräner deutscher Staaten und setzt sich mit der Berliner Erklärung auseinander. Er geht auf die Unterschiede zwischen beiden Teilen Deutschlands ein und erklärt, die Wiedervereinigung dürfe nicht auf Rechnung der „DDR“ gehen. Die Bedingungen für gesamtdeutsche Wahlen seien in der Bundesrepublik Deutschland nicht gegeben. David begrüßt die sowjetzonalen Vorschläge vom 27. Juli 1957 und wirft den Westmächten vor, sie kämen ihrer Verantwortung für ein friedliches Deutschland ohne Militarismus und Revanchismus nicht nach. Er betont abschließend die Einheit des „sozialistischen Lagers“.	1502
22. 08. 1957	Entschließung des Außenpolitischen Ausschusses der Tschechoslowakischen Nationalversammlung Der Ausschuss stimmt mit der Erklärung Außenminister Gromykos überein und begrüßt die Wiedervereinigungsvorschläge der „DDR“.	1507

23. 08. 1957	Aus dem Kommuniqué über Verhandlungen zwischen Regierungsdelegationen der „DDR“ und der Mongolischen Volksrepublik Das Kommuniqué führt aus, dass die mongolische Regierungsdelegation die Wiedervereinigungsvorschläge der „DDR“ unterstützt und mit der Gemeinsamen Erklärung der „DDR“ und der Sowjetunion vom 13. August 1957 übereinstimmt.	1508
23. 08. 1957	Mitteilung der Zeitung „Iswestija“ zu den Verhandlungen zwischen den Delegationen der Bundesrepublik Deutschland und der UdSSR In der Mitteilung wird das „erfundene Problem“ der Repatriierung als erledigt betrachtet und die Verantwortung für den Fortgang der Verhandlungen der Bundesrepublik Deutschland zugeschoben.	1508
26. 08. 1957	Schreiben des Botschafters Lahr an den Stellvertretenden Außenminister Semjonow Botschafter Lahr weist die einseitige Absetzung der Repatriierungsfrage durch die sowjetische Delegation zurück und schlägt ihr vor, ihren Standpunkt zu überprüfen und bis dahin die Verhandlungen zu unterbrechen.	1509
26. 08. 1957	Meldung der Nachrichtenagentur TASS TASS gibt Atomversuchsexplosionen und die erfolgreiche Erprobung einer sowjetischen Fernrakete bekannt; sie begründet sie mit dem Sicherheitsbedürfnis der Sowjetunion und der Weigerung der Westmächte, auf sowjetische Abrüstungsvorschläge einzugehen.	1511
27. 08. 1957	Erklärung zur Abrüstungsfrage, abgegeben von dem Vertreter der UdSSR im Abrüstungsunterausschuss der Vereinten Nationen Die Sowjetunion beschuldigt die Westmächte, die Abrüstungsverhandlungen im Abrüstungsunterausschuss der UNO ergebnislos zu gestalten und währenddessen vor allem atomar aufzurüsten. Der bisherige Verlauf der Verhandlungen und die Vorschläge beider Seiten werden erörtert. Die Sowjetunion tritt mit Nachdruck für die Einstellung der Versuchsexplosionen und einen Verzicht auf die Anwendung von Atomwaffen ein und nimmt gegen die amerikanischen Militärstützpunkte in fremden Ländern und die Ausrüstung der NATO-Staaten mit Atomwaffen Stellung. Diese Staaten würden damit einem großen Risiko ausgesetzt. Die Verbindung einer weitergehenden Abrüstung mit der Lösung der deutschen Frage führe dazu, dass beide Probleme ungelöst blieben. Auch der westliche Vorschlag über Luftinspektionen vom 2. August 1957 wird als unrealistisch abgelehnt. Wichtig seien Entspannungsmaßnahmen und der Ausbau wirtschaftlicher und kultureller Beziehungen, um das Misstrauen zu beseitigen. Es wird kritisiert, dass die Westmächte sich weigerten, blockfreie Staaten bei den Abrüstungsverhandlungen zuzulassen, und auf Geheimhaltung der Verhandlungen bestünden. Die Sowjetunion fordert demgegenüber eine offene UN-Debatte über Abrüstungsfragen und betont die Bedeutung eines ersten Schrittes.	1512
29. 08. 1957	Aus der Erklärung des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier anlässlich der Schlussitzung des 2. Deutschen Bundestages Bundespräsident Gerstenmaier betont die Arbeit des Deutschen Bundestages als Treuhänder ganz Deutschlands; die Wiedervereinigung sei das wichtigste Ziel.	1526
29. 08. 1957	Abrüstungsvorschlag der Regierungen Frankreichs, Großbritanniens, Kanadas und der Vereinigten Staaten, vorgelegt im Abrüstungsunterausschuss der Vereinten Nationen Der Vorschlag sieht zunächst eine Begrenzung der Rüstungen und eine Reduzierung der Streitkräfte auf je 2,5 Millionen Mann für die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika und je 750 000 Mann für Frankreich und Großbritannien vor. Eine weitere Begrenzung solle erfolgen, wenn die Ergebnisse der ersten Maßnahmen zufriedenstellend waren und Fortschritte in der Lösung politischer Fragen erzielt wurden. Außerdem wird vorgeschlagen, die Militärausgaben zu reduzieren, Atomwaffen nur im Falle der Selbstverteidigung anzuwenden, spaltbares Material zu kontrollieren, für ein Jahr, unter bestimmten Voraussetzungen auch länger, auf Kernwaffenversuchsexplosionen zu verzichten, die Entsendung von Raumflugkörpern zu kontrollieren, Sicherheiten gegen einen Überraschungsangriff zu schaffen und eine internationale Kontrollorganisation zu errichten.	1527
30. 08. 1957	Aus dem Schreiben des Premierministers Macmillan an Ministerpräsident Bulganin Premierminister Macmillan weist in seiner Antwort auf Ministerpräsident Bulganins Schreiben vom 20. Juli 1957, auf die letzten westlichen Abrüstungsvorschläge und zur Frage der Sicherheit und der Wiedervereinigung auf die Berliner Erklärung hin. Verpflichtungen, Aggressoren die Unterstützung zu versagen, bestünden bei den NATO-Staaten bereits.	1533

*Dritter Drittelband*

01. 09. 1957	Kommentar der Zeitschrift „Deutsche Außenpolitik“: Es gibt einen Weg Der Kommentar hebt hervor, dass sich die „DDR“ mit ihren Initiativen zur Wiedervereinigung Deutschlands nicht nur an die engstirnige Bundesregierung, sondern an das ganze deutsche Volk wendet. Man müsse davon ausgehen, dass zwei deutsche Staaten existieren, deren Entwicklung gegensätzlich verlaufe. Eine mechanische Vereinigung durch allgemeine Wahlen sei unmöglich, nur die „DDR“ verhindere eine erneute imperialistische und militaristische Politik. Gesamtdeutschland könne auch nicht der NATO angehören. Auf der Grundlage der Berliner Erklärung, die als „vollständige Blamage“ bezeichnet wird, komme die Wiedervereinigung nie. Es habe sich gezeigt, dass nur die „DDR“ über eine Konzeption verfüge, nämlich die in der Regierungserklärung vom 27. Juli 1957 niedergelegte, deren Kernpunkt die Konföderation ist.	1535
01. 09. 1957	Aus der Rede des Ministerpräsidenten Cyrankiewicz in Breslau Die Oder-Neiße-Linie nicht als deutsch-polnische Grenze anzuerkennen, bezeichnet Ministerpräsident Cyrankiewicz als Stützung des Revisionismus und Militarismus.	1539
02. 09. 1957	Erklärung der Regierung der „DDR“ an alle Ostseestaaten Die Regierung der „DDR“ behauptet, „der westdeutsche Revanchismus bedroht erneut die Sicherheit der Ostseestaaten“, und verweist auf das Marineprogramm der Bundesrepublik Deutschland. Die Ostsee müsse ein Meer des Friedens werden, alle Anrainer sollten gegen die deutschen Marinestützpunkte protestieren. Engere Kontakte und Nichtangriffsverpflichtungen werden vorgeschlagen.	1540
03. 09. 1957	Schreiben des Stellvertretenden Außenministers Semjonow an Botschafter Lahr Semjonow erklärt, dass es in der Repatriierungsfrage nur noch um Einzelfälle gehe, die Bundesrepublik Deutschland beziehe sich jedoch auf Sowjetbürger deutscher Nationalität; das sei aber eine innere Angelegenheit der Sowjetunion. Er wiederholt, dass es das Problem der Repatriierung nicht mehr gebe. Die vorgeschlagene Unterbrechung bedeute den Versuch, einen Vorwand für den Abbruch der Verhandlungen zu finden.	1542
04. 09. 1957	Erklärung der Regierung der Tschechoslowakischen Republik Die Erklärung wirft der Bundesregierung vor, sie sei nur an der Remilitarisierung, aber nicht an der Abrüstung und einer friedlichen Wiedervereinigung interessiert. Der Bundesrepublik Deutschland sei eine Hauptrolle in den aggressiven Plänen der Westmächte zugebracht. Über Euratom versuche sie, an der Herstellung von Atomwaffen beteiligt zu werden und dränge auf atomare Ausrüstung. Dadurch seien nicht nur die Nachbarn, sondern auch Deutschland selbst bedroht. Deutschlands wirkliche Interessen vertrete die „DDR“.	1545
05. 09. 1957	Mitteilung des Auswärtigen Amtes der Bundesrepublik Deutschland Das Auswärtige Amt bedauert die sowjetische Veröffentlichung des Briefwechsels zwischen Botschafter Lahr und dem Stellvertretenden Außenminister Semjonow trotz der Geheimhaltungsabsprache und kündigt die gleiche Maßnahme an.	1549
05. 09. 1957	TASS-Erklärung zum Stand der deutsch-sowjetischen Verhandlungen TASS umreißt die sowjetischen Vorschläge zur Erweiterung des deutsch-russischen Handels; die deutsche Delegation dagegen mache kaum konkrete Vorschläge. Die deutsche Bedingung, nur bei einer Änderung der sowjetischen Haltung in der Repatriierungsfrage die Handelsbesprechungen fortzuführen, sei unannehmbar.	1549
05. 05. 1957	Kommentar des „Bulletin“: Moskauer Griff um den Norden Die Ausführungen bezeichnen die sowjetischen Einwände gegen die Übungen von Seestreitkräften der Bundesrepublik Deutschland in deren eigenem Teil der Ostsee als Versuch, ein altes russisches Ziel, die Beherrschung des Ostseeraums und Nordeuropas, zu unterstützen. Die Propaganda für das „Friedensmeer“ solle nur das Streben nach Beherrschung des Ostseeraums und Nordeuropas, zu unterstützen. Die Propaganda für das „Friedensmeer“ solle nur das Streben nach Beherrschung der Ostseeausgänge verschleiern.	1552
06. 09. 1957	Aus einem TASS-Kommentar: Die Ostsee muss zu einem Meer des Friedens werden Der Kommentar fordert die Umwandlung der Ostsee in eine „Friedenszone“. Er wendet sich gegen das negative Echo bei den neutralen und den NATO-Staaten.	1555
06. 09. 1957	Artikel von P. Rysakow: Die Ostsee muss ein Meer des Friedens werden! Rysakow gibt einen Überblick über die Entwicklung des Ostseeraums und betont die Notwendigkeit einer Zusammenarbeit der Ostseeländer im Interesse des Friedens angesichts der Bedrohung durch die NATO und vor allem durch die Bundesrepublik Deutschland. Er hebt die Initiative Polens und der „DDR“ in dieser Frage hervor und greift Äußerungen, nach denen diese beiden Staaten und die Sowjetunion die Ostsee beherrschen wollten, heftig an.	1557
06. 09. 1957	Interview des Ministers Bolz für die Nachrichtenagentur ADN Außenminister Bolz bezeichnet die Erhaltung des Friedens als Hauptinteresse des deutschen Volkes. Deshalb sei eine allgemeine Abrüstung auf der Grundlage der sowjetischen Vorschläge von großer Bedeutung. Hemmend seien die aggressiven Pläne der Westmächte und das Streben der Bundesrepublik Deutschland, erst nach Einverleibung der „DDR“ über Abrüstung zu sprechen. Bolz tritt für Abrüstungsverhandlungen ein, an denen auch blockfreie Staaten teilnehmen und propagiert eine Friedenszone in Deutschland mit dem Ziel einer Konföderation.	1561

07. 09. 1957 Note der Regierung der UdSSR an die Regierung der Bundesrepublik Deutschland  
In Beantwortung der deutschen Note vom 20. Mai 1957 erklärt die Sowjetunion, sie sei seit 1945 für die Einheit Deutschlands eingetreten. Die Spaltung hätten die Westmächte zu verantworten, weil sie die Bundesrepublik Deutschland errichteten und sie in die NATO eingliederten. Die Wehrpflicht, die Remilitarisierung, Maßnahmen zur Unterdrückung der demokratischen Rechte und Freiheiten und die Zustimmung zur Errichtung von Atomwaffenstützpunkten in der Bundesrepublik Deutschland hätten die Wiedervereinigung praktisch versperrt. Außerdem widersetze sich die Bundesregierung einem europäischen Sicherheitssystem und einer Abrüstungsvereinbarung, fordere andererseits aber die verhängnisvolle Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen. Gesamtdeutsche Wahlen seien unter diesen Umständen sinnlos. Demgegenüber unterstützt die Sowjetunion die Vorschläge der „DDR“ vom 27. Juli 1957 zur Vorbereitung einer Konföderation. Die Bundesrepublik Deutschland wird mit der Aufgabe konfrontiert, „auf die NATO-Politik, auf die Vorbereitung eines Atomkrieges zu verzichten“ und in der Verständigung mit der „DDR“ schrittweise die Wiedervereinigung zu erreichen, oder ihre Politik fortzusetzen, die „für die Bevölkerung Westdeutschlands ein äußerste Gefahr in sich birgt“ und die Spaltung zu vertiefen. Einen anderen Weg gebe es nicht. 1564
07. 09. 1957 Aus dem Referat des Vorsitzenden des Bundesvorstandes des FDGB, Warnke, auf der 6. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig  
Warnke fordert die Zusammenarbeit zwischen DGB und FDGB im Kampf gegen Großkapital und Militarismus in der Bundesrepublik Deutschland und kritisiert die fehlende Bereitschaft des DGB dazu. Der Antikommunismus sei für die Bundesrepublik der Vorwand für Spaltung, Militarismus und Reaktion. Als Voraussetzung für die Wiedervereinigung müsse der Antikommunismus überwunden und die Realität zweier selbständiger deutscher Staaten anerkannt werden. Die Bedingungen für gesamtdeutsche freie Wahlen bestünden nicht mehr. Mit dem Stimmzettel könne in der Bundesrepublik keine Wende durchgeführt werden. Die Aktionseinheit der deutschen Arbeiterschaft sei jetzt erforderlich; DGB und FDGB sollten auf allen Ebenen eng zusammenarbeiten. Dann könne „der Kampf um die Wiedervereinigung“ beginnen. 1574
07. 09. 1957 Aus der Rede des Mitglieds des Politbüros des ZK der SED, Matern, auf der 6. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz in Leipzig  
Matern fordert die Herstellung der Aktionseinheit der deutschen Arbeiterschaft. Mit dem Stimmzettel könne der Arbeiter die Macht nicht erobern. Außerdem erneuert er die Parole „Deutsche an einen Tisch“ und fordert eine gesamtdeutsche Abstimmung gegen die Herstellung oder Lagerung von Atomwaffen in Deutschland. Die deutsche Bourgeoisie führe einen sehr entschiedenen Klassenkampf; dagegen müsse die Macht der Arbeiter im Kampf für ein einheitliches, demokratisches Deutschland, den Staat der deutschen Arbeiterklasse, gestärkt werden. 1580
08. 09. 1957 Rede des Staatssekretärs Nahm auf der Berliner Kundgebung zum „Tag der Heimat“  
Staatssekretär Nahm geht in seiner Rede von den Grundsätzen aus, dass man auf Unrecht niemals einen wahren Frieden aufbauen könne und dass eine freie deutsche Regierung niemals auf das Recht auf Selbstbestimmung verzichten werde. Die Welt dürfe nicht an dem Recht auf die Heimat, das die vertriebenen Deutschen für sich in Anspruch nehmen, vorübergehen. Das sei jedoch nicht nur eine deutsche Frage. Nahm beruft sich dabei auf das Naturrecht und weist den Vorwurf des Revanchismus zurück. Eine Verzichtspolitik lehnt er ab. 1584
09. 09. 1957 Aus der Rede des Stellvertretenden Unterstaatssekretärs Murphy auf der Jahreskonferenz der amerikanischen Bürgermeister in New York  
Murphy führt aus, das Grundziel der Außenpolitik der Vereinigten Staaten sei Sicherheit und Wohlfahrt gegenüber der Bedrohung durch den Kommunismus. Die sowjetische Außenpolitik habe sich mit der „friedlichen Koexistenz“ nur in der Methode, nicht aber in den Zielen geändert. Murphy weist in diesem Zusammenhang auf die Unterdrückung der osteuropäischen Völker, die Situation im Nahen Osten und auf die Politik Rotchinas hin. Er betont die friedlichen Absichten der Vereinigten Staaten und ihre Bemühungen um ein umfassendes Abrüstungsabkommen, andererseits aber die Bereitschaft zu energischem Widerstand. 1587
10. 09. 1957 Stellungnahme der Regierung der Bundesrepublik Deutschland zum Stand der deutsch-sowjetischen Verhandlungen  
Die Stellungnahme gilt der TASS-Erklärung vom 5. September 1957; die Bundesregierung widerlegt die sowjetischen Behauptungen mangelnder deutscher Bereitschaft, eine Handelsvereinbarung zu treffen, und betont das deutsche Entgegenkommen. 1591

10. 09. 1957	Aus der Erklärung des Außenministers Gromyko auf einer Pressekonferenz in Moskau Außenminister Gromyko wirft Bundeskanzler Adenauer vor, um der Militarisierung und atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik Deutschland willen die Abrüstungspolitik der Sowjetunion „mit unerhörter Leichtfertigkeit“ zu diffamieren. Die Bundesregierung brauche einen Misserfolg der Abrüstungsverhandlungen wegen der Wahlen. Von der Sowjetunion werde die bedingungslose Annahme der westlichen Abrüstungsforderungen verlangt. Ebenso tue die Bundesregierung alles, um die Wiedervereinigung zu blockieren; eine Vier-Mächte-Konferenz komme nicht in Frage, denn das sei Sache der Deutschen selbst. Die nationalen deutschen Interessen würden der NATO geopfert. Die westliche Politik der Aufrüstung sei für die deutsche Teilung verantwortlich.	1592
10. 09. 1957	Aus der Rede des Staatspräsidenten Tito anlässlich des Besuches einer Partei- und Regierungsdelegation der Volksrepublik Polen in Belgrad Staatspräsident Tito tritt für ein europäisches Sicherheitssystem ein und erklärt, dass „die deutsch-polnische Grenze an Oder und Neiße die einzige dauerhafte Lösung“ sei.	1597
10. 09. 1957	Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gomulka, in Belgrad Gomulka bezeichnet den deutschen Revanchismus und den westlichen Kolonialismus als Haupthindernisse des Friedens	1597
10. 09. 1957	Memorandum der Assemblée der versklavten europäischen Nationen zur „Berliner Erklärung“ Die Assemblée begrüßt die Berliner Erklärung als Grundlage der Wiedervereinigung Deutschlands und Europas.	1598
12. 09. 1957	Erklärung eines Sprechers des amerikanischen Außenministeriums Das amerikanische Außenministerium bedauert die Pressekonferenz Außenminister Gromykos vom 10. September 1957.	1599
12. 09. 1957	Erklärung des Präsidiums des Ministerrates der „DDR“ Die Regierung der „DDR“ wirft der Bundesregierung vor, die Spaltung Deutschlands zu vertiefen, indem sie ihre Vorschläge zurückweise. Sie betont, dass nur die Deutschen selbst mit Hilfe einer Konföderation die Wiedervereinigung herbeiführen könnten und verweist auf die sowjetische Unterstützung dieses Plans.	1600
14. 09. 1957	Rundfunkansprache des Staatssekretärs Thedieck Staatssekretär Thedieck hebt die bevorstehenden Bundestagswahlen von den Scheinwahlen der sowjetischen Besatzungszone ab, weist auf die kommunistische Wahlbeeinflussung hin und betont, dass die Anhänger der sowjetischen Deutschlandpolitik kein Betätigungsfeld gewinnen werden.	1602
16. 09. 1957	Aus der Gemeinsamen Erklärung der Partei- und Regierungsdelegationen der Volksrepublik Polen und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien Beide Delegationen fordern umfassende Abrüstungsmaßnahmen und als ersten Schritt die Einstellung der Versuchsexplosionen. Zur Lösung der deutschen Frage seien Verhandlungen zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik erforderlich. Außerdem müsse ein europäisches Sicherheitssystem errichtet werden. Jugoslawien betrachtet die Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnische Grenze.	1605
19. 09. 1957	Erklärung des Staatssekretärs Dulles vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen Staatssekretär Dulles bezeichnet die gewaltsame Teilung Deutschlands als ein Unrecht, – „ein dauerhafter Frieden könne sich nur auf Recht und Gerechtigkeit gründen“. Er erklärt weiter, auf Grund des bestehenden Misstrauens in der Abrüstungsfrage schütze nur gegenseitige Inspektion vor Überraschungsangriffen. Auf dieser Grundlage beruhe der Vorschlag der Vereinigten Staaten, Großbritanniens, Frankreichs und Kanadas vom 29. August 1957 im Abrüstungsunterausschuss. Staatssekretär Dulles erläutert diesen Plan, weist aber darauf hin, dass die Vereinigten Staaten im Falle einer ablehnenden sowjetischen Haltung sich um die Entwicklung von Atomwaffen und Versuchsexplosionen ohne wesentlichen radioaktiven Ausfall bemühen würden. Die Ablehnung des Planes bedeute „eine furchtbare Verantwortung vor der gesamten Welt“. Dann gibt Staatssekretär Dulles einen Überblick über die Sowjetische und die amerikanische Politik im Nahen Osten. Er beschuldigt die Sowjetunion, dieses Gebiet unter ihre Abhängigkeit bringen zu wollen, und fordert die Vollversammlung auf, diese Lage zu prüfen.	1606
19. 09. 1957	Artikel der Zeitung „Rudé Právo“: Der Bonner Standpunkt zur Oder-Neiße-Grenze ist unhaltbar Ausgehend von der polnisch-jugoslawischen Deklaration vom 16. September 1957 betont „Rudé Právo“, dass die Bundesregierung ihren Standpunkt hinsichtlich der Oder-Neiße-Linie ändern müsse, wenn sie die Beziehungen zu den osteuropäischen Staaten normalisieren wolle.	1614

20. 09. 1957 Memorandum der Regierung der UdSSR über Teilabrüstungsmaßnahmen  
Die Sowjetregierung tritt für eine „radikale Lösung des Abrüstungsproblems“ ein, schlägt jedoch „angesichts der Weigerung“ der Westmächte Teilmaßnahmen vor. Sie ist mit einer Herabsetzung der Streitkräfte in drei Stufen einverstanden; das Abkommen müsse sich jedoch über alle drei Stufen erstrecken. In Verbindung damit wird eine Herabsetzung der Rüstung, ein Verpflichtung, auf den Einsatz von Atomwaffen zu verzichten, und die Einstellung der Versuchsexplosionen vorgeschlagen. Hinsichtlich der Kontrolle sollten zunächst Kontrollposten im Gebiet zwischen der westlichen Sowjetunion und dem Ostteil der Vereinigten Staaten und Luftinspektionen in Europa und dem Fernen Osten eingerichtet werden. Nützlicher als Luftinspektionen seien jedoch Entspannungsmaßnahmen. Außerdem schlägt die sowjetische Regierung Räumung ausländischer Militärstützpunkte, Herabsetzung der ausländischen Streitkräfte in Deutschland, Verbot von Kriegspropaganda und Hinzuziehung weiterer Staaten zu den Abrüstungsverhandlungen vor. 1616
20. 09. 1957 Entschließungsentwürfe der Regierung der UdSSR an die Vollversammlung der Vereinten Nationen  
Die Regierung der Sowjetunion legt drei Entwürfe zu Entschließungen der Vereinten Nationen bezüglich der friedlichen Koexistenz, der Einstellung atomarer Versuchsexplosionen und des Verzichts auf den Einsatz von Kernwaffen vor. 1624
21. 09. 1957 Rundfunksprache des Staatssekretärs Thedieck  
Staatssekretär Thedieck betont, dass die Bundestagswahlen die Politik der Bundesregierung eindeutig bestätigt hätten, trotz der massiven Wahlbeeinflussung durch die Sowjetunion und die Sowjetzone. Beide Regierungen müssten jetzt ihre Deutschlandpolitik überprüfen. Die Bundesregierung werde sich jetzt noch stärker zum „Sachwalter aller Deutschen“ berufen fühlen. 1625
21. 09. 1957 Vorschlag des Senators Plate: Wiedervereinigung – aber wie?  
Ausgehend von der sowjetischen Auffassung, die Wiedervereinigung sei Sache der Deutschen selbst, schlägt Senator Plate vor, einen Gesamtdeutschen Rat auf der Grundlage der föderativen Organe der Bundesrepublik und der „DDR“ nach dem Vorbild des Parlamentarischen Rates der Länder zu errichten. Das wären keine völkerrechtlichen Beziehungen; die Bundesregierung und die früheren Besatzungsmächte wären nicht präjudiziert. Der Rat hätte keine Befugnisse, doch sei es entscheidend, eine „legale Gesprächsbasis für alle gesamtdeutschen Probleme“ zu schaffen und eine gesamtdeutsche Verfassung vorzubereiten. 1628
21. 09. 1957 Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der Polnischen Vereinigten Arbeiterpartei, Gomulka, vor den Arbeitern der Zeraner Autofabrik  
Gomulka misst der Anerkennung der Oder-Neiße-Linie als deutsch-polnischer Grenze durch Jugoslawien entscheidende Bedeutung bei, „die Westgebiete bedeuten nämlich für Polen eine Frage auf Leben und Tod“. Deutschland jedoch könne auch ohne diese Gebiete ausgezeichnet leben. Eine Grenzrevision sei nur durch Gewalt möglich. 1634
22. 09. 1957 Bericht über ein Interview des Bundeskanzlers Adenauer für die Rundfunk- und Fernsehgesellschaft „Columbia Broadcasting System“  
Der Bericht teilt mit, Bundeskanzler Adenauer habe eine Lösung der Frage der Oder-Neiße-Linie im Rahmen eines geeinten Europa angedeutet. Eine Besserung des deutsch-polnischen Verhältnisses könne durch Verstärkung der Handelsbeziehungen und eine Anerkennung des Heimatrechts erzielt werden. Größere Fortschritte in der Wiedervereinigung seien in Verfolg der amerikanischen Politik der kontrollierten Abrüstung zu erwarten. Bis dahin aber brauche die Bundeswehr die modernsten Waffen; sie werde ihre NATO-Verpflichtungen erfüllen. 1636
25. 09. 1957 Spiegel-Gespräch mit dem Ersten Sekretär des ZK der SED, Ulbricht  
Ulbricht erläutert zunächst die vom ZK der SED vorgeschlagenen ersten Schritte zur Vorbereitung der Wiedervereinigung, die geplanten Vereinbarungen über Atomwaffen, eine Zone verminderter Rüstung in Europa und den gegenseitigen Gewaltverzicht zwischen beiden deutschen Staaten. Über eine Konföderation könne dann die Wiedervereinigung zu einem „friedliebenden, demokratischen Deutschland“ erfolgen. Durch die „Atomkriegsvorbereitungen“ zeige die Bundesregierung, dass sie gegen freie gesamtdeutsche Wahlen sei. Unter den gegenwärtigen Bedingungen in der Bundesrepublik seien freie Wahlen unmöglich, deshalb müsse zunächst eine politische Wende herbeigeführt werden und die Bundesrepublik aus der NATO austreten. In Westdeutschland habe man, im Gegensatz zur „DDR“, die Verpflichtungen aus dem Potsdamer Abkommen, den Militarismus und den Faschismus zu beseitigen, nicht befolgt. Die Truppen der Westmächte beeinträchtigten außerdem die Souveränität der Bundesrepublik. Die Forderungen der „DDR“ stellten keine Vorleistungen dar, sondern nur die Beseitigung des „Damms des Militarismus“, der für die Spaltung verantwortlich sei und den es in der „DDR“ nicht gebe. Andererseits lehnt Ulbricht auch gesamtdeutsche Wahlen unter Aufsicht einer UNO-Kommission ab und betont wiederholt, dass auf Grund der in der Bundesrepublik bestehenden Verhältnisse gesamtdeutsche Wahlen nicht in Frage kämen, sondern nur Verhandlungen zur Bildung einer Konföderation. Er weist darauf hin, dass eine Politik der Drohungen sinnlos sei, da die Sowjetunion die Errungenschaften der „DDR“ gegen jeden Angriff verteidigen werde. Auch in der „DDR“ wolle keiner diese Errungenschaften preisgeben. Im übrigen lehnt er die Vorschläge Edens wie auch den Gaitskell-Plan zur Lösung der deutschen Frage ab. 1638

26. 09. 1957	Bericht über ein Interview des Bundeskanzlers Adenauer für die Nachrichtenagentur UP Bundeskanzler Adenauer habe sich, so wird in diesem Bericht mitgeteilt, gegen eine Verringerung der Truppenstärken der westalliierten Armeen ausgesprochen. Er habe erklärt, falls keine Abrüstung zustande komme, so müsse im Rahmen der NATO auch die Bundeswehr mit den modernsten Waffen ausgerüstet werden.	1658
STELLUNGNAHMEN ZUM WIEDERVEREINIGUNGSPLAN DES SENATORS PLATE		
28. 09. 1957	Stellungnahme des Staatssekretärs Thedieck In einer Stellungnahme zum Wiedervereinigungsplan des Senators Plate weist Staatssekretär Thedieck darauf hin, dass alle nur denkbaren Möglichkeiten von der Bundesregierung durchgearbeitet worden seien. In seiner Kritik geht er auf die verfassungsrechtlichen und außenpolitischen Gegebenheiten und die Verhältnisse in der Sowjetzone ein, die den Plan zum Scheitern verurteilen würden.	1660
28. 09. 1957	Stellungnahme des Senatspräsidenten von Bremen, Kaisen Senatspräsident Kaisen hält den Wiedervereinigungsplan Plates angesichts der sowjetischen Haltung und der Spannungen zwischen den Großmächten für undurchführbar.	1662
28. 09. 1957	Stellungnahme des Ministerpräsidenten von Hessen, Zinn Ministerpräsident Zinn hält den Plan Plates für eine Diskussionsgrundlage.	1663
28. 09. 1957	Stellungnahme des Ministerpräsidenten von Niedersachsen, Hellwege Ministerpräsident Hellwege lehnt Plates Plan mit dem Hinweis ab, verfassungsrechtlich sei allein die Bundesregierung zuständig; der Plan Plates laufe außerdem auf eine Anerkennung der „DDR“ hinaus.	1664
28. 09. 1957	Stellungnahme des Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Altmeier Ministerpräsident Altmeier weist darauf hin, dass Plates Vorschlag schon 1947 scheiterte und betont die verfassungsrechtlichen Bedenken.	1664
28. 09. 1957	Kommuniqué über Verhandlungen zwischen Delegationen der „DDR“ und der UdSSR in Berlin Das Kommuniqué gibt einen Überblick über Inhalt und Umfang der getroffenen Wirtschaftsabkommen.	1665
30. 09. 1957	Aus der Erklärung des argentinischen Vertreters in der Vollversammlung der Vereinten Nationen, Drago Drago erklärt, ein Teil Deutschlands werde „von einer fremden Macht beherrscht ...“, die die Wiedervereinigung verhindere“, und betont Deutschlands Recht auf Wiedervereinigung durch freie Wahlen und auf Mitgliedschaft in der UNO.	1667
01. 10. 1957	Aufsatz von G. Lindner: Zur Lufthoheit der DDR Lindner betont die wachsende Bedeutung der „DDR“ als Luftverkehrszentrum und fordert die Lufthoheit der „DDR“ über ihrem Gebiet auf Grund der völkerrechtlichen Thesen, dass jeder Staat in seinem Luftraum souverän sei. Die Vereinbarungen über die Luftkorridore der Westmächte hätten nur „vorübergehenden und begrenzten Charakter“. Eine Internationalisierung des Luftraums über Berlin komme nicht in Frage.	1668
01. 10. 1957	Aufsatz von A. Martin: Es gibt zwei deutsche Staaten Martin geht von der Behauptung aus, „infolge der Spaltungspolitik der Westmächte“ sei es zur Bildung von zwei deutschen Staaten gekommen. Er lehnt die Identitätstheorie ab und beruft sich auf den Staatsrechtslehrer von Bieberstein für das Bestehen aller Voraussetzungen für einen eigenen Staat der „DDR“. Ihre Souveränität stützt er vor allem auf den Moskauer Vertrag vom 20. September 1955 zwischen der UdSSR und der „DDR“. Das Legitimitätsprinzip deutet er aus dem Gegensatz von Gesellschaftsordnungen und bezeichnet es als völkerrechtlich unhaltbar, da es auf eine Einmischung in innere Angelegenheiten hinauslaufe. Als legitim erkennt Martin im übrigen nur den deutschen Staat an, der auf dem Boden des Potsdamer Abkommens stehe und das sei die „DDR“. Sie allein trete für ein demokratische und friedliche Wiedervereinigung ein. Er beruft sich für die Wiedervereinigung Deutschlands auf den Konföderationsplan der Regierung der „DDR“ vom 27. Juli 1957.	1671
02. 10. 1957	Erklärung des Außenministers Rapacki vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen Außenminister Rapacki erklärt, auch die kleinen Nationen hätten eine Verantwortung für die bedeutenden Probleme der Zeit, – auch für die Abrüstungsfrage. Haupthindernis der Londoner Abrüstungsverhandlungen seien die „globale Strategie“ der Westmächte mit Hilfe der Atomwaffen, die Verknüpfung der Abrüstung mit der Lösung politischer Fragen und die Opposition der Bundesregierung. Besonders bedrohlich seien die Remilitarisierung der Bundesrepublik Deutschland und deren Revanchismus. Zunächst müssten die Spannungen in Europa beseitigt werden; die Möglichkeit dazu biete ein kollektives Sicherheitssystem und als Vorbereitung eine Zone begrenzter Rüstung. Polen werde sich einer Vereinbarung beider deutscher Staaten, Deutschland frei von Atomwaffen zu halten, anschließen. Das Ende des Wettrüstens solle den unterentwickelten Völkern zugute kommen. Rapacki fordert abschließend Zusammenarbeit gemäß den Prinzipien der friedlichen Koexistenz.	1681
02. 10. 1957	Erklärung des Außenministers David vor der Vollversammlung der Vereinten Nationen Außenminister David warnt vor dem deutschen Militarismus und schließt sich den politischen Vorschlägen einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa auf der Grundlage einer Vereinbarung zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der „DDR“ an.	1687

04. 10. 1957	Aus der Gemeinsamen Erklärung der Regierungsdelegationen der Volksrepublik China und der Ungarischen Volksrepublik Beide Parteien betonen die Bedeutung eines Abrüstungsabkommens, verurteilen die Haltung der Westmächte und unterstützen die Vorschläge der Sowjetunion und den Wiedervereinigungsplan der „DDR“ vom 27. Juli 1957.	1688
05. 10. 1957	Telegramm des Ministers Bolz an den Präsidenten der Vollversammlung der Vereinten Nationen, Sir Leslie Munro Außenminister Bolz begrüßt die tschechischen und polnischen Vorschläge einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, warnt vor der Aufrüstung der Bundesrepublik Deutschland und bittet die Vollversammlung um ihre Unterstützung.	1689
05. 10. 1957	Meldung der Nachrichtenagentur TASS Die Meldung gibt den ersten Start eines Erdsatelliten bekannt.	1691
06. 10. 1957	Aus der Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl beim Staatsakt anlässlich des 8. Jahrestages der Gründung der „DDR“ Ministerpräsident Grotewohl betont die guten Beziehungen der „DDR“ zu einer Reihe kommunistischer und „antiimperialistischer“ Staaten und ihre friedliche Außenpolitik. Er unterstützt die sowjetischen Abrüstungsvorschläge und die tschechischen und polnischen Vorschläge einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vor der UNO und fordert die europäischen Staaten auf, für ein Abkommen über ein atomwaffenfreies Deutschland zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland einzutreten. In der Frage der Wiedervereinigung fordert er eine Konföderation. Alle „patriotischen Kräfte“ müssten zusammenarbeiten gegen Imperialismus und Militarismus; die Bundestagswahlen seien keine freie Entscheidung des Volkes.	1692
07. 10. 1957	Grundsätze und Richtlinien für ein DAG-Programm zur Wiedervereinigung Für den Fall der Wiedervereinigung Deutschlands soll neben den Vorschlägen des Forschungsbeirats auch ein Aktionsprogramm der Gewerkschaften vorliegen. Ausgangspunkt ist die Forderung, dass die wirtschaftliche Wiedervereinigung nicht ein mechanischer Anschluss sein könne. Die Grundsätze des westlichen Rechtsstaates müssten im Wirtschaftsleben wieder zur Geltung kommen. Eine Reprivatisierung des kleinen und mittleren Eigentums sei ohne weiteres möglich, aber die Grundstoffindustrien sollten Gemeineigentum werden. Das Dokument enthält Vorschläge zu Richtlinien für die Umstrukturierung und in neun Punkten Grundsätze für die besonders betonte Neugestaltung der arbeitsrechtlichen Verhältnisse.	1696
07. 10. 1957	Aus dem Interview des Ersten Sekretärs des ZK der KpdSU, Chruschtschow, mit dem Chefredakteur der Zeitung „The New York Times“, James Reston Chruschtschow erklärt, in der Person Bundeskanzler Adenauers sei vielleicht ein neuer Hitler aufgetaucht; der Unterschied der Konzeption sei nicht groß. Die Sowjetunion und ihre Verbündeten könnten jedoch jeder Gefahr leicht begegnen. Die von Westen begünstigten militaristischen und revanchistischen Strömungen seien allerdings beunruhigend. Er betont die brüderlichen Beziehungen zu den sozialistischen Staaten, denen so wie Ungarn immer sowjetische Unterstützung gewährt würde, auch der „DDR“. Die „konstruktiven, friedliebenden Aktionen der Sowjetunion“ zur Entspannung blieben im Westen ohne Antwort.	1701
08. 10. 1957	Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der „DDR“ Das Ministerium bedauert, dass der „DDR“ die Mitarbeit an der Internationalen Atomenergie-Organisation verweigert wird und erwartet eine Überprüfung dieser Haltung.	1704
13. 10. 1957	Rundfunkansprache des Ministerpräsidenten Grotewohl Ministerpräsident Grotewohl unterrichtet die Bevölkerung der Sowjetzone vom Beschluss, die umlaufenden Banknoten gegen neue umzutauschen. Diese Schutzmaßnahme richte sich „gegen Spekulanten, Agentenorganisationen, kapitalistische Kreise und westdeutsche Banken“.	1706
14. 10. 1957	Aus dem Bericht des Politischen Ausschusses der Beratenden Versammlung des Europarates, vorgelegt von dem Abg. Kiesinger (CDU/CSU) In dem Bericht erläutert der Abg. Kiesinger kurz die „Berliner Erklärung“, bezeichnet als Ziel der Konföderationspläne der Sowjetunion und der Sowjetzone eine Wiedervereinigung Deutschlands unter kommunistischem Vorzeichen und gibt die Ansicht wieder, eine Lösung könne nur eine umfassende Regelung zwischen Ost und West bringen.	1707
15. 10. 1957	Aus der Erklärung des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier im 3. Deutschen Bundestag Bundestagspräsident Gerstenmaier erklärt, das deutsche Einheitsverlangen müsse wirkungsvoll vertreten werden. In sechs Punkten fasst er die allen Parteien gemeinsamen Elemente der deutschen Politik zusammen: den Willen zum Rechtsstaat, zur Wiedervereinigung, zur wirtschaftlichen Leistung, zur Bewahrung des Friedens, das Bekenntnis zur freien Welt und die Einigung Europas. Das Ziel sei „das vereinte Deutschland, das geeinte Europa in einer befreiten Welt“.	1708
15. 10. 1957	Kommuniqué der Regierungen der „DDR“ und der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen Das nur aus einem Satz bestehende Kommuniqué gibt die Vereinbarung vom 10. Oktober 1957 bekannt.	1712

15. 10. 1957 Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der „DDR“ Das Ministerium erklärt, in der gegenwärtigen Situation könnten die Großmächte bei der Wiedervereinigung nur helfen, entscheidend sei die Haltung der beiden deutschen Staaten zueinander. Deshalb sei es nützlich, beide anzuerkennen und gute Beziehungen zu beiden zu haben. 1713
16. 10. 1957 Rundfunkansprache des Bundesministers Lemmer  
Bundesminister Lemmer hebt hervor, dass zum ersten Mal ein neugewählter Bundestag zu seiner konstituierenden Sitzung in Berlin zusammentrat. Das sei eine Bekräftigung der Tatsache, dass die Deutschen sich nie mit der Trennung abfinden würden. An den letzten Ereignissen lasse sich die deutsche Wirklichkeit deutlich ablesen. Jedoch sollte man an „Probleme des technischen Nebeneinanderlebens“ herangehen. 1714
33. PLENUM DES ZK DER SED
16. - 19. 10. 1957 Aus dem Bericht des Politbüros, abgegeben von dem Mitglied des ZK der SED, Matern Der Bericht beginnt mit einer Würdigung des Besuchs der sowjetischen Partei- und Regierungsdelegation im August 1957 in der Sowjetzone. Matern betont die ausdrückliche Zustimmung Chruschtschows zur Politik der SED und die allgemeine Übereinstimmung in den wichtigen Fragen. Um die Bedeutung dieser Tatsache hervorzuheben, gibt er einen Überblick über die Entwicklung seit den Beschlüssen der Potsdamer Konferenz. Er betont die Bedeutung der durch die SED herbeigeführten Einheit der Arbeiterklasse auf marxistischer Grundlage und der Nationalen Front für die innere Entwicklung und eine demokratische und friedliche Wiedervereinigung. Wichtig für den Erfolg sei die ideologische Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus. Matern bekennt sich zu den Beschlüssen des XX. Parteitags der KPdSU. Er hebt die Erklärung Chruschtschows hervor, dass die „DDR“ unantastbar sei. Der Aufbau des Sozialismus werde im Kampf der Systeme die Überlegenheit der „DDR“ erweisen. „Westdeutschland und Westberlin“ seien „zum Zentrum ... aller noch bestehenden imperialistischen Staaten geworden“. Er klagt über mangelndes Klassenbewusstsein in manchen Kreisen und bezeichnet den „Kampf gegen die Republikflucht“ als „Bestandteil unseres Kampfes gegen die Bonner Kriegspolitik“. Propaganda und Agitation müssten die „Fäulnis und Perspektivlosigkeit des Bonner Staates“ aufdecken und das gesellschaftliche Verantwortungsbewusstsein heben. 1717
16. - 19. 10. 1957 Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht: Grundfragen der ökonomischen und politischen Entwicklung in der „DDR“  
Ulbricht erklärt, die Einschätzung der politischen Entwicklung auf der 30. Tagung des ZK habe sich vollauf bestätigt. Die gegen die „Zusammenarbeit der friedliebenden Staaten“ gerichtete Politik der Bundesregierung sei gescheitert. Eine Wiedervereinigung könne es nur über einen Staatenbund und unter Wahrung der „sozialistischen Errungenschaften“ geben. Es müsse erreicht werden, dass die „DDR“ durch Erhöhung der Arbeitsproduktivität und wachsenden Wohlstand anziehend auf die Bundesrepublik wirke. Die Produktionsaufgaben müssten vorbildlich erfüllt und der Materialverbrauch müsse vermindert werden. Die Schwierigkeiten beim Aufbau des Sozialismus könne man nicht überspringen. Als entscheidend hebt er die Fähigkeit der SED hervor, die Arbeiterklasse gut zu führen. Die Werktätigen seien an der Festigung und Vervollkommnung des Staates unmittelbar interessiert, denn er organisiere den sozialistischen Aufbau und gewähre Schutz gegen die „imperialistischen Feinde“. Der Klassenkampf im Innern und von außen her sei noch nicht beendet. Gegen Feinde der „Arbeiter-und-Bauern-Macht“ müsse man hart zugreifen, da sie den Kriegsplänen der NATO diene. Niemand werde aus allgemeinen ideologischen Gründen bestraft. Entmachtung der Monopole und Junker, Zerschlagung des reaktionären Justizapparats und Bestimmung der Rechtsgrundsätze durch die Volksvertretungen sicherten das sozialistische Recht. Die Rechtsprechung müsse zwischen Personen unterscheiden, die innerhalb der sozialistischen Ordnung blieben und jenen, die sie angriffen; Republikflucht sei Verrat, die Bevölkerung müsse aufgeklärt werden. 1726

16. – 19. 10. 1957	<p>Aus der Rede des Ministerpräsidenten Grotewohl</p> <p>Grotewohl analysiert die Bundestagswahlen und betont, dass die SPD-Wähler sich eindeutig gegen die NATO entschieden hätten. Die Wahlen fanden „unter den Bedingungen der geballten Macht des deutschen Monopolkapitalismus statt“; nur deshalb habe die CDU siegen können. Da man keine Lehren aus dem Hitlerfaschismus gezogen habe, seien Chauvinismus und Antikommunismus wirksam. Sowjetische Fernraketen und Erdsatelliten machten jedoch „die aggressive Politik der Bonner Regierung“ aussichtslos. Die Wahlen hätten gezeigt, dass es unsinnig sei, ein freies Wahlrecht als ersten Schritt zur Wiedervereinigung zu propagieren. Die fortschrittlichen Kräfte in Europa müssten gegen den deutschen Militarismus und die sich verstärkenden faschistischen Tendenzen in der Bundesrepublik mobilisiert werden. Grotewohl erwartet eine wirtschaftliche Depression und erbitterte kapitalistische Konkurrenzkämpfe auf dem Weltmarkt und fordert eine Volksbewegung gegen die Atomrüstung. Die Arbeiterorganisationen und die Führung der SPD müssten ihre Haltung zur „DDR“ und zur SED grundlegend ändern, da die sozialistische Welt der Garant von Sicherheit und Frieden sei. Die Arbeiterklasse müsse eine politische Wende herbeiführen. Er weist auf Ansätze zu einer solchen Haltung vor allem in den Gewerkschaften hin und fordert die Wiederezulassung der KPD. In der Frage der Wiedervereinigung bezeichnet er erneut einen Staatenbund als einzige Lösung; den Vorschlag des Senators Plate lehnt er ab, da dieser direkte Verhandlungen zwischen den Regierungen verhindern solle. Grotewohl fasst seine Forderungen an die SPD und die westdeutsche Arbeiterschaft noch einmal zusammen, erklärt eine Aktionsgemeinschaft der gesamten deutschen Arbeiterschaft zum nächsten Ziel und legt als Programm die Beschlüsse der 5. Gesamtdeutschen Arbeiterkonferenz zugrunde. Die erste gemeinsame Aktion solle in der Forderung bestehen, auf die Produktion und Stationierung von Atomwaffen auf deutschem Boden zu verzichten, ein Abkommen zwischen „beiden deutschen Staaten“ zur Begrenzung ihrer Streitkräfte abzuschließen und eine atomwaffenfreie Zone in Europa zu unterstützen. Der ideologische Einfluss auf die westdeutsche Arbeiterschaft müsse verstärkt und die „DDR“ anziehend gemacht werden.</p>	1736
17. 10. 1957	<p>Aus der Erklärung des Regierenden Bürgermeisters Brandt vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin</p> <p>Der Regierende Bürgermeister umreißt die Stellung Berlins. Er tritt für das Stimmrecht der Berliner Abgeordneten und die Stärkung Berlins als Bundesland ein. Berlin spreche für die Bevölkerung der Sowjetzone. Solange Berlin und Deutschland geteilt seien, herrsche Unfrieden in Europa. Die Entwicklung dränge zu neuen Lösungen, eine isolierte Berlinlösung sei jedoch unmöglich. In fünf Punkten legt Brandt die Vorschläge des Senats zur Zusammenarbeit auf technischem Gebiet zwischen Ost- und West-Berlin dar.</p>	1758
17. 10. 1957	<p>Schreiben des britischen Stadtkommandanten in Berlin an den sowjetischen Stadtkommandanten</p> <p>Das Schreiben enthält einen Protest gegen die Behinderung des Berlin-Verkehrs durch ostzonale Behörden und den Einsatz bewaffneter Zivilformationen in Ost-Berlin.</p>	1761
18. 10. 1957	<p>Aus der Erklärung des Abg. Mommer (SPD) in der Beratenden Versammlung des Europarates</p> <p>Mommer tritt dafür ein, östliche Pläne des Rückzugs fremder Truppen und eine Zone begrenzter Rüstung in Mitteleuropa nicht ohne weiteres abzulehnen. Er bezweifelt, dass die Wiedervereinigung möglich sei, solange ein wiedervereinigtes Deutschland der NATO angehören könne. Eine antibolschewistische Politik genüge nicht, sie spalte Europa.</p>	1762
18. 10. 1957	<p>Aus der Erklärung des Abg. Moutet in der Beratenden Versammlung des Europarates</p> <p>Der Abg. Moutet geht auf die Problematik eines Verzichts auf die NATO ein. Das sei nur möglich, wenn die Sowjetunion sich aus Ost- und Südosteuropa zurückziehe. Es bleibe die Frage nach dem Status Gesamtdeutschlands.</p>	1765
18. 10. 1957	<p>Erklärung des Abg. Haasler (CDU/CSU) in der Beratenden Versammlung des Europarates</p> <p>Der Abg. Haasler weist darauf hin, dass die Wiedervereinigung auch an der sowjetischen Forderung nach Bewahrung der sozialen Errungenschaften und der damit verbundenen Fortdauer der Unfreiheit in der Sowjetzone scheitere.</p>	1767
	ABBRUCH DER DEUTSCH-JUGOSLAWISCHEN BEZIEHUNGEN	
19. 10. 1957	<p>Note des Bundesministers von Brentano an den Botschafter der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien in Bonn, Kveder</p> <p>Bundesminister von Brentano erläutert sowohl die deutsche Verständigungsbereitschaft als auch die Entschlossenheit, die der jugoslawischen Regierung wiederholt dargelegte Politik der Bundesregierung durchzuführen. Die jugoslawischen Begründungen für die Anerkennung der „DDR“ werden als Einmischung in innerdeutsche Verhältnisse und Förderung der Spaltung zurückgewiesen und die diplomatischen Beziehungen auf Grund dieser Tatsache abgebrochen.</p>	1768

19. 10. 1957	<p>Pressekonferenz des Bundesministers von Brentano in Bonn</p> <p>Bundesminister von Brentano betont, die jugoslawische Regierung habe ohne jede vorangegangene Rücksprache mit der Bundesregierung diplomatische Beziehungen zur „DDR“ aufgenommen. Nach eingehender Prüfung seien die Beziehungen zu Jugoslawien abgebrochen worden, damit die Grundlagen der deutschen Wiedervereinigungspolitik gewahrt blieben. Die Entscheidung sei nur für diesen konkreten Fall getroffen worden. Diplomatische Beziehungen zu Polen seien möglich, die Frage sei jedoch nicht entscheidungsreif. Die Westmächte hätten volles Verständnis für die Entscheidung der Bundesregierung. Von Brentano erklärt außerdem, der deutsch-jugoslawische Wirtschaftsvertrag sei auf der Grundlage der deutschen These geschlossen worden.</p> <p>Jetzt werde auch die Handelsmission zurückgezogen.</p>	1774
19. 10. 1957	<p>Erklärung des Botschafters der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien in Bonn Kveder</p> <p>Kveder protestiert scharf gegen den Abbruch der diplomatischen Beziehungen, beschuldigt die Bundesregierung, die deutsche Frage durch „sinnlosen Druck“ lösen zu wollen und sich gegen die friedliche Koexistenz zu stellen, und bezeichnet die Anerkennung der „DDR“ als souveräne Entscheidung gegenüber einem souveränen Land.</p>	1778
19. 10. 1957	<p>Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien</p> <p>Das Ministerium nennt den Abbruch der Beziehungen eine feindselige Handlung der Bundesregierung, die auf Jugoslawien politischen Druck ausüben wolle. Die international ungewöhnliche Maßnahme verstoße gegen die Interessen des Friedens und gegen die Wiedervereinigung.</p>	1779
19. 10. 1957	<p>Schreiben des Außenministers Popović an den Generalsekretär der Vereinten Nationen, Hammarskjöld</p> <p>Außenminister Popović weist die deutschen Begründungen des Abbruchs der Beziehungen zurück und wirft der Bundesregierung vor, anderen Staaten die Politik diktieren zu wollen. Sie solle Aktionen vermeiden, „die an die Vergangenheit erinnern könnten“.</p>	1781
19. 10. 1957	<p>Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der „DDR“</p> <p>Das Ministerium erklärt, eine realistische Politik könne das Bestehen zweier deutscher Staaten nicht übersehen. Der Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien durch die Bundesregierung sei unvereinbar mit dem Völkerrecht, es handle sich um eine Politik der Nötigung und Erpressung.</p>	1784
21. 10. 1957	<p>Erklärung eines Sprechers des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Volksrepublik Polen</p> <p>Das Ministerium verurteilt die Politik der Bundesregierung gegen Jugoslawien; sie widerspreche der friedlichen Koexistenz und zeige „traditionelle Methoden“ des Drucks.</p>	1786
21. 10. 1957	<p>Aus der Erklärung des Abg. Kiesinger (CDU/CSU) in der Beratenden Versammlung des Europarates</p> <p>Kiesinger ist der Ansicht, die Wiedervereinigung könne nur „in einer gemeinsamen schließlichen Lösung und Bereinigung zwischen der westlichen und der östlichen Welt“ erfolgen. Er tritt für eine gemeinsame westliche Außenpolitik ein, die der Sowjetunion eine Gesamtkonzeption darlegt. Voraussetzung sei größtmögliche Solidarität und Berücksichtigung der sowjetischen Interessen.</p>	1786
21. 10. 1957	<p>Artikel von P. Naumow: Bonn setzt die Politik des „Kalten Krieges“ fort</p> <p>Naumow erklärt, die Bundesregierung ignoriere die politischen Realitäten und setze die Politik der Stärke und des Kalten Krieges fort, die auch im eigenen Land keine Zustimmung finde.</p>	1790
22. 10. 1957	<p>Artikel von M. Podkowinski: Die ersten Nachwirkungen und Fragezeichen</p> <p>Podkowinski weist auf Bedenken in der Bundesrepublik gegen den Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien hin und erklärt, dieser Schritt diene weder der Wiedervereinigung noch den Beziehungen zu Osteuropa.</p>	1791
24. 10. 1957	<p>Aus den Thesen der Kulturkonferenz der SED</p> <p>Die SED „tritt für den sozialistischen Realismus ein, der den Künstler befähigt, parteilich und volksverbunden große sozialistische Kunstwerke hervorzubringen“. Ihre Hauptmethode sei die ideologische Überzeugungsarbeit. Jedoch seien Kunst und Literatur seit dem XX. Parteitag der KPdSU hinter der ökonomischen und politischen Entwicklung zurückgeblieben. Die Kunst müsse als Waffe gegen den imperialistischen Feind gebraucht werden und dürfe nicht revisionistischen Tendenzen dienen oder ideologische Schwankungen zeigen. „Das Bestehen zweier deutscher Staaten ... erfordert den ständigen Kampf“, damit die Überlegenheit der sozialistischen Kultur bewiesen wird. Mit allen kulturellen Mitteln müsse „für den Zusammenschluss aller friedliebenden demokratischen Kräfte in ganz Deutschland unter Führung der Arbeiterklasse“ geworben werden. Es dürfe jedoch keine ideologische Koexistenz eingegangen werden.</p>	1792
24. 10. 1957	<p>Interview des Generalsekretärs der NATO, Spaak</p> <p>Spaak hält die Wirtschaftskapazität der NATO-Länder auch für Rüstungserfordernisse für ausreichend. Ein totaler Zivilschutz sei unmöglich, wichtig sei die Abschreckung – auch mit atomaren Waffen – gegenüber einem jeden Angriff. Die Wiedervereinigung Deutschlands komme nur auf dem Wege freier Wahlen in Frage. Ollenhauers Plan eines europäischen Sicherheitssystems beurteilt er skeptisch.</p>	1798

25. 10. 1957	Gemeinsame Erklärung des Präsidenten Eisenhower und des Premierministers Macmillan Die Erklärung gibt bekannt, beide Länder wollten sich gemeinsam für Freiheit, Sicherheit und Frieden in der Welt einsetzen. Als beispielgebend für die freie Welt werden in neun Punkten die Grundzüge einer gemeinsamen Politik vorgelegt, die von enger Partnerschaft auf wissenschaftlichem, wirtschaftlichem und militärischem Gebiet ausgehen. Bis zum Abschluss von Abrüstungsvereinbarungen müssten kollektive Verteidigungsabmachungen und die Abschreckung der Kernwaffen die Sicherheit gewährleisten. Die Wiedervereinigung durch freie Wahlen sei dringend notwendig.	1799
28. 10. 1957	Empfehlung 150 der Beratenden Versammlung des Europarates Die Beratende Versammlung des Europarates tritt für umfassende Konsultationen der europäischen Staaten ein mit dem Ziel einer gemeinsamen Außenpolitik, besonders in den Fragen der Abrüstung, der Wiedervereinigung Deutschlands, der Länder Osteuropas, des Mittleren Ostens und der unterentwickelten Gebiete.	1803
29. 10. 1957	Aus der Regierungserklärung, abgegeben von Bundeskanzler Adenauer vor dem 3. Deutschen Bundestag Bundeskanzler Adenauer geht von der Tatsache aus, „dass die Sowjetunion nach wie vor die allein entscheidende politische und militärische aggressive Macht im gesamten Ostraum ist“; die Spannung mit dem Westen habe sich verschärft. Die engere Zusammenarbeit in der westlichen Welt müsse gefördert werden. Das gelte auch für die Wiedervereinigungspolitik. Ohne Wiedervereinigung sei der Frieden nicht gesichert. Die Vier-Mächte-Verpflichtung, ein einiges Deutschland zu schaffen, bleibe bestehen. Der Bundeskanzler betont den Willen zu gutnachbarlichen Beziehungen mit den osteuropäischen Staaten; der Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien sei nicht aus formal-juristischen Gründen erfolgt. Die politische und wirtschaftliche Stellung der Bundesrepublik habe sich gefestigt, doch müssten für die Sicherheit im Rahmen der NATO und für die Entwicklungshilfe Opfer gebracht werden. Die Bundesregierung werde sich aber mit ganzer Kraft für die Erhaltung des Weltfriedens einsetzen.	1805
29. 10. 1957	Artikel der Zeitung „Krasnaja Swesda“: Die Oktoberrevolution und die deutsche Arbeiterklasse Der Artikel gibt einen glorifizierenden Überblick über den Kampf der deutschen Arbeiterklasse gegen die „Reaktion“ seit dem Ersten Weltkrieg und über ihre Solidarität mit dem sowjetischen Volk. Die Rolle der KPD wird hervorgehoben, die der SPD kritisiert und die Notwendigkeit der Aktionseinheit, die zur Gründung der SED führte, betont. Entsprechend den Forderungen Grotewohls sollten die ersten gemeinsamen Schritte der deutschen Arbeiterparteien gegen die Entwicklung in der Bundesrepublik die Forderung sein, auf die Lagerung und Produktion von Atomwaffen auf deutschem Boden zu verzichten und eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa zu schaffen.	1811
10./11. 1957	Göttinger Plan zur Wiedervereinigung Dem Plan liegt die Überlegung zugrunde, dass die Sowjetunion weder freien Wahlen in der „DDR“ als ersten Schritt noch einem gesamtdeutschen Staat in der NATO zustimmen wird. Deshalb ist an einen Staatsvertrag der vier Großmächte, der Bundesrepublik und der „DDR“ gedacht. Der künftige Status Gesamtdeutschlands wird von der bewaffneten Neutralität bestimmt. Die sechs vertragschließenden Staaten bilden einen Interimsausschuss, der die Auflösung der Teilstaaten und die Bildung des Gesamtstaates überwacht. Die Neubildung Deutschlands wird im einzelnen und in der zeitlichen Folge der Maßnahmen erläutert.	1816
02. 11. 1957	Rundfunkansprache des Bundestagspräsidenten Gerstenmaier Bundestagspräsident Gerstenmaier geht auf das Ost-West-Verhältnis ein, weist auf die Mittlerrolle hin, die Ungarn vielleicht hätte erfüllen können und die Jugoslawien verspiele, und betont die Notwendigkeit für die Bundesrepublik, in der atlantischen Gemeinschaft mitzuarbeiten, das Verhältnis zu den östlichen Nachbarn zu bereinigen und eine aktive Ostpolitik zu betreiben.	1821
02. 11. 1957	Rundfunkansprache des Bundesministers Lemmer Bundesminister Lemmer hebt die innere Übereinstimmung der Bevölkerung in beiden Teilen Deutschlands hervor. Die Bundesrepublik wolle die Wiedervereinigung weder als Annexion noch als Kolonisation. Zunächst müssten die menschlichen Kontakte gestärkt und ein Auseinanderleben verhindert werden.	1823
03. 11. 1957	Kommuniqué über eine Konferenz sozialdemokratischer Funktionäre und Mitglieder Die Konferenz fordert eine gesamtdeutsche Volksbewegung gegen die Atombewaffnung, Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und Abschaffung der Wehrpflicht. Sie verurteilt den Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien.	1826
03. 11. 1957	Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, in Berlin Ulbricht wirft der SPD vor, sie vertrete die bürgerliche Ideologie; sie sei opportunistisch und revisionistisch. Diese Politik führe nur zu Niederlagen. Er verweist demgegenüber auf die umwälzende Kraft der Oktoberrevolution. Er beschuldigt die Bundesregierung, den Krieg vorzubereiten und fordert die westdeutschen Arbeiter zum Widerstand und zur Aktionseinheit auf. Die Wiedervereinigung Deutschlands sei allein Sache der Deutschen.	1827

04. 11. 1957	Aus dem Interview des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, mit dem Korrespondenten der Zeitung „Toronto Telegram“, P. Dampson Chruschtschow erklärt, die Verständigung zwischen beiden deutschen Staaten über eine Konföderation sei der einzige friedliche Weg zur Wiedervereinigung.	1830
04. 11. 1957	Erklärung des sowjetischen Chefdelegierten Kusnezow im Politischen Ausschuss der Vollversammlung der Vereinten Nationen Kusnezow nennt die westlichen Abrüstungsvorschläge ultimativ, ebenso ihre Vorschläge in der Vollversammlung zur Fortsetzung der Verhandlungen. Er wirft den Westmächten vor, ein Abrüstungsabkommen zu torpedieren und fordert die Bildung eines ständigen Abrüstungsausschusses der UNO, dem alle Mitglieder angehören müssten.	1832
04. 11. 1957	Verlautbarung der „Londoner Diplomatischen Korrespondenz“ Die „Londoner Diplomatische Korrespondenz“ dementiert eine britische Initiative für eine Revision des WEU-Vertrages zugunsten Deutschlands und betont den britischen Wunsch nach engerer Zusammenarbeit in der NATO auf der Grundlage der These von der gegenseitigen Abhängigkeit.	1835
AUSSPRACHE DES 3. DEUTSCHEN BUNDESTAGES ÜBER DIE REGIERUNGSERKLÄRUNG VOM 29. OKTOBER 1957		
05. 11. 1957	Aus der Erklärung des Abg. Krone (CDU/CSU) Krone betont den Willen der Bundesrepublik Deutschland, zur Abrüstung beizutragen, verweist aber auf die Verschärfung der von Moskau heraufbeschworenen krisenhaften Situation. Die Bundesregierung sei deshalb bereit, ihren vollen Beitrag zur NATO zu leisten. Die sowjetische Haltung zur Wiedervereinigung sei enttäuschend, ungeachtet dessen bleibe die Vier-Mächte-Verwaltung bestehen. Gute Beziehungen zu kommunistischen Staaten seien möglich, solange sie sich nicht wie Jugoslawien in innerdeutsche Angelegenheiten mischten. Krone geht dann auf die europäischen Zusammenschlüsse und die wirtschaftlichen und sozialen Aufgaben ein. Alle Überlegungen müssten immer auch die Menschen in der Sowjetzone einbeziehen und sich dem freiheitlichen und sozialen Rechtsstaat verpflichtet fühlen.	1836
05. 11. 1957	Aus der Erklärung des Abg. Ollenhauer (SPD) Ollenhauer warnt nachdrücklich vor einer Politik der totalen – auch atomaren – Aufrüstung der Bundesrepublik und appelliert an die Bundesregierung, einen Rüstungswettlauf zu verhindern und als Beitrag zur Entspannung auf Atomwaffen zu verzichten. Er schlägt eine Gipfelkonferenz der Atommächte vor. Die Politik der Stärke schließe, abgesehen von den verbündeten westlichen Nationen, eine aktive Außenpolitik weitgehend aus. Ollenhauer bedauert den Abbruch der Beziehungen zu Jugoslawien. Die Gefahr einer Isolierung der Bundesrepublik sei groß. Gute Beziehungen zu den osteuropäischen Ländern lägen im Interesse des deutschen Volkes. Außerdem solle die Bundesregierung für ein Waffenembargo im Nahen Osten eintreten und das deutsche Engagement in Afrika und Asien verstärken, auch gegenüber China. Das Misstrauen in der Welt gegenüber der EWG müsse überwunden werden. In der vordringlichen Aufgabe, der Wiedervereinigung, schließe die Politik der Bundesregierung eine Lösung durch Verständigung aus. An Stelle der Bindung an die NATO schlägt er erneut ein europäisches Sicherheitssystem vor.	1844
05. 11. 1957	Aus der Erklärung des Abg. Becker (FDP) Becker erklärt die Wiedervereinigung als die nationale Frage schlechthin und warnt von einem panischen Wettrüsten. Er begrüßt die Abrüstungsverhandlungen, fordert die Lösung der großen politischen Probleme der Welt im Anschluss an eine Abrüstungsvereinbarung und fragt die Bundesregierung nach ihrer Konzeption einer Ostpolitik.	1850

40. JAHRESFRIST DER SOWJETISCHEN OKTOBER-REVOLUTION

06. 11. 1957 Aus dem Bericht des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, auf der Jubiläumssitzung des Obersten Sowjet der UdSSR  
Chruschtschow hebt die Leistungen der sowjetischen Forschung und Technik und die Bedeutung der neuen sozialistischen Gesellschaft hervor. Er kritisiert Stalin und weist auf den XX. Parteitag der KPdSU als den großen Wendepunkt hin, warnt jedoch davor, die Kritik zu weit zu treiben und „zu Ausfällen gegen die sozialistische Gesellschaftsordnung ... zu missbrauchen“. Die Partei vervollkomme sich unter strikter Anwendung der Leninschen Grundsätze und gestehe auch ihre Fehler ein. Ohne sie wäre das Volk nicht in der Lage gewesen, die Macht zu erringen und die sozialistische Gesellschaft aufzubauen. Das sozialistische Weltsystem sei der Triumph des Marxismus-Leninismus. Chruschtschow hebt die Unterschiede zum „kapitalistischen Weltsystem“ hervor. Jedoch sei die friedliche Koexistenz, die Lenin begründet habe, jetzt eine „historische Notwendigkeit“. Eine sachliche Verständigung auf dieser Grundlage biete die Möglichkeit zur Lösung der großen internationalen Probleme. Darüber sollten sich Vertreter kapitalistischer und sozialistischer Länder in einer Zusammenkunft auf hoher Ebene einigen. Dem stehe aber die aggressive Politik der NATO-Staaten entgegen. Die imperialistischen Monopole seien aus wirtschaftlichen Gründen gegen Abrüstung und Entspannung. Der ideologische Gegensatz sei unüberbrückbar, doch wollten die Kommunisten ihre Ziele niemals mit Hilfe der Gewalt erreichen. 1852
06. 11. 1957 Ansprache des Ersten Sekretärs des ZK der SED, Ulbricht, auf der Jubiläumssitzung des Obersten Sowjet der UdSSR  
Ulbricht dankt der Sowjetunion für ihre „Leistungen von weltgeschichtlicher Bedeutung“ und für ihre Hilfe bei der Gründung des ersten sozialistischen deutschen Staates. Er tritt für den Kampf gegen den Revanchismus, enge Zusammenarbeit mit der Sowjetunion und Sicherung des Friedens gegenüber der NATO ein. Er fordert die Einrichtung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa und die Bildung einer deutschen Konföderation. 1862
06. 11. 1957 Appell des Obersten Sowjet der UdSSR an alle Werktätigen, Politiker, Vertreter der Öffentlichkeit, Wissenschaftler und Kulturschaffenden, Parlamente und Regierungen aller Länder der Welt  
Der Oberste Sowjet richtet einen Appell an alle Völker, den Frieden zu sichern und freundschaftlich zusammenzuarbeiten. Der sozialistische Staat sei seinem Wesen nach gegen jede nationale Unterjochung im Gegensatz zum Anspruch auf Weltherrschaft der Vereinigten Staaten von Amerika. Die friedliebenden Kräfte in der Welt werden zum Zusammenschluss aufgefordert, um eine Politik der friedlichen Koexistenz und der Abrüstung zu sichern und kollektive Sicherheitssysteme in Europa und Asien zu errichten. 1864
07. 11. 1957 Rede des Präsidenten Eisenhower über die amerikanischen Rundfunk- und Fernsehstationen  
Präsident Eisenhower erläutert den Stand der Rüstungsforschung und der nationalen Sicherheit der Vereinigten Staaten und betont die Notwendigkeit, bis zum Abschluss eine dauerhaften Friedens die Verteidigungskräfte so weit wie möglich zu stärken. Erdsatelliten hätten zur Zeit keine Auswirkung auf die Sicherheit. Präsident Eisenhower weist auf die Bedeutung der Verbündeten für die amerikanische Sicherheit hin und fordert die freie Welt zu gemeinsamen wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Anstrengungen auf. Außerdem gibt er Maßnahmen zur Koordinierung und Konzentrierung bei Forschungs- und Produktionsprogrammen bekannt, darunter den Plan eines wissenschaftlichen Komitees innerhalb der NATO. 1869
08. 11. 1957 Aus der Erklärung des Außenministers Lloyd vor dem britischen Unterhaus  
In seinen Ausführungen zur Abrüstung geht Außenminister Lloyd davon aus, dass man Teillösungen suchen müsse, ohne politische Vorbedingungen zu stellen, dass die nukleare und konventionelle Abrüstung gleichzeitig fortschreiten und die Kontrollen den Prüfstein bilden müssten. Er bedauert die ablehnende Haltung der Sowjetunion gegenüber den westlichen Vorschlägen und deren Verzicht auf weitere Mitarbeit im Abrüstungsunterausschuss der UNO. Den Vorschlag der Sowjetunion, einen ständigen Ausschuss aus sämtlichen UNO-Mitgliedern zu bilden, lehnt er ab. Gipfelgesprächen gegenüber ist er skeptisch, sie müssten sorgfältig vorbereitet werden. Er erinnert an die Genfer Konferenz von 1955, wo die Wiedervereinigung durch freie Wahlen von den Russen akzeptiert worden sei, geht auf die Entwicklung seit 1945 ein und weist darauf hin, dass bisher nur die Westmächte sich zu einer grundsätzlichen Verständigung bereit erklärt hätten. Die Spannung habe sich verschärft, Prüfstein seien die Handlungen der Sowjets. 1876

08. 11. 1957	Artikel des Ersten Sekretärs des ZK der verbotenen KPD, Reimann: Einheitliche Arbeiterklasse kann Macht des Kapitals brechen Reimann schreibt, die vierzig Jahre seit der Oktoberrevolution hätten gezeigt, dass die Menschheit erst mit dem Sieg des Proletariats in ihre eigentliche Geschichte eintrete. Die deutsche Arbeiterklasse müsse sich deshalb gegen die Politik der Bundesregierung zusammenschließen. Die Freundschaft mit dem Sowjetvolk sichere Europa den Frieden. Der SPD wird die Spaltung der Arbeiterklasse vorgeworfen. Reimann behauptet, die sozialen Spannungen und die Klassengegensätze verschärften sich in der Bundesrepublik. Nur die Aktionseinheit der Arbeiterklasse könne die Lage ändern.	1880
14. 11. 1957	Aus der Pressekonferenz des Bundesministers Strauß in Bonn Bundesminister Strauß betont den Verzicht der Bundesrepublik Deutschland auf die Produktion von ABC-Waffen und anderer schwerer Waffen und weist auf die Notwendigkeit hin, innerhalb der NATO die Luftverteidigung zu integrieren und in Rüstungsfragen zur Vereinheitlichung und Arbeitsteilung in einem Schwerpunktprogramm zu gelangen. Die Bundeswehr brauche Abwehrraketen kurzer Reichweite; solche Waffen seien nicht mit Atomwaffen identisch.	1885
14. 11. 1957	Rede des Bundestagsvizepräsidenten Jaeger auf der 3. Konferenz der NATO-Parlamentarier Jaeger erklärt, auf Grund der Versteifung des Ost-West-Verhältnisses müsse der Westen alle seine Kräfte zusammenfassen, um den militärischen und technischen Fortschritt der Sowjets auf allen Gebieten auszugleichen. Zunächst sei eine gemeinsame Außenpolitik in der NATO notwendig, außerdem die Standardisierung von Waffen und Gerät und eine gemeinsame Planung und Forschung auf militärischem Gebiet. Die Bundesrepublik Deutschland werde ihren vollen Beitrag trotz großer Belastung leisten.	1887
14. 11. 1957	Resolution 1148 der Vollversammlung der Vereinten Nationen zur Abrüstungsfrage Die Resolution empfiehlt in sechs Punkten schrittweise Teilmaßnahmen zur Abrüstung und wendet sich vor allem an die Mitglieder des Unterausschusses der UN-Abrüstungskommission.	1890
14. 11. 1957	Aus dem Interview des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, mit dem Chefkorrespondenten der Nachrichtenagentur UP, H. Shapiro Chruschtschow sieht für die nächste Zeit keine Kriegsgefahr, da sich die Kräfteverhältnisse gegenüber dem Vorabend des Zweiten Weltkriegs grundlegend geändert hätten. Selbst die deutschen Militaristen könnten keinen Krieg beginnen.	1891
15. 11. 1957	Erklärung eines Sprechers des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Föderativen Volksrepublik Jugoslawien Die jugoslawische Regierung weist die Behauptung zurück, dass sie bei Abschluss des Vertrages über wirtschaftliche Zusammenarbeit mit der Bundesregierung irgendwelche politischen Bedingungen akzeptiert habe, und besteht auf Erfüllung des Vertrags.	1893
16. 11. 1957	Erklärung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Länder Die kommunistischen Parteien entwickeln ein Bild des aufstrebenden Sozialismus und niedergehenden Imperialismus aus der Sicht der marxistischen Theorie. Die Vereinigten Staaten von Amerika seien das Zentrum der aggressiven Weltreaktion, sie erweckten den deutschen Militarismus zu neuem Leben und steigerten die Kriegsgefahr. Die kommunistischen Länder praktizieren demgegenüber die Politik der friedlichen Koexistenz und festigen die Einheit und Zusammenarbeit auf der Grundlage des sozialistischen Internationalismus. Diese Solidarität diene allen friedliebenden Völkern. Solange die Westmächte die Auflösung der Militärpakte verweigerten, müsse die Organisation des Warschauer Paktes bestehen bleiben. Eine verstärkte ideologische Erziehung der Massen sei notwendig. Die Gesetzmäßigkeiten des sozialistischen Aufbaus, die erläutert werden, hätten sich in der Praxis erwiesen, die Fortentwicklung müsse auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus unter Ausschaltung der Abweichungen und unter der Leitung der Partei durchgeführt werden. Der Zusammenschluss der fortschrittlichen und friedliebenden Kräfte der ganzen Welt sei erforderlich, vor allem im Kampf gegen die Kriegsgefahr. Die Möglichkeiten, in einer Reihe kapitalistischer Länder über Aktionseinheit und Volksfront die Staatsmacht zu erringen, müssten genutzt werden.	1893
16. 11. 1957	Anordnung des Innenministers der „DDR“ über die Übertragung von grenzpolizeilichen Funktionen an das Amt für Zoll und Kontrolle des Warenverkehrs Die Anordnung betrifft den Warenverkehr zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland.	1904
18. 11. 1957	Schreiben der Alliierten Kommandantur der Stadt Berlin an den Regierenden Bürgermeister Die alliierte Kommandantur erhebt keine Einwände gegen die Einbeziehung Berlins in den EWG-Vertrag, vorbehaltlich der alliierten Rechte und Verantwortlichkeiten und der Anwendung der Bundesrechtsvorschriften auch auf europäische Verordnungen.	1905

19. 11. 1957	Aus der Pressekonferenz des Staatssekretärs Dulles Staatssekretär Dulles sieht in der bevorstehenden Begegnung mit Bundesminister von Brentano einen Meinungsaustausch im Hinblick auf die NATO-Konferenz. Die Diskussion über die Stationierung von Raketen werde man nicht mit den einzelnen Regierungen beginnen. In der Frage des amerikanischen Schutzes erklärt Staatssekretär Dulles, dass die vertragliche Versicherung für den Fall eines Angriffs auf einen NATO-Partner ausreichend sei. Auch der Einsatz von Atomwaffen werde erfolgen, wenn er angebracht sei.	1906
19. 11. 1957	Friedensmanifest der kommunistischen und Arbeiterparteien Unter Hinweis auf die Schrecken der Weltkriege betonen die kommunistischen und Arbeiterparteien, dass sich die friedliebenden Kräfte sammeln müssten, da seit dem Aufstieg der sozialistischen Welt und der ehemaligen Kolonialvölker ein Krieg nicht mehr unvermeidlich sei. Für die kommunistischen Länder gebe es keine Kriegsgründe. Der Appell richtet sich „an alle Menschen guten Willens in der ganzen Welt“, die Einstellung des Wettrüstens, das Verbot der Atomwaffen, die Entwaffnung des deutschen Militarismus und eine Politik der kollektiven Sicherheit und der friedlichen Koexistenz, auch im Rahmen der UNO, zu fordern.	1908
20. 11. 1957	Entschließung des Vorstandes der SPD zur internationalen Lage Die SPD fordert Abrüstung und Stärkung der Vereinten Nationen gegen den „Wettrlauf zum Untergang“ und appelliert an die Bundesregierung, sich für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa einzusetzen.	1912
21. 11. 1957	Aus dem Interview des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, mit den brasilianischen Journalisten Victorio Martorelli und Tito Fleuri Chruschtschow stellt die Alternative: „Atomkrieg mit allen seinen Folgen oder friedliche Koexistenz“. Angesichts dieser Situation müssten das Wettrüsten und der Kalte Krieg eingestellt werden. Krieg könne am ehesten im Nahen Osten, in Mitteleuropa, in Korea, auf Formosa und in Vietnam entstehen. Zur politischen Bedeutung der sowjetischen Erdsatelliten erklärt er, das Vernünftigste sei ein Ende der Politik der Stärke und eine positive Aufnahme der sowjetischen Abrüstungspläne, nicht eine Verstärkung der Rüstungen. Die Sowjetunion werde bald auch auf wirtschaftlichem Gebiet die kapitalistischen Staaten überholen.	1913
22. 11. 1957	Aus dem Kommuniqué über den Staatsbesuch des Bundespräsidenten Heuss in Rom Das Kommuniqué teilt die Überzeugung beider Präsidenten mit, dass die NATO als Gemeinschaft gleichgestellter Partner weiter gestärkt werden und eine gemeinsame Politik durchgeführt werden müsse. Die Wiedervereinigung Deutschlands sei eine Grundforderung des Friedens in Europa.	1916
22. 11. 1957	Ansprache des Bundesministers Schröder anlässlich der Eröffnung des „Ost-Kollegs der Bundeszentrale für Heimatdienst“ in Köln Bundesminister Schröder erläutert die Aufgabe des Ost-Kollegs, die in der Erforschung der Lehre des Kommunismus und der Auseinandersetzung mit dieser liege.	1917
22. 11. 1957	Erklärung der Regierung der UdSSR Auf Grund der „unter dem Druck der Vereinigten Staaten von Amerika genehmigten Resolution“ der Vollversammlung beschuldigt die Sowjetregierung die Westmächte, die Abrüstung zu verhindern, um ihre Aufrüstung betreiben zu können.	1919
22. 11. 1957	Aus dem Interview des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, mit W. R. Hearst Jr. und den Journalisten F. Conniff und R. Considine Chruschtschow erklärt, die Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika hätten sich nicht verbessert. Das notwendige Vertrauen könne nicht durch eine Luftinspektionszone gegen Überraschungsangriffe hergestellt werden, vielmehr sei das Vertrauen die Voraussetzung einer solchen Zone. Stattdessen schlägt er erneut eine Zone mit Kontrollposten vor. Er beklagt sich, dass die Westmächte ihre eigenen Vorschläge zurücknahmen oder komplizierten, sobald die Sowjets sie akzeptierten. Als Voraussetzung der Koexistenz sollten die herrschenden Kreise der Vereinigten Staaten von Amerika die Welt des Sozialismus und ihren Kampf für den Frieden anerkennen, das sei der Sinn der Erklärung der kommunistischen Parteien. Die Sowjetunion würde keinen Krieg beginnen, habe jedoch waffentechnisch die Vereinigten Staaten von Amerika überholt. Sollten aggressive Kreise den Krieg auslösen, würden die Länder mit amerikanischen Stützpunkten ebenso wie die Vereinigten Staaten von Amerika selbst vernichtet. Man solle lieber die friedlichen Kontakte verstärken. Chruschtschow verweist auf frühere sowjetische Vorschläge. Die Sowjetunion sei bereit, mit den Vereinigten Staaten von Amerika zur Sicherung des Friedens zusammenzuarbeiten und abzurüsten.	1920
23. 11. 1957	Offener Brief von Bertrand Russell an Präsident Eisenhower und den Ersten Sekretär des ZK der KPdSU, Chruschtschow Russel appelliert an beide Staatsmänner, sich zu verständigen. Das Bemühen um Welterherrschaft müsse zu einer ungeheuren Katastrophe führen. Die Verbreitung der Atomwaffen dürfe nicht fortschreiten. Solange keine Verständigung zustande komme, würden große Energien für Zwecke der Vernichtung verwendet und die Ausbildung des Menschen irregeleitet. Deshalb sollten sich beide Staatsmänner über die Bedingungen der Koexistenz unterhalten und um ein friedliches Zusammenleben bemühen.	1928

24. 11. 1957 Rundfunkvortrag von Professor Kennan: Das Problem Ost- und Mitteleuropa  
Kennan sieht die bedeutendsten Streitfragen zwischen Russland und dem Westen in jenen Problemen, die sich aus dem Ende des Zweiten Weltkrieges ergeben, da eine Einigung über Deutschlands Zukunft vor der Kapitulation nicht erreicht worden sei. Die Satellitenstaaten, die den einen Aspekt des Problems bildeten, sieht er vor der Alternative, entweder zu versuchen, sich endgültig zu befreien, oder sich der sowjetischen Herrschaft anzupassen. Das eine sei eine Katastrophe, das andere der restlose Sieg Moskaus. Die einzige Lösung sei der rasche Abzug der sowjetischen Truppen. Das bedeute, dass jede Lösung des Problems der Satellitenstaaten die Lösung der deutschen Frage voraussetze. Unannehmbar für die Russen sei die freie Bündniswahl Gesamtdeutschlands. Deshalb müsse der Abzug der sowjetischen wie der westlichen Truppen aus Deutschland gefordert werden. Die Pflicht zur Behebung der gefährlichen Situation erfordere von den Siegermächten den Verzicht auf die Bedingung völliger Handlungsfreiheit Gesamtdeutschlands. Die militärischen Gefahren dürften nicht überschätzt werden; die NATO würde nicht zusammenbrechen. Misstrauen gegenüber einem wiedervereinigten Deutschland sei falsch. 1930
26. 11. 1957 Artikel der Zeitung „Neues Deutschland“: Harte Strafen für Feinde des Volkes  
Der Artikel behandelt die politische Justiz in der Sowjetzone bei Straftaten, „die auf die Liquidierung der Arbeiter-und-Bauern-Macht gerichtet sind“. Handlungen, die der NATO nützten, seien verfassungsfeindlich. Die Wachsamkeit auf allen Gebieten müsse deshalb erhöht werden. Der Artikel geht vor allem auf die Republikflucht ein und erläutert ihre „großen Nachteile“. Sie sei ein Verrat an den Interessen des ganzen deutschen Volkes. 1939
27. 11. 1957 Ansprache von Papst Pius XII. anlässlich des Besuches des Bundespräsidenten Heuss  
Papst Pius XII. würdigt den deutschen Wiederaufbau und den Willen, zur Einigung Europas beizutragen. Deutschland und Europa hätten die schwere Aufgabe zu lösen, die europäische Kultur zu bewahren. Papst Pius XII. begrüßt die endgültige Entscheidung über den Fortbestand des Reichskonkordats von 1933. 1943
34. PLENUM DES ZK DER SED
27. 11. 1957 Aus dem Bericht des Politbüros, abgegeben von dem Mitglied des ZK der SED, Ebert  
Ebert berichtet über den 40. Jahrestag der Oktoberrevolution in Moskau und hebt hervor, dass sich in diesen 40 Jahren das sozialistische Gesellschaftssystem dem kapitalistischen weit überlegen gezeigt habe. Die Revolution habe die Epoche der Befreiung der Werktätigen und der unterdrückten Völker eingeleitet. Die Sowjetunion werde in 15 Jahren die Vereinigten Staaten von Amerika in der Produktion wichtiger Güter überholen. Ebert zitiert Chruschtschows Mahnung, in der Kritik am Stalinismus nicht zu weit zu gehen. Eine ideologische Versöhnung mit dem Westen sei unmöglich, das schließe aber die friedliche Koexistenz nicht aus. Jeder Angreifer löse den Gegenschlag der Warschauer-Pakt-Staaten aus. In den Beratungen der kommunistischen Parteien habe die Stärkung der vereinten Kräfte und der Zusammenarbeit sowie die führende Rolle der KPdSU im Mittelpunkt gestanden. Ulbricht habe die Überbetonung der Besonderheiten der einzelnen Länder kritisiert, da sie den Kampf gegen die NATO hemme. Der deutsche Militarismus, die Atomkriegsgefahr und das gemeinsame Fortschreiten beim Aufbau des Sozialismus nennt Ebert als weitere Themen. Die Herausgabe einer theoretischen Zeitschrift für die kommunistischen Parteien sei beschlossen worden. Außerdem habe man die Überwindung des Revisionismus zu einer der wichtigsten Aufgaben gemacht. Abschließend geht Ebert auf das Friedensmanifest der kommunistischen Parteien und die Ergebnisse der Beratungen ein; sie gäben der Parteiarbeit die Perspektive. Man sei sich einig gewesen über die Bedrohung durch den deutschen Militarismus und darüber, dass die Konföderation der einzige Weg zur Wiedervereinigung sei. 1945
27. 11. 1957 Beschluss des 34. Plenums des ZK der SED  
Das ZK stimmt den Beschlüssen der kommunistischen Parteien auf dem 40. Jahrestag der Oktoberrevolution voll zu und würdigt deren Bedeutung. Angesichts der Atomkriegspolitik der Vereinigten Staaten von Amerika sei noch engere Zusammenarbeit erforderlich. Alle Parteiorgane und Massenorganisationen sollten praktische Maßnahmen zu einer deutschen Volksbewegung, zum Verbot der Atomwaffen, zur Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa, zum Abzug ausländischer Truppen aus Deutschland, zur Erklärung der Beschlüsse der kommunistischen Parteien, zur Erringung weiterer Erfolge beim Aufbau des Sozialismus und zur Durchführung einer breiteren Propaganda über den Sieg des Sozialismus beschließen. 1960
28. 11. 1957 Kommuniqué über Verhandlungen zwischen Delegationen der „DDR“ und der UdSSR in Berlin  
Die „DDR“ und die Sowjetunion einigen sich in einer Reihe praktischer Fragen, die mit der Zusammenführung naher Verwandter und der Visaerteilung sowie mit den gegenseitigen Beziehungen zusammenhängen. 1965
28. 11. 1957 Vertrag zwischen der „DDR“ und der UdSSR über die Rechtshilfe in Zivil-, Familien- und Strafsachen  
Der Vertrag enthält Bestimmungen über den gegenseitigen Rechtsschutz und über die Verfahrensweise in Fragen der Rechtshilfe. 1967

28. 11. 1957	Schreiben des Präsidiums des Deutschen Friedensrates an alle Friedenskomitees der NATO-Staaten Der Deutsche Friedensrat ruft zu Protesten gegen die NATO-Politik und die atomare Bewaffnung der Bundeswehr auf.	1983
29. 11. 1957	Bericht über eine Pressekonferenz des Bundestagsvizepräsidenten Schmid und des Abg. Erler (SPD) in Bonn Erler und Schmid sind der Meinung, die Vereinigten Staaten von Amerika sollten die Führung des Westens an sich reißen und mit der Sowjetunion zweiseitige Verhandlungen über Entspannung und Abrüstung beginnen. Außerdem empfehlen sie Verhandlungen über eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa und den Abzug ausländischer Truppen aus diesem Gebiet. Der Ausrüstung der Bundeswehr mit nicht atomaren Abwehrraketen stimmen sie zu. Auch innerhalb der NATO gebe es für die Bundesrepublik keine militärische Sicherheit; zu einer engeren politischen Konsultation in der NATO werde es nicht kommen.	1984
29. 11. 1957	Artikel von A. Bevan: Eine echte Friedenspolitik für Europa Bevan erklärt, der Ungarnaufstand habe den politischen Bankrott der Westmächte enthüllt. Er beruft sich auf die Ausführungen Kennans, dass der Westen hinsichtlich der Satellitenstaaten so lange in einer hilflosen Lage sei, so lange die sowjetischen Truppen jene Gebiete nicht geräumt hätten. Deshalb müssten auch die westlichen Truppen abziehen und Deutschland Rüstungsbeschränkungen und Neutralisierung auferlegt werden. Das sei der Preis der Wiedervereinigung.	1986
30. 11. 1957	Bericht über die wissenschaftliche Tagung der deutsch-sowjetischen Historikerkommission vom 25. bis 30. November 1957 Es wird versichert, die Tagung sei eine der wichtigsten Konferenzen der marxistisch-leninistischen Geschichtswissenschaften gewesen. Die sowjetischen Historiker hätten „den kämpferischen Charakter und die wissenschaftliche Qualität der Konferenz“ wesentlich erhöht. Die Themen der Konferenz behandelten den Einfluss der Oktoberrevolution auf Deutschland, deren internationale Bedeutung als Wendepunkt der Geschichte hervorgehoben wird, und die wichtigsten Richtungen der „reaktionären Geschichtsschreibung“ über den Zweiten Weltkrieg. Ihr liege die Tendenz zugrunde, die Aggressionslust der Sowjetunion nachzuweisen und mit der Verteidigung der deutschen Armee der Vorbereitung eines neuen Krieges zu dienen. In der „DDR“ dagegen sei der Gedanke der voraussetzungslosen, unparteilichen Wissenschaft überwunden worden.	1989
30. 11. 1957	Erklärung von Historikern zum Friedensmanifest der kommunistischen und Arbeiterparteien Die Teilnehmer der Historikertagung bekennen sich zum Friedensmanifest der kommunistischen Parteien.	1997
11./12. 1957	Aufsatz des Abg. Meyer (SPD): Eine neue deutsche Ostpolitik Aus Ausgangspunkt einer neuen Ostpolitik nennt Meyer die Freundschaft mit dem westen, die Ablehnung des Kommunismus für Deutschland, den Verzicht auf eine Schaukelpolitik zwischen Ost und West, die Wiedervereinigung als Hauptziel der deutschen Politik und größten Beitrag zum Frieden der Welt, dem selbst die Europapolitik untergeordnet sei, und außerdem die Tatsache, dass Russland als Großmacht nicht zum Nachgeben zu zwingen sei. Auch die slawische Welt sei für uns wesentlich; eine Revolution habe noch nie einen weltweiten Sieg errungen, und auch die Sowjetunion unterliege den Gesetzen der Evolution. In seinen Folgerungen warnt Meyer vor dem Versuch, den Kommunismus über die Satellitenstaaten aufzurollen. Russland sei der entscheidende Faktor. Ein erstes Eingehen auf sowjetische Gedankengänge sei unerlässlich. Der Abzug ausländischer Truppen müsse erwogen werden, ebenso das Ausscheiden der Bundesrepublik aus der NATO. Deutschland solle außerdem frei bleiben von Atomwaffen. Als letztes schlägt Meyer vor, einen Großteil der Regierung und der Arbeiten des Parlaments nach Berlin zu verlegen.	1998
01. 12. 1957	Artikel von P. W. Wenger: Kleinstdeutsche oder mitteleuropäische Perspektive? Wenger skizziert den Stand der deutschen Frage. Zwei Schwächen kritisiert er an der Konzeption der Bundesregierung: Die Identität der Grenzen von 1937 und 1919 und die völlige Entscheidungsfreiheit Gesamtdeutschlands. Kennan und englischen Kreisen wirft er vor, eine „kleinstdeutsche Lösung“ anzustreben. Er führt das Problem der deutschen Spaltung in einer historischen Betrachtung auf den Verlust der europäischen Mitte seit dem Ersten Weltkrieg zurück und erinnert an das Modell des Deutschen Bundes. Er schlägt einen entspannten mitteleuropäischen Raum zwischen Rhein und Weichsel mit dem stufenweisen Rückzug der ausländischen Truppen vor. Deutsche Randgebiete würden nicht zu jener Zone gehören. Wenger fasst seine Vorstellungen in fünf Forderungen zusammen. Dabei geht er von der europäischen Aufgabe aus und stellt die Freiheit der Sowjetzone über die Einheit.	2005
04. 12. 1957	Sowjetische Mitteilung über die Fortführung der deutsch-sowjetischen Verhandlungen Die Sowjetunion teilt mit, dass Besprechungen über die Tagesordnung stattgefunden hätten.	2011
04. 12. 1957	Kommentar der „Diplomatischen Korrespondenz“: Kennans Ratschläge Die „Diplomatische Korrespondenz“ erläutert die Vorschläge und Analysen Kennans. Der Verzicht auf die Entscheidungsfreiheit Gesamtdeutschlands sei nicht annehmbar, die Vorschläge des Abzugs der ausländischen Truppen und einer atomwaffenfreien Zone böten weder eine Kontrolle noch eine Garantie. Ein System europäischer Sicherheit könne nicht auf dem Status quo der Teilung Deutschlands errichtet werden.	2011

04. 12. 1957	Resolution der 3. Arbeitstagung der deutsch-polnischen Historikerkommission in Leipzig Die Kommission unterstützt die Initiative Polens und der Sowjetzone, die Ostsee zu einem „Friedensmeer“ zu machen.	2014
04. 12. 1957	Bericht von Professor Schilfert über die 3. Arbeitstagung der deutsch-polnischen Historikerkommission in Leipzig Prof. Schilfert hebt die gemeinsame Arbeit an einem Dokumentenband über die deutsch-polnischen Beziehungen und an der geplanten Herausgabe von Material zu den schlesischen Volksaufständen von 1918–1921 hervor und weist auf den Kampf gegen die deutsche Geschichtsschreibung hin.	2016
05. 12. 1957	Bericht von St. Doernberg über die 1. Arbeitstagung der deutsch-sowjetischen Historikerkommission in Berlin Doernberg berichtet über die nächsten Pläne und Aufgaben der Kommission.	2017
05. 12. 1957	Kommuniqué über die Besprechungen des Bundesministers von Brentano mit der britischen Regierung in London Das Kommuniqué teilt mit, beide Regierungen seien sich einig darüber, die Wiedervereinigungspolitik auf der Grundlage der Berliner Erklärung fortzusetzen, sähen hinsichtlich der Notwendigkeit einer europäischen Freihandelszone und einer Stärkung der Einheit der freien Welt gleicher Meinung.	2018
06. 12. 1957	Aus der Pressekonferenz des Bundesministers von Brentano in Bonn Bundesminister von Brentano gibt zunächst einen Überblick über die deutsch-britischen Verhandlungen und geht vor allem auf das Problem der britischen Stationierungskosten ein. Innerhalb der NATO gehe es ihm besonders um eine Abstimmung der Politik und eine engere Zusammenarbeit auf allen Gebieten. Kennans Vorschläge zur Regelung der deutschen Frage hält er für unrealistisch. In den deutsch-sowjetischen Verhandlungen hofft er auf eine Annäherung der Standpunkte hinsichtlich eines Wirtschafts- und Konsularvertrages. In der Frage der atomaren Bewaffnung müsse jedes NATO-Land selbst entscheiden; in der Bundesrepublik Deutschland sei die Frage nicht aktuell.	2019
07. 12. 1957	Antwort des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, auf den Offenen Brief von Bertrand Russell Chruschtschow stimmt mit Russell darin überein, dass ein Atomkrieg eine furchtbare Katastrophe sei und der Frieden durch eine russisch-amerikanische Regelung gesichert werden müsse. Er wiederholt den Vorschlag, keine Atomwaffen auf fremden Territorien zu lagern, vor allem nicht in Deutschland, um deren weitere Verbreitung zu verhindern. Entscheidend sei aber das Verbot der Atomwaffen überhaupt. Die Worte Russells entsprächen der Konzeption der friedlichen Koexistenz. Die Sowjetunion erstrebe nach wie vor freundschaftliche Beziehungen zu den Vereinigten Staaten von Amerika auf allen Gebieten. Eine Begegnung zwischen den Führern beider Länder hänge von den Vereinigten Staaten von Amerika ab. Gefährlich sei die Benützung Englands als amerikanische Raketenbasis. Es würde Opfer eines atomaren Gegenschlags werden. Der Kampf für den Frieden sei eine Angelegenheit aller Menschen guten Willens.	2024
09. 12. 1957	Erklärung der Regierung der Bundesrepublik Deutschland anlässlich der Hinterlegung der deutschen Ratifikationsurkunde zu den Verträgen vom 25. März 1957 Die Bundesregierung erklärt, die Verträge über die Gründung von EWG und Euratom schlossen Berlin ein, die Stellung der Besatzungsmächte bleibe davon unberührt.	2029
	SCHREIBEN DES MINISTERPRÄSIDENTEN BULGANIN AN DIE REGIERUNGSCHEFS DER NATO-MITGLIEDSTAATEN	
10. 12. 1957	Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Präsident Eisenhower Ministerpräsident Bulganin warnt vor einer Forcierung der Rüstungsproduktion und der Kriegsvorbereitungen in der NATO und weist die Behauptung einer Bedrohung durch die Sowjetunion zurück. Militärstützpunkte und Inanspruchnahme von Verbündeten könnten keine der Großmächte beim gegenwärtigen Stand der Kriegstechnik mehr schützen. Die Lieferung von Atomwaffen an Verbündete der Vereinigten Staaten von Amerika verschärfe die Spannung. Die Politik der Koexistenz werde nicht nur von kommunistischen Staaten vertreten; sie sei der einzig vernünftige Weg. Von einer Verbesserung des russisch-amerikanischen Verhältnisses hänge in entscheidendem Maße der Weltfrieden ab. Ministerpräsident Bulganin schlägt u.a. vor, auf den Einsatz von Atomwaffen verbindlich zu verzichten, keine Versuchsexplosionen durchzuführen, eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa einzurichten und einen Nichtangriffspakt zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages zu schließen. Abschließend erklärt er sich zu einer Gipfelkonferenz bereit.	2030

10. 12. 1957 Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Bundeskanzler Adenauer  
Ministerpräsident Bulganin äußert sich besorgt über Vorbereitungen der NATO zu einem Atomkrieg und die Verstärkung der amerikanischen Militärstützpunkte. Die Vereinigten Staaten von Amerika sollten die Reserven ihrer Verbündeten ausnutzen und lieferten sie durch die Stationierung von Atomwaffen einem atomaren Gegenschlag aus. Diese unheilvolle Entwicklung müsse aufgehalten werden. Es komme viel auf die Haltung der Bundesregierung an. Sie scheine jedoch zur Atomrüstung übergehen zu wollen, obwohl sie nicht dazu verpflichtet sei, ebensowenig wie zur Lagerung amerikanischer Atomwaffen. Damit nehme es die Bundesrepublik Deutschland auf sich, zum Atomkriegsschauplatz zu werden. Diese Politik der Stärke verhindere die Wiedervereinigung und einen gerechten Friedensvertrag. Einen nur lokalen Krieg werde es nicht geben. Deshalb förderten die Lebensinteressen aller Völker eine Politik der friedlichen Koexistenz und die Wiederherstellung des Vertrauens zwischen den Staaten. Dazu würden Vereinbarungen beitragen, die den Verzicht auf Anwendung von Atomwaffen und auf Gewaltanwendung, einen Nichtangriffspakt zwischen der NATO und den Staaten des Warschauer Vertrages und eine Beendigung von Atomversuchsexplosionen zum Inhalt hätten. Auch die Bildung einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa würde der Entspannung dienen. Er empfiehlt ein Abkommen zwischen der „DDR“ und der Bundesrepublik Deutschland, keine Atomwaffen herzustellen oder zu lagern, und einen Abzug der ausländischen Streitkräfte. Eine Verständigung zwischen der Sowjetunion und den Vereinigten Staaten von Amerika würde nicht auf Kosten anderer Staaten gehen; andererseits liege der Sowjetunion an einer Verbesserung und Intensivierung der Beziehungen zur Bundesrepublik im Rahmen der laufenden Verhandlungen. 2037
10. 12. 1957 Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Premierminister Macmillan  
Ministerpräsident Bulganin ist der Auffassung, die NATO treffe mit allen Mitteln Vorbereitungen zu einem Atomkrieg, sogar durch atomare Ausrüstung der Bundeswehr. Man versuche, einen umfassenden Block zustande zu bringen, und spreche deshalb von einer sowjetischen Bedrohung und schüre eine Kriegspsychose. Die Vereinigten Staaten von Amerika würden durch ihre Stützpunkte ihre Verbündeten in eine gefährliche Lage bringen. Die Lokalisierung eines Krieges sei eine Selbsttäuschung. Auf der Grundlage der Koexistenz müsse ein neues Vertrauen unter den Staaten geschaffen werden. Dazu würde vor allem die Lösung der Abrüstungsfrage beitragen. Ministerpräsident Bulganin wiederholt seine Vorschläge zu ersten Maßnahmen einer atomaren Abrüstung und zur Entspannung und betont das Interesse einer engen Zusammenarbeit mit Großbritannien auf allen Gebieten. 2055
10. 12. 1957 Schreiben des Ministerpräsidenten Bulganin an Ministerpräsident Gaillard  
Entsprechend seinen Schreiben an die anderen Westmächte äußert Ministerpräsident Bulganin seine Besorgnis über die durch die NATO hervorgerufene Atomkriegsgefahr, betont die Bedrohung der Sicherheit der europäischen Völker, weist aggressive Absichten der Sowjetunion als Fabeleien zurück und empfiehlt unter Hinweis auf die alte Freundschaft zwischen Russland und Frankreich die Politik der friedlichen Koexistenz. Er wiederholt seine Vorschläge zur atomaren Abrüstung und Entspannung und tritt für eine Verbesserung der Beziehungen und für persönliche Kontakte der Staatsmänner beider Länder ein. 2062
11. 12. 1957 Interview des Außenministers Rapacki für die Zeitung „Die Welt“  
Außenminister Rapacki bekundet sein starkes Interesse an einer Entspannung und Stabilisierung des Friedens. Man dürfe die Spaltung Europas nicht durch atomares Wettrüsten und Ausrüstung der Bundeswehr mit Atomwaffen verschärfen. Deshalb schlage er eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa vor. Der Plan sei mit den Staaten des Warschauer Paktes abgesprochen. Wichtig sei zunächst das Einverständnis der betroffenen Staaten, dann könne man auch geeignete Kontrollmethoden finden. Außenminister Rapacki betont, dass zwischen der Unabhängigkeit der polnischen Außenpolitik und dem Bündnis mit der Sowjetunion kein Widerspruch bestehe. Die kleineren Staaten hätten die Möglichkeit, einen ersten Schritt zur Entspannung zu tun. 2069

AUSSPRACHE DER VOLKSKAMMER DER „DDR“

11. 12. 1957 Regierungserklärung, abgegeben von Ministerpräsident Grotewohl  
Ministerpräsident Grotewohl würdigt das Friedensmanifest der kommunistischen Parteien und betont, dass seit Bestehen des mächtigen sozialistischen Lagers Kriege nicht mehr unvermeidlich seien. Die Imperialisten seien bereit, die Existenz der Menschheit aufs Spiel zu setzen. Doch nur der Kapitalismus werde in einem Atomkrieg untergehen, denn die Völker seien unsterblich. Der Imperialismus stecke in einer schweren Krise und entfachte deshalb Furcht vor den kommunistischen Ländern. Die NATO werde atomar aufgerüstet. Die beiden deutschen Staaten sollten übereinkommen, die Lagerung und Herstellung von Atomwaffen in Deutschland zu verbieten, aus der NATO bzw. dem Warschauer Pakt auszuschneiden und die vier Mächte zum Abzug ihrer Truppen zu bewegen. Es komme vor allem darauf an, im Sinne der friedlichen Koexistenz eine absolute Änderung der Politik der Bundesregierung herbeizuführen. Eine gewaltige Volksbewegung gegen die Produktion oder Lagerung von Atomwaffen auf deutschem Boden müsse „den Weg zu einer friedlichen Entwicklung Deutschlands frei“ machen. Die Bundesregierung dürfe auf der kommenden NATO-Tagung keine neuen Verpflichtungen eingehen. Es gehe um die grundsätzliche Entscheidung zwischen Krieg und Frieden. 2073
11. 12. 1957 Gemeinsame EntschlieÙung der Volkskammer  
Die Fraktionen stimmen der Regierungserklärung zu und begrüÙen den Aufruf des Obersten Sowjet und das Friedensmanifest der kommunistischen Parteien. 2083
11. 12. 1957 Appell der Volkskammer an den Deutschen Bundestag  
Die Volkskammer fordert den Bundestag auf, dafür einzutreten, dass die Bundesregierung gemeinsam mit der Regierung der „DDR“ Atomwaffen in Deutschland ablehnt und sich für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa einsetzt. 2084
11. 12. 1957 Erklärung des Justizministers, Frau Benjamin  
Frau Benjamin erläutert die Bedeutung des Gesetzes zur Ergänzung des Strafgesetzbuches. Der sozialistische Staat widme dem Strafrecht besondere Aufmerksamkeit, „weil im Verbrechen eine besonders schwere und gefährliche Form des Klassenkampfes zutage tritt“. Jetzt werde zum Gesetz erhoben, „was als werdendes sozialistisches Recht in den Rechtsanschauungen der Mehrheit der Werktätigen seinen Ausdruck gefunden und sich in der Praxis der Gerichte weitgehend durchgesetzt hat“. Frau Benjamin vergleicht die Rechtsprechung in der Sowjetzone mit der in der Bundesrepublik Deutschland, die den herrschenden Kreisen diene und die Nationalsozialisten unterstütze. Das vorgelegte Gesetz enthalte die Weiterentwicklung des Strafsystems in der „DDR“, die Neufassung der Tatbestände von gegen sie gerichteten Verbrechen, die wichtigsten Strafbestimmungen über militärische Verbrechen und die Neuregelung des strafrechtlichen Schutzes des gesellschaftlichen Eigentums in der „DDR“. Es folgt eine eingehende Erläuterung dieser Neuerungen. Abschließend begründet Frau Benjamin den Entwurf eines Strafregistergesetzes. 2085
11. 12. 1957 Gesetz zur Ergänzung des Strafgesetzbuches der „DDR“ (Strafrechtsergänzungsgesetz)  
Das Gesetz bringt im ersten Teil als „Ergänzung zum Allgemeinen Teil des Strafgesetzbuches“ eine Regelung der bedingten Verurteilung. Maßstab ist u.a. die „Gesellschaftsfähigkeit der Tat“. Als Ahndung werden öffentlicher Tadel und öffentliche Bekanntmachung von Bestrafungen eingeführt. Eine Bestrafung erfolgt nicht, wenn der Täter nach einer grundlegenden Wandlung zeigt, dass er die sozialistische Gesetzlichkeit achten wird. Der zweite Teil umfasst die „Ergänzung zum Besonderen Teil des Strafgesetzbuches“. Dieser Teil definiert und belegt mit Strafen Verbrechen gegen den Staat und die Tätigkeit seiner Organe und Verbrechen gegen gesellschaftliches Eigentum. Der dritte Teil befasst sich mit Verbrechen gegen die militärische Disziplin, der vierte Teil bringt sonstige Gesetzesänderungen, vor allem die Änderung des Handelsschutzgesetzes. 2098
11. 12. 1957 Gesetz zur Änderung des Passgesetzes der „DDR“  
Die Neufassung macht Aus- und Einreise in die „DDR“ sowie den Aufenthalt dort von einer Genehmigung abhängig. 2108
12. 12. 1957 Erklärung des 3. Deutschen Bundestages  
Der Deutsche Bundestag protestiert gegen die „brutale Knebelung der Freizügigkeit“ durch die Änderungen des Pass- und Strafgesetzes. Damit werde die Spaltung Deutschlands vertieft. 2109

12. 12. 1957	<p>Note der Regierung der UdSSR an die Regierungen der Mitgliedstaaten der Vereinten Nationen und der Schweiz</p> <p>Die Sowjetregierung fühlt sich verpflichtet, vor der atomaren Aufrüstung und der Verstärkung des Wettrüstens durch die NATO zu warnen und spricht von forcierten Vorbereitungen eines Krieges mit Kernwaffeneinsatz. Die Pläne, NATO, SEATO und Bagdadpakt zu vereinigen, würden die UNO lahmlegen. Heute lasse sich ein Krieg nicht mehr lokalisieren. Die Furcht vor der Sowjetunion sei nur ein Vorwand für die Aufrüstung. Die Sowjetunion trete weiterhin für eine Politik der Entspannung und Abrüstung ein. Sie wiederholt in der Note ihre Vorstellungen in dieser Hinsicht und erinnert vor allem an ihre auf der 12. UNO-Vollversammlung unterbreiteten Vorschläge zur Politik der Koexistenz und zur Abrüstung. Die dort gefassten Beschlüsse zur Abrüstungsfrage lehnt sie ab. Nur eine Politik der friedlichen Koexistenz verhindere die Gefahr eines neuen Weltkrieges. Deshalb müsse das Wettrüsten beendet werden; die Großmächte könnten sich verpflichten, keine Atomwaffen einzusetzen und ihre Erprobung für einige Jahre einzustellen. Außerdem müsste ein Nichtangriffspakt für die Staaten der NATO und des Warschauer Vertrages und eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa beschlossen werden. Auch durch enge kulturelle und wirtschaftliche Beziehungen könne das Misstrauen zwischen den Völkern beseitigt werden.</p>	2110
12. 12. 1957	<p>Aus der Rede des Bundesministers Lemmer auf einer gemeinsamen Veranstaltung der Technischen Hochschule Aachen und des DGB-Kreisausschusses Aachen</p> <p>Im Hinblick darauf, dass Sozialpolitik ein Faktor der Wiedervereinigung sei, erklärt Bundesminister Lemmer, nicht dem ökonomischen und sozialen System der Sowjetunion gehöre die Zukunft. Er legt an Beispielen die Überlegenheit der Verhältnisse in der Bundesrepublik gegenüber denen in der Sowjetzone dar und geht anschließend auf die Gewerkschaften in beiden Teilen Deutschlands ein.</p>	2117
13. 12. 1957	<p>Stellungnahme der „Diplomatischen Korrespondenz“ zum Stand der deutsch-sowjetischen Verhandlungen</p> <p>Die „Diplomatische Korrespondenz“ geht kurz auf den bisherigen Verlauf der deutsch-sowjetischen Verhandlungen ein und weist unter den drei Themen Handel, Konsularfragen und Repatriierung besonders auf die Bedeutung des letzten hin. Die sachliche Auseinandersetzung gehe darum, wer deutscher Staatsbürger sei.</p>	2122
13. 12. 1957	<p>Erklärung des Außenministers Rapacki vor dem Ausschuss für Auswärtige Angelegenheiten des Sejm</p> <p>Außenminister Rapacki äußert sich besorgt über die Verstärkung des Wettrüstens durch die NATO. Das sozialistische Lager kämpfe für die Sache des Friedens; in der kapitalistischen Welt dagegen gebe es zwei Tendenzen, deren eine die Verschärfung der internationalen Lage, deren andere Entspannung und Koexistenz zum Ziel habe. Die Politik der Stärke sei gescheitert. Da die Pläne, vor allem in Deutschland Atomwaffen zu lagern, die Spaltung Europas vertiefen würden, habe er seinen Plan einer atomwaffenfreien Zone in Mitteleuropa vorgelegt. Der Militarismus und Revisionismus in der Bundesrepublik werde durch die Politik der NATO-Länder, die deutsche Wiederbewaffnung zu forcieren und die polnische Westgrenze nicht anzuerkennen, unterstützt. Abrüstung sei für die Sicherheit wirkungsvoller und billiger als das Wettrüsten. Der polnische Plan habe auch im Westen allgemein Interesse gefunden. Eine Plattform der Verständigung müsse geschaffen werden. Das Anwachsen der Kräfte des Sozialismus berechtige zu Optimismus, ebenso ihre Politik der Koexistenz.</p>	2124
14. 12. 1957	<p>Erklärung des Bundesministers Lemmer</p> <p>Bundesminister Lemmer erklärt, die Passgesetze der „DDR“ vertieften die deutsche Spaltung. Die neue Verschärfung erfülle die Bundesregierung mit großer Sorge.</p>	2133
14. 12. 1957	<p>Aus der Erklärung der Regierung der Tschechoslowakischen Republik</p> <p>Die tschechische Regierung begrüßt die sowjetischen Entspannungsvorschläge. Atombasen auf dem Gebiet der Bundesrepublik seien für alle europäischen Völker eine Gefahr, deshalb trete sie für eine atomwaffenfreie Zone ein.</p>	2133
14. 12. 1957	<p>Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der Ungarischen Volksrepublik</p> <p>Das Ministerium begrüßt den Appell der Volkskammer an den Deutschen Bundestag, Deutschland frei von Atomwaffen zu halten.</p>	2134
14. 12. 1957	<p>Bericht über eine Pressekonferenz von A. Bevan in Berlin</p> <p>Bevan habe betont, man könne den Russen keine Entscheidungsfreiheit Gesamtdeutschlands über seine Bündnisse zumuten. Man müsse vor allem erst einmal mit der Sowjetunion sprechen. Die Kontrolle einer militärisch verdünnten Zone sei nicht schwer. Im Falle eines Labour-Wahlsieges werde die Sowjetzone nicht anerkannt.</p>	2135
15. 12. 1957	<p>Aus dem Interview des Außenministers Rapacki für die Zeitung „Le Monde“</p> <p>Außenminister Rapacki betont, die Bemühungen um die Abrüstung im Rahmen der UNO dürften nicht aufgegeben werden. Er erläutert seinen Plan einer atomwaffenfreien Zone. Ein umfassenderes Abrüstungsabkommen werde dadurch erleichtert.</p>	2136

15. 12. 1957 Aus dem Interview des Ministerpräsidenten Grotewohl mit dem Korrespondenten der Zeitung „Daily Express“, W. Hamsher  
Ministerpräsident Grotewohl führt aus, Deutschland müsse ein friedliches und wirklich demokratisches Land werden. Die Wiedervereinigung sei eine Angelegenheit der Deutschen selbst. Die unterschiedliche Entwicklung beider deutscher Staaten erlaube nur den Weg über eine Konföderation. Beide Teile sollten zunächst aus den Militärblocken austreten. Die Bundesregierung dürfe keine weiteren NATO-Verpflichtungen übernehmen und solle mit der „DDR“ auf der Grundlage des Rapacki-Plans verhandeln. 2138
- TAGUNG DER REGIERUNGSCHEFS DER NATO-MITGLIEDSTAATEN IN PARIS
16. 12. 1957 Erklärung des Präsidenten Eisenhower auf der Eröffnungssitzung  
Präsident Eisenhower betont, dass es die eigentliche Aufgabe der NATO sei, „einen schöpferischen und dynamischen Frieden“ der Gerechtigkeit zu erstreben. Die gemeinsamen Anstrengungen müssten gestärkt werden, da der Kommunismus versuche, die freie Welt auf militärischem und wirtschaftlichem Gebiet zu überholen. Er geht dann auf die westlichen Abrüstungsvorstellungen seit 1945 ein und hebt die moralischen und politischen Werte des Westens hervor, vor allem die Bedeutung der Freiheit. Sie fordere ihren Preis. 2142
16. 12. 1957 Erklärung des Bundeskanzlers Adenauer auf der Eröffnungssitzung  
Bundeskanzler Adenauer erklärt, Frieden sei nur über eine kontrollierte Abrüstung zu erreichen. Er sei bereit, auf Grund der letzten Vorschläge Bulganins die präzisen sowjetischen Vorstellungen zu erkunden. Die Weltrevolution bleibe das Ziel des Kommunismus, auch wenn sie zur Zeit mit friedlichen Mitteln propagiert werde. Deshalb müsse die NATO „so stark, so umfassend, so wirksam wie möglich“ sein. Der Bundeskanzler hebt die politische Bedeutung des Grundsatzes der Interdependenz innerhalb der NATO hervor und fordert politische Koordinierung und Konsultation. In der Frage der Wiedervereinigung sollte man gemeinsam die Sowjets immer wieder an ihre Verpflichtung zu freien Wahlen erinnern. Er begrüßt den Plan einer Förderung von Wissenschaft und Forschung in der NATO und betont die Notwendigkeit, die ganze Allianz mit den modernsten Waffen auszurüsten. 2148
16. 12. 1957 Aus der Erklärung des Präsidenten Eisenhower  
Präsident Eisenhower geht auf die Bedeutung einer Abrüstungsvereinbarung ein, hebt die Billigung der westlichen Vorschläge vom 29. August 1957 durch die UNO-Vollversammlung hervor und empfiehlt die Einrichtung einer technischen Beratergruppe zur fortgesetzten Untersuchung des Problems. Er stellt mit Nachdruck fest, dass Deutschland wiedervereinigt werden müsse, und bekräftigt, dass es in Berlin kein Zeichen westlicher Schwäche geben dürfe. 2151
19. 12. 1957 Erklärung der Regierungschefs  
Die Regierungschefs bekräftigen die Gemeinsamkeit in den Grundsätzen und Zielen der NATO und lenken die Aufmerksamkeit auf die wachsende Drohung des internationalen Kommunismus. 2152
19. 12. 1957 Kommuniqué über die Tagung des Nordatlantikrates  
Das Kommuniqué beginnt mit einer Übersicht über die internationale Lage, die es erfordere, dass auch die politische und wirtschaftliche Stärke nach dem Grundsatz der Interdependenz organisiert werde. In der Frage der Wiedervereinigung Deutschlands bekräftigt das Kommuniqué die Forderung nach freien Wahlen. Eine Verbesserung der Konsultation soll über die ständigen Vertreter bei der NATO angestrebt werden. Die westlichen Abrüstungsvorschläge sollen bestehen bleiben; wichtig sei in jedem Falle eine wirksame Kontrolle. Die Haltung der Sowjetunion in dieser Hinsicht sei bedauerlich. Die NATO-Mitglieder kündigen die Einsetzung einer Expertenkommission an und erklären sich jederzeit zu Abrüstungsverhandlungen bereit. In Fragen der Verteidigung setzen sie eine einheitliche, der jüngsten Entwicklung folgende Bewaffnung und weitgehende Standardisierung und Integration zum Ziel. Außerdem wollen sie die Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Wissenschaft, Technik und Wirtschaft vorantreiben. 2154
19. 12. 1957 Interview des Bundeskanzlers Adenauer für den Hessischen Rundfunk  
Als Gründe und Themen für die soeben beendete NATO-Konferenz nennt Bundeskanzler Adenauer das kommunistische Streben nach Beherrschung der Welt, die notwendige Anpassung an die veränderte Weltsituation und eine erneute strategische Konzeption, die auf Grund der sowjetischen interkontinentalen Raketen erforderlich sei. Die Konferenz sei ein großer Erfolg gewesen, die NATO stelle jetzt eine politische Opposition mit militärischen Machtmitteln dar. 2159

19. 12. 1957 Interview des Vorsitzenden der SPD, Ollenhauer, für den Hessischen Rundfunk  
Ollenhauer begrüßt es, dass die Teilnehmer an der NATO-Konferenz auf die sowjetische Haltung auch eine politische Antwort gegeben hätten und die Abrüstungsgespräche wieder beginnen wollten. An diesen Beschlüssen habe auch die Haltung der nordischen und deutschen Sozialdemokraten Anteil. Andererseits hätte sich die Bundesregierung eindeutig gegen die atomare Bewaffnung der Bundeswehr aussprechen sollen. Man habe auch keinerlei Vereinbarungen über die Themen bei Verhandlungen mit der Sowjetunion getroffen. Der „negativste Teil“ der Konferenz sei die Behandlung der deutschen Frage gewesen. Ollenhauer begrüßt die von Bundeskanzler Adenauer geäußerte Bereitschaft, die präzisen sowjetischen Vorstellungen zu erkunden, empfiehlt jedoch, in aller Stille intensiv diplomatisch zu verhandeln. Die Möglichkeiten zu Verhandlungen müssten jetzt genutzt werden. 2160
19. 12. 1957 Erklärung des Regierenden Bürgermeisters Brandt vor dem Abgeordnetenhaus von Berlin  
Brandt begrüßt es, dass das Kuratorium Unteilbares Deutschland die Menschenrechtskommission der UNO auf das sowjetzonale Passgesetz aufmerksam machte. Er betont die Gefahr für den Frieden, die aus der deutschen Spaltung erwachse und fordert, dass Berlin als Hauptstadt Deutschlands weiter ausgebaut werde. 2163
19. 12. 1957 Aus dem Interview des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, mit dem Chefredakteur der Zeitung „Daily Express“, A. Pickering  
Chruschtschow erklärt, Voraussetzung der Wiedervereinigung sei, dass der Status quo zweier deutscher Staaten zugrunde gelegt werde. Dann könne eine Konföderation folgen. Vorschläge, Deutschland zu neutralisieren und atomwaffenfrei zu halten, würde er begrüßen. 2165
20. 12. 1957 Aus der Erklärung des Bundesratspräsidenten Brandt im Bundesrat  
Brandt hebt hervor, dass man der Wiedervereinigung Deutschlands bisher nicht nähergekommen sei. Dieses Problem könne nicht isoliert von der weltpolitischen Entwicklung und der internationalen Sicherheit gelöst werden. Er verurteilt die sowjetzonalen Strafgesetzänderungen und fordert den Ausbau Berlins als Hauptstadt. 2166
- AUSSENPOLITISCHE AUSSPRACHE DES BRITISCHEN UNTERHAUSES
20. 12. 1957 Aus der Erklärung des Außenministers Lloyd  
Außenminister Lloyd wirft der Sowjetunion vor, sie betreibe eine Expansionspolitik, die sie notfalls mit Gewalt durchführen wolle. Sie arbeite auf den Auseinanderfall der NATO hin. Der Verzicht auf die Bündnisse würde ein Land nach dem anderen der Sowjetunion ausliefern. Ein Disengagement in Europa mit der Neutralisierung Deutschlands sei unmöglich, es würde ein nicht zu kontrollierendes Element der Unsicherheit darstellen; außerdem würde die NATO geschwächt. Ein Niemandsland auf Grund des Disengagements sei eine große Gefahr. Stattdessen müsse die Wirksamkeit der NATO gesteigert werden, sowohl in politischer wie militärischer Hinsicht und auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe. Außenminister Lloyd erläutert den Grundsatz der Interdependenz und die neuen NATO-Pläne zur Förderung der Zusammenarbeit. Jede Möglichkeit zur Entspannung und Verständigung werde aufgegriffen, besonders in der Abrüstungsfrage. England begrüße auch eine gut vorbereitete Gipfelkonferenz. 2167
20. 12. 1957 Erklärung des Abg. Healey  
Healey wirft der Regierung philisterhafte Selbstgefälligkeit vor und bezeichnet die NATO-Konferenz als Misserfolg. Die Initiative bleibe der Sowjetunion, während die angloamerikanische Führung von den kleineren Nationen bestritten werde. Er hält dem Außenminister Inkonsequenz und Ungeschicklichkeiten gegenüber NATO-Partnern vor. Die NATO verharre in einer überholten Haltung; das gelte auch für die britische Regierung. Entsetzlich sei die Verteilung taktischer und strategischer Atomwaffen an die NATO-Mitglieder. Healey kritisiert die Ablehnung von Disengagement-Vorschlägen. Unbeweglichkeit und Unsicherheit ließen die Unterstützung durch die blockfreien Länder dahinschmelzen. 2173
20. 12. 1957 Aus der Erklärung des Premierministers Macmillan  
Premierminister Macmillan weist die Vorwürfe der Opposition zurück und verteidigt die NATO-Verhandlungen. Auch die Sowjetunion habe die Sinnlosigkeit eines Krieges erkannt. Man dürfe dabei aber die Sicherheit nicht vergessen, die die NATO gewähre. In der Abrüstungsfrage seien Kontrolle und Inspektion der Angelpunkt. Die NATO müsse sowohl stark als auch bereit zu Verhandlungen sein. Ein Schritt zur politischen Einheit sei getan. Die Abrüstungsgespräche könnten, wenn die Sowjetunion den auf ihren Wunsch vergrößerten UNO-Abrüstungsausschuss dafür ablehne, von den Außenministern fortgesetzt werden. 2178

20. 12. 1957 Aus einem Rundfunk- und Fernsehgespräch mit Professor Kennan Healey erklärt, in seinen Vorträgen habe er den Regierungen sagen wollen, worüber sie nachdenken, nicht was sie tun sollten. Sie sollten ihre Auffassung überprüfen, dass Deutschland seinen Status nach der Wiedervereinigung selbst wählen müsse und dass ein Disengagement von vornherein einen militärischen Nachteil bedeute. Die NATO-Verpflichtung bestünde auch ohne NATO-Truppen in Deutschland. Wie weit die NATO-Truppen sich zurückziehen sollten, bleibe zu erwägen. Die amerikanischen Truppen jedoch sollten den Kontinent ganz verlassen. Ein Disengagement müsse allerdings auch die Räumung Ungarns und Polens umfassen. Die atomare Abschreckung bleibe davon unberührt, ebenso die amerikanische Garantie. Deutschland würde die Beschränkungen gern auf sich nehmen und Teil des Westens bleiben. Sicherheitsgarantien für Deutschland, das konventionelle Streitkräfte haben müsse, und seine Nachbarn seien erforderlich, etwa im Rahmen eines europäischen Sicherheitspaktes. Die Aufnahme der Bundesrepublik Deutschland in die NATO habe er nie für richtig gehalten. Nicht die Stationierung amerikanischer Truppen in Europa, sondern die Abschreckung sei entscheidend. Auch ein neutralisiertes Deutschland könne eine einseitige Garantie von den Vereinigten Staaten von Amerika erhalten. Kennan sieht den gefährlichsten Punkt des Westens in Berlin, dessen Position sei absolut entscheidend. 2182
20. 12. 1957 Kommuniqué über die Unterzeichnung eines Abkommens über die Bildung eines gemeinsamen Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit zwischen der „DDR“ und der Tschechoslowakischen Republik Das Kommuniqué teilt mit, der Gemeinsame Ausschuss solle die Zusammenarbeit auf wirtschaftlichem und wissenschaftlich-technischem Gebiet vertiefen und die Koordinierung fördern. 2190
21. 12. 1957 Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, auf der Schlussitzung der Tagung des Obersten Sowjet der UdSSR Chruschtschow erklärt, die Sowjetunion könne nicht an der Abrüstungskommission der UNO teilnehmen, da aggressive Mächte dort das Übergewicht hätten. Er erneuert den Vorschlag einer Gipfelkonferenz. Sie werde Erfolg haben, wenn die Westmächte den Status quo anerkennen. Die Wiedervereinigung Deutschlands sei Sache beider deutscher Staaten; das sei auch auf den Genfer Konferenzen die Auffassung der Sowjetunion gewesen. Verpflichtungen zu freien Wahlen habe sie nicht übernommen. Er zitiert zur Unterstützung seiner Ansicht den „Manchester Guardian“ und fordert die NATO auf, mit den Staaten des Warschauer Paktes einen Nichtangriffspakt zu schließen, das Wettrüsten einzustellen und für bessere Beziehungen zu sorgen. Die Rüstungen würden stattdessen verstärkt, die Worte des Friedens im Kommuniqué der NATO-Tagung seien nur Schein. Die Einrichtung von Atom- und Raketenbasen zwingt die Sowjetunion zur Verstärkung ihrer Wehrkraft. Sie werde, falls keine Abrüstungsvereinbarungen zu erreichen seien, für die Schaffung modernster Waffen sorgen. Chruschtschow begrüßt den Verzicht Norwegens und Dänemarks auf die Stationierung von Raketen und Atomwaffen und kritisiert ihre Annahme durch die Türkei und Italien; er bezeichnet beide Länder als kriegswütig und weist erneut auf die Gefahr hin, in die sich Staaten begeben, die sich zu Atomstützpunkten machen ließen. Ihre Völker seien die ersten Opfer. Der Hinweis auf das Weltherrschaftsstreben der Kommunisten sei nur ein Verschleierungstrick. Den einzigen Ausweg aus der Kriegsgefahr bilde die friedliche Koexistenz. Dann könne der Handel ohne Beschränkung und Diskriminierung dem Wohlstand der Völker dienen. 2191
21. 12. 1957 Aus der Rede des Außenministers Gromyko auf der Tagung des Obersten Sowjet der UdSSR Außenminister Gromyko beschäftigt sich mit der NATO-Tagung und erklärt, die Sowjetunion mit ihrer Friedenspolitik sei unsichtbarer Teilnehmer gewesen. Er warnt davor, der Bundesrepublik Deutschland Atomwaffen zu geben, da die Regierung Grenzvisionen anstrebe und ihr Land auf den Weg des Krieges lenke. Es zeige sich aber, dass die jüngsten Appelle der Sowjetunion an 83 Regierungen erfolgreich seien und der Gedanke der Koexistenz auch im Westen Boden gewinne. Die Bereitschaft der NATO zu Abrüstungsverhandlungen sei eine Täuschung, deshalb könne sich die Sowjetunion auf unfruchtbare Verhandlungen nicht einlassen. Die Westmächte müssten vorher die forcierte Aufrüstung aufgeben. Jetzt sei es zunächst wichtig, das Vertrauen zwischen den Völkern wiederherzustellen. Außenminister Gromyko wiederholt die russischen Vorschläge, welche die Einstellung der Versuchsexplosionen, den Verzicht auf die Anwendung von Atomwaffen und einen Nichtangriffsvertrag umfassen. Die Sowjetregierung unterstütze die Pläne für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa und schlage eine internationale Abrüstungskonferenz oder eine Sondertagung der UN-Vollversammlung vor. Sie begrüße auch eine Gipfelkonferenz. 2200

21. 12. 1957	Beschluss des Obersten Sowjet der UdSSR Der Oberste Sowjet billigt die Außenpolitik der Sowjetregierung und fasst angesichts des gefährlichen Wettrüstens die sowjetischen Vorschläge zur Abrüstung und Entspannung in sieben Punkten zusammen und begrüßt eine Gipfelkonferenz. Nur auf dem Wege der Koexistenz entgehe man dem Atomkrieg; auch die Vollversammlung der UNO habe durch eine EntschlieÙung die Grundsätze der friedlichen Koexistenz unterstützt. „Im Bemühen, einen neuen bedeutenden Beitrag zur Festigung des Friedens“ zu leisten, beauftragt der Oberste Sowjet die Sowjetregierung, die weitere Einschränkung der Streitkräfte zu überprüfen und erwartet ähnliche Schritte von den Westmächten.	2205
24. 12. 1957	Aus der Rede des Ersten Sekretärs des ZK der KPdSU, Chruschtschow, auf der Jubiläumstagung des Obersten Sowjet der Ukrainischen Sozialistischen Sowjetrepubliken in Kiew Chruschtschow bezeichnet den Frieden als höchstes Ziel der Sowjetunion und des Kommunismus überhaupt, erklärt, die NATO wolle die Aufrüstung und den Kalten Krieg fortsetzen und begrüßt die Beschlüsse des Obersten Sowjet.	2207
24. 12. 1957	Interview des Generalsekretärs der NATO, Spaak, für die Zeitung „Paris-press“ Spaak betont, die NATO müsse sich nur aus Verteidigungsgründen mit der atomaren Bewaffnung befassen. Er unterscheidet und charakterisiert drei Gruppen von Atomwaffen, die für die NATO in Frage kommen. Der Rapacki-Plan sei vom militärischen Standpunkt unsinnig, vor allem wegen der Reichweite der modernen Raketen. Der Plan habe nur ein politisches Ziel, den Westen und die Bundesrepublik Deutschland zur Anerkennung der Sowjetzone zu zwingen und Deutschland zu neutralisieren.	2208
25. 12. 1957	Offener Brief des ZK der SED an den Vorstand der SPD Das ZK der SED warnt vor einer atomaren Aufrüstung in der Bundesrepublik Deutschland und bezeichnet ihre Verhinderung als „zentrale Frage jeder realen deutschen Gegenwarts politik“. Die SPD wird zu gemeinsamen Maßnahmen aufgefordert, vor allem zur Schaffung einer Volksbewegung zur Sicherung des Friedens, gegen atomare Bewaffnung und für eine atomwaffenfreie Zone in Mitteleuropa.	2210
27. 12. 1957	Bericht über eine Pressekonferenz des Regierenden Bürgermeisters Brandt in Berlin Brandt habe es als unhaltbar bezeichnet, dass die Berliner Abgeordneten im Bundesrat kein Stimmrecht hätten; das Besatzungsstatut werde dadurch nicht beeinträchtigt. Er habe sich außerdem für weitere Vorschläge zur Verbesserung des Verkehrs und der menschlichen Beziehungen zwischen beiden Teilen Deutschlands ausgesprochen.	2212
27. 12. 1957	Vereinbarung zwischen dem Ministerium der Finanzen der „DDR“ und dem Oberkommando der Sowjetischen Streitkräfte in der „DDR“ über das Verfahren zur Regelung von materiellen Schadensersatzansprüchen Die Vereinbarung sieht vor, dass die Schadensersatzansprüche gemeinsam geregelt werden. Falls eine Einigung nicht möglich ist, wird die Angelegenheit der Gemischten deutsch-sowjetischen Kommission oder dem zuständigen deutschen Gericht vorgelegt. Die technischen Einzelheiten werden in zehn Paragraphen geregelt.	2213
28. 12. 1957	Rundfunkansprache des Bundesministers Lemmer Bundesminister Lemmer weist darauf hin, dass die Aussichten, die Wiedervereinigung Deutschlands zu erreichen, gegenwärtig nicht gut seien. Um so mehr müsse trotz aller trennenden Maßnahmen der Sowjetzone alles getan werden, ein Auseinanderleben zu verhindern.	2216
28. 12. 1957	Erklärung des Ministeriums für Auswärtige Angelegenheiten der „DDR“ Das Ministerium für Auswärtige Angelegenheiten beschuldigt die Bundesregierung, dass sie im Rahmen des Wiedergutmachungs-Abkommens unmittelbar oder über dritte Staaten an Israel „Materialien und Ausrüstungen liefert, die direkt oder indirekt eine Verstärkung des militärischen Potentials Israels bedeuten“.	2217
31. 12. 1957	Rundfunkansprache des Bundespräsidenten Heuss In seiner Ansprache zum Jahreswechsel geht Bundespräsident Heuss auf die Bedeutung und den Charakter der großen politischen Probleme ein. Er erklärt jeden Krieg in der heutigen Zeit als Bankrotterklärung der Politik. Die Politik sei entscheidend; sie könne nur nicht immer in aller Öffentlichkeit gemacht werden. Die vier Siegermächte dürften aus ihrer Verantwortung für die Wiedervereinigung nicht entlassen werden, die volkspolitische Aufgabe aber bleibe dem deutschen Volke selbst gestellt.	2219